Deutscher Bundestag
4. Wahlperiode

Drucksache IV/720

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
7 — 80606 — 6008/62

Bonn, den 7. November 1962

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 25. April 1961 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Griechenland über Soziale Sicherheit

nebst Begründung sowie Abdruck des Abkommens und des Schlußprotokolls in deutscher und griechischer Sprache, der Denkschrift zum Abkommen und zum Schlußprotokoll und einer Übersicht über das griechische System der Sozialen Sicherheit mit der Bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung.

Der Bundesrat hat in seiner 249. Sitzung am 26. Oktober 1962 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Entwurf keine Einwendungen zu erheben. Er ist der Ansicht, daß das Gesetz seiner Zustimmung bedarf.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Ludwig Erhard

Druck: Bundesdruckerei Bonn
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger,
Bad Godesberg, Goethestr. 54, Postfach 821
Telefon 6 35 51

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 25. April 1961 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Griechenland über Soziale Sicherheit

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 25. April 1961 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Griechenland über Soziale Sicherheit nebst Schlußprotokoll wird zugestimmt. Das Abkommen und das Schlußprotokoll werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Ergeben sich aus der Durchführung des Abkommens für einzelne Träger der Krankenversicherung außergewöhnliche Belastungen, so können diese ganz oder teilweise ausgeglichen werden. Über den Ausgleich entscheidet auf Antrag der Bundesverband der Ortskrankenkassen; vor der Entscheidung sind die anderen Spitzenverbände der Krankenversicherung zu hören. Die zur Durchführung des Ausgleichs erforderlichen Mittel werden durch Umlage auf sämtliche Träger der Krankenversicherung im Verhältnis der durchschnittlichen Mitgliederzahl des Vorjahres einschließlich der Rentner aufgebracht.

Artikel 3

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 4

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 57 Abs. 2 und das Schlußprotokoll in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

(3) Mit dem Inkrafttreten des Abkommens treten die Sechste Verordnung zur Durchführung des Kindergeldgesetzes und des Kindergeldergänzungsgesetzes (Griechenland) vom 5. Juli 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 899) und die Dritte Verordnung zur Durchführung des Kindergeldkassengesetzes vom 7. Dezember 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 1999) außer Kraft.

Begründung

Zu Artikel 1

Das Abkommen und das Schlußprotokoll bedürfen nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes der Zustimmung der für die Bundesgesetzgebung zuständigen Körperschaften in der Form eines Bundesgesetzes, da sie sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes erforderlich, da in dem Abkommen auch das von den Ländern durchzuführende Verwaltungsverfahren geregelt wird.

Zu Artikel 2

Die Vorschrift gibt die Möglichkeit, außergewöhnliche Belastungen auszugleichen, die durch das Abkommen entstehen können. Die Entscheidung des Bundesverbandes der Ortskrankenkassen unterliegt gegebenenfalls der Nachprüfung durch die Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit.

Zu Artikel 3

Das Abkommen und das Schlußprotokoll sollen auch auf das Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 4

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes. Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 57 Abs. 2 und das Schlußprotokoll in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Die in Absatz 3 genannten Verordnungen stellen vorläufige Regelungen dar, die mit dem Inkrafttreten des Abkommens außer Kraft treten.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Griechenland über Soziale Sicherheit

Σύμβασις μεταξύ τῆς Ὁμοσπονδιακῆς Δημοκρατίας τῆς Γερμανίας καί τοῦ Βασιλείου τῆς Ἑλλάδος περί κοινωνικῆς ἀσφαλείας

DER
PRÄSIDENT DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
und
SEINE MAJESTÄT DER KÖNIG DER HELLENEN

IN DEM WUNSCHE, die Beziehungen zwischen den beiden Staaten im Bereiche der Sozialen Sicherheit zu regeln, und

IN ANERKENNUNG DES GRUNDSATZES, daß die Staatsangehörigen der beiden Staaten bei Anwendung der innerstaatlichen Rechtsvorschriften über Soziale Sicherheit einander gleichstehen,

SIND ÜBEREINGEKOMMEN, hierüber ein Abkommen zu schließen, und haben zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland
den Staatssekretär des Auswärtigen Amts,
Herrn Dr. Albert Hilger van Scherpenberg

und den Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung,
Herrn Dr. Wilhelm Claussen

Seine Majestät der König der Hellenen
Seine Exzellenz den Königlich Griechischen Botschafter in Bonn,
Herrn Thomas Ypsilanti.

Die Bevollmächtigten haben nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart:

ABSCHNITT I

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

In diesem Abkommen bedeuten die Ausdrücke

1. „Bundesrepublik"
   die Bundesrepublik Deutschland,
   „Griechenland"
   das Königreich Griechenland;
2. „Hoheitsgebiet"
   in bezug auf die Bundesrepublik den Geltungsbereich des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,
   in bezug auf Griechenland den Geltungsbereich der Verfassung von Griechenland;
3. „Staatsangehöriger"
   in bezug auf die Bundesrepublik einen Deutschen im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,
   in bezug auf Griechenland einen Griechen im Sinne der im Königreich Griechenland geltenden Vorschriften;

Ο ΠΡΟΕΔΡΟΣ ΤΗΣ ΟΜΟΣΠΟΝΔΙΑΚΗΣ ΔΗΜΟΚΡΑΤΙΑΣ ΤΗΣ ΓΕΡΜΑΝΙΑΣ
καί
Η Α. Μ. Ο ΒΑΣΙΛΕΥΣ ΤΩΝ ΕΛΛΗΝΩΝ

ΕΝ ΤΗ ΕΠΙΘΥΜΙΑ ὅπως ῥυθμίσωσι τάς σχέσεις μεταξύ τῶν δύο Κρατῶν εἰς τόν τομέα τῆς κοινωνικῆς ἀσφαλείας καί

ΕΙΣ ΑΝΑΓΝΩΡΙΣΙΝ ΤΗΣ ΑΡΧΗΣ, ὅτι οἱ πολῖται ἀμφοτέρων τῶν κρατῶν εἶναι ἴσοι κατά τήν ἐφαρμογήν τῶν διατάξεων τῆς ἐθνικῆς νομοθεσίας ἑκάστου περί κοινωνικῆς ἀσφαλείας,

ΣΥΝΕΦΩΝΗΣΑΝ ὅπως περί τούτων συνάψωσι σύμβασιν καί διώρισαν ὡς Πληρεξουσίους αὐτῶν:

Ὁ Πρόεδρος τῆς Ὁμοσπονδιακῆς Δημοκρατίας τῆς Γερμανίας
τόν Κύριον Ὑφυπουργόν τῶν Ἐξωτερικῶν
Δρα Albert Hilger van Scherpenberg

καί τόν Κύριον Ὑφυπουργόν τοῦ Ὁμοσπονδιακοῦ Ὑπουργείου Ἐργασίας καί Κοινωνικῶν Ρυθμίσεων
Δρα Wilhelm Claussen,

Ἡ Α. Μ. ὁ Βασιλεύς τῶν Ἑλλήνων
τήν αὐτοῦ Ἐξοχότητα τόν Πρέσβυν τοῦ Βασιλείου τῆς Ἑλλάδος ἐν Βόννῃ
Κύριον Θωμᾶν Ὑψηλάντην.

Οἱ Πληρεξούσιοι κατόπιν ἀνταλλαγῆς τῶν καλῶς καί νομίμως ἐχόντων πληρεξουσίων αὐτῶν συνωμολόγησαν τά κάτωθι:

ΜΕΡΟΣ ΠΡΩΤΟΝ

Γενικοί ὅροι

Ἄρθρον 1ον

Οἱ ἐν τῇ παρούσῃ Συμβάσει χρησιμοποιούμενοι ὅροι σημαίνουν:

1. «Ὁμοσπονδιακή Δημοκρατία»
   τήν Ὁμοσπονδιακήν Δημοκρατίαν τῆς Γερμανίας,
   «Ἑλλάς»
   τό Βασίλειον τῆς Ἑλλάδος.
2. «Περιοχή Δικαιοδοσίας»
   ὅσον ἀφορᾷ τήν Ὁμοσπονδιακήν Δημοκρατίαν, τήν περιοχήν ἰσχύος τοῦ Συντάγματος τῆς Ὁμοσπονδιακῆς Δημοκρατίας τῆς Γερμανίας,
   ὅσον ἀφορᾷ τήν Ἑλλάδα, τήν περιοχήν ἰσχύος τοῦ Ἑλληνικοῦ Συντάγματος.
3. «Πολίτης»
   ὅσον ἀφορᾷ τήν Ὁμοσπονδιακήν Δημοκρατίαν, τόν γερμανόν ὑπό τήν ἔννοιαν τοῦ Συντάγματος τῆς Ὁμοσπονδιακῆς Δημοκρατίας τῆς Γερμανίας,
   ὅσον ἀφορᾷ τήν Ἑλλάδα, τόν ἕλληνα ὑπό τήν ἔννοιαν τῆς νομοθεσίας, ἥτις ἰσχύει εἰς τό Βασίλειον τῆς Ἑλλάδος.

4. „Rechtsvorschriften"

   die Gesetze, Verordnungen und Satzungen, die sich auf die in Artikel 2 Absatz (1) bezeichneten Versicherungen und Leistungen der Sozialen Sicherheit beziehen und in dem Hoheitsgebiet oder einem Teil des Hoheitsgebietes einer Vertragspartei in Kraft sind;

5. „Zuständige Behörde"

   in bezug auf die Bundesrepublik den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung,

   in bezug auf Griechenland den Arbeitsminister oder den sonst zuständigen Minister;

6. „Träger"

   die Einrichtung oder die Behörde, der die Durchführung der in Artikel 2 bezeichneten Rechtsvorschriften oder eines Teiles davon obliegt;

7. „Zuständiger Träger"

   den Träger, bei dem die betreffende Person im Zeitpunkt des Antrages auf Leistungen versichert ist oder gegen den sie einen Anspruch auf Leistungen hat oder noch hätte, wenn sie sich im Hoheitsgebiet der Vertragspartei aufhielte, in dem sie zuletzt beschäftigt war, oder den von der zuständigen Behörde bestimmten Träger;

8. „Träger des Aufenthaltsorts"

   den Träger, der für den Ort zuständig ist, an dem die in Betracht kommende Person sich aufhält, oder wenn die Rechtsvorschriften der betreffenden Vertragspartei einen solchen Träger nich. bestimmen, den von der zuständigen Behörde dieser Vertragspartei bestimmten Träger;

9. „Deutscher Träger"

   einen Träger, der im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik seinen Sitz hat,

   „Griechischer Träger"

   einen Träger, der im Hoheitsgebiet Griechenlands seinen Sitz hat;

10. „Angehöriger"

    einen Angehörigen oder Familienangehörigen im Sinne der anzuwendenden Rechtsvorschriften;

11. „Beschäftigung"

    eine Beschäftigung oder Tätigkeit im Sinne der anzuwendenden Rechtsvorschriften;

12. „Beitragszeit"

    in bezug auf die Bundesrepublik eine Zeit, für die Beiträge wirksam entrichtet worden sind oder als entrichtet gelten,

    in bezug auf Griechenland die Arbeitstage im Sinne der Nummer 13;

13. „Arbeitstag"

    ein Tag, für den der Versicherte Anspruch auf Entgelt in Form von Bar- oder Sachbezügen für eine Beschäftigung hat, die der Versicherungspflicht unterliegt, oder ein Tag, für den er ohne Ausübung einer solchen Beschäftigung Entgelt erhält, oder ein Tag, für den er freiwillig weiterversichert ist;

14. „Gleichgestellte Zeit"

    eine Ersatzzeit, Ausfallzeit, Zurechnungszeit oder sonstige Zeit, soweit sie nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften einer Beitragszeit im Sinne der Nummer 12 gleichsteht;

4. «Διατάξεις»

   τούς νόμους, τά διατάγματα καί τούς κανονισμούς, οἵτινες ἀφορῶσι τάς ἐν ἄρθρῳ 2 παραγρ. (1) ἀναφερομένας ἀσφαλίσεις καί παροχάς τῆς κοινωνικῆς ἀσφαλίσεως καί οἵτινες ἰσχύουν εἰς τῆν περιοχήν δικαιοδοσίας ἤ τμῆμα τῆς περιοχῆς δικαιοδοσίας ἑνός ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν.

5. «Ἁρμοδία Ἀρχή»

   ὅσον ἀφορᾷ τήν Ὁμοσπονδιακήν Δημοκρατίαν, τόν Ὁμοσπονδιακόν Ὑπουργόν Ἐργασίας καί Κοινωνικῶν Ρυθμίσεων,

   ὅσον ἀφορᾷ τήν Ἑλλάδα, τόν Ὑπουργόν Ἐργασίας ἤ τόν ἄλλως ἁρμόδιον Ὑπουργόν.

6. «Φορεύς»

   τόν ὀργανισμόν ἤ τήν ἀρχήν εἰς ἥν ἔχει ἀνατεθῆ ἡ ἐφαρμογή τῶν ἐν ἄρθρῳ 2 ἀναφερομένων διατάξεων ἤ μέρους αὐτῶν.

7. «Ἁρμόδιος φορεύς»

   τόν φορέα παρά τῷ ὁποίῳ τό ἐνδιαφερόμενον πρόσωπον εἶναι ἠσφαλισμένον κατά τόν χρόνον ὑποβολῆς αἰτήσεος περί παροχῶν ἤ κατά τοῦ ὁποίου ἔχει ἀξίωσιν ἐπί παροχῶν ἤ κατά τοῦ ὁποίου θά εἶχε τοιαύτην ἀξίωσιν, ἐάν διέμεινεν εἰς τήν περιοχήν δικαιοδοσίας τοῦ συμβαλλομένου Μέρους, ἐν τῇ ὁποίᾳ ἐπραγματοποίησε τήν τελευταίαν ἀπασχόλησιν ἤ τόν ὑπό τῆς ἁρμοδίας ἀρχῆς ὁρισθέντα φορέα.

8. «Φορεύς τοῦ τόπου διαμονῆς»

   τόν φορέα, ὅστις εἶναι ἁρμόδιος διά τόν τόπον, εἰς ὅν διαμένει τό ἐνδιαφερόμενον πρόσωπον, ἤ, ἐάν αἱ διατάξεις τοῦ οἰκείου συμβαλλομένου Μέρους δέν ὁρίζουν τοιοῦτον φορέα, τόν ὑπό τῆς ἁρμοδίας ἀρχῆς τοῦ συμβαλλομένου τούτου Μέρους ὁρισθέντα φορέα.

9. «Γερμανικός φορεύς»

   τόν φορέα, ὅστις ἔχει τήν ἕδραν του εἰς τήν περιοχήν δικαιοδοσίας τῆς Ὁμοσπονδιακῆς Δημοκρατίας,

   «Ἑλληνικός φορεύς«

   τόν φορέα, ὅστις ἔχει τήν ἕδραν του εἰς τήν περιοχήν δικαιοδοσίας τῆς Ἑλλάδος.

10. «Μέλος οἰκογενείας»

    τό μέλος τῆς οἰκογενείας ὑπό τήν ἔννοιαν τῶν ἐφαρμοστέων διατάξεων.

11. «Ἀπασχόλησις»

    τήν ἀπασχόλησιν ἤ ἐργασίαν ὑπό τήν ἔννοιαν τῶν ἐφαρμοστέων διατάξεων.

12. «Περίοδος εἰσφορῶν»

    προκειμένου περί τῆς Ὁμοσπονδιακῆς Δημοκρατίας τόν χρόνον, δι' ὅν κατεβλήθησαν ἤ θεωροῦνται ὡς καταβληθεῖσαι αἱ εἰσφοραί,

    προκειμένου περί τῆς Ἑλλάδος τάς ἡμέρας ἐργασίας ὑπό τήν ἔννοιαν τοῦ ἀριθμοῦ 13.

13. «Ἡμέραι ἐργασίας»

    τάς ἡμέρας ἐργασίας καθ'ἅς οἱ ἠσφαλισμένοι δικαιοῦνται ἀμοιβῆς εἰς χρῆμα ἤ εἰς εἶδος δι' ἐργασίαν ὑπαγομένην εἰς ἀσφάλισιν ἤ καθ'ἅς δικαιοῦνται ἀμοιβῆς ἄνευ πραγματικῆς παροχῆς τῶν ὑπηρεσιῶν των ἤ τάς ἡμέρας προαιρετικῆς συνεχίσεως τῆς ἀσφαλίσεως.

14. «Ἐξομοιούμενος χρόνος ἀσφαλίσεως»

    τήν χρονικήν περίοδον ἤ περίοδον διακοπῆς ἀπασχολήσεως ἤ τήν πρόσθετον χρονικήν περίοδον ἤ ἄλλην χρονικήν περίοδον, ἐφ'ὅσον αὗται κατά τάς ἐφαρμοστέας διατάξεις ἐξομοιοῦνται πρός περιόδους εἰσφορῶν ὑπό τήν ἔννοιαν τοῦ ἀριθ. 12.

15. „Leistung"

eine Leistung einschließlich aller Zuschläge und Zuschüsse;

16. „Rente"

eine Rente einschließlich aller Zuschläge und Zuschüsse;

17. „Invaliditätsrente"

in bezug auf die Bundesrepublik die Rente, die nach den deutschen Rechtsvorschriften über die Rentenversicherungen wegen Berufsunfähigkeit oder wegen Erwerbsunfähigkeit eines Versicherten gewährt wird, einschließlich der Bergmannsrente,

in bezug auf Griechenland die Rente, die nach den griechischen Rechtsvorschriften über die Rentenversicherungen wegen Invalidität eines Versicherten gewährt wird, mit Ausnahme der Rente für Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten;

18. „Altersrente"

in bezug auf die Bundesrepublik das Altersruhegeld nach den deutschen Rechtsvorschriften,

in bezug auf Griechenland die Altersrente nach den griechischen Rechtsvorschriften;

19. „Hinterbliebenenrente"

in bezug auf die Bundesrepublik die Witwen-, Witwer- und Waisenrente sowie die Rente an eine frühere Ehefrau oder an einen früheren Ehemann, die nach den deutschen Rechtsvorschriften über die Rentenversicherungen gewährt werden,

in bezug auf Griechenland die Rente, die nach den griechischen Rechtsvorschriften wegen des Todes des Versicherten oder des Rentenempfängers den Familienangehörigen gewährt wird, mit Ausnahme der Rente für Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten, die an Familienangehörige gewährt wird;

20. „Rente" im Sinne des Abschnittes III

in bezug auf die Bundesrepublik die Verletztenrente oder die Hinterbliebenenrente nach den deutschen Rechtsvorschriften über die Unfallversicherung,

in bezug auf Griechenland die Invaliditätsrente oder die Hinterbliebenenrente, die nach den griechischen Rechtsvorschriften über die Invaliditätsversicherung und über die Hinterbliebenenversicherung auf Grund eines Arbeitsunfalles oder einer Berufskrankheit gewährt wird;

21. „Familienbeihilfen"

in bezug auf die Bundesrepublik die in Artikel 2 Absatz (1) Nummer 1 Buchstabe d) genannten Leistungen,

in bezug auf Griechenland die in Artikel 2 Absatz (1) Nummer 2 Buchstabe f) genannten Leistungen.

Artikel 2

(1) Dieses Abkommen bezieht sich

1. in der Bundesrepublik auf die Rechtsvorschriften über
   a) die Krankenversicherung (Versicherung für den Fall der Krankheit, der Mutterschaft und des Todes),
   b) die Unfallversicherung (Versicherung gegen Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten),

15. «Παροχή»

παροχήν συμπεριλαμβανομένων πάντων τῶν ἐπιδομάτων καί τῶν προσαυξήσεων.

16. «Σύνταξις»

σύνταξιν συμπεριλαμβανομένων πάντων τῶν ἐπιδομάτων καί προσαυξήσεων.

17. «Σύνταξις ἀναπηρίας»

ὅσον ἀφορᾷ τήν Ὁμοσπονδιακήν Δημοκρατίαν, τήν σύνταξιν, ἥτις χορηγεῖται συμφώνως πρός τάς γερμανικάς διατάξεις περί ἀσφαλίσεως συντάξεων λόγῳ ἐπαγγελματικῆς ἀνικανότητος ἤ λόγῳ ἀνικανότητος πρός βιοπορισμόν ἠσφαλισμένου, συμπεριλαμβανομένης καί τῆς συντάξεως τῶν μεταλλευτῶν,

ὅσον ἀφορᾷ τήν Ἑλλάδα, τήν σύνταξιν, ἥτις συμφώνως πρός τάς ἑλληνικάς διατάξεις περί ἀσφαλίσεως συντάξεων χορηγεῖται λόγῳ ἀναπηρίας τοῦ ἠσφαλισμένου, ἐξαιρουμένης τῆς συντάξεως δι'ἐργατικά ἀτυχήματα καί ἐπαγγελματικάς ἀσθενείας.

18. «Σύνταξις γήρατος»

ὅσον ἀφορᾷ τήν Ὁμοσπονδιακήν Δημοκρατίαν, τήν σύνταξιν λόγῳ γήρατος συμφώνως πρός τάς γερμανικάς διατάξεις,

ὅσον ἀφορᾷ τήν Ἑλλάδα, τήν σύνταξιν λόγῳ γήρατος συμφώνως πρός τάς ἑλληνικάς διατάξεις.

19. «Σύνταξις θανάτου»

ὅσον ἀφορᾷ τήν Ὁμοσπονδιακήν Δημοκρατίαν, τήν σύνταξιν τήν χορηγουμένην εἰς τήν χήραν, τόν χῆρον ἤ τά ὀρφανά, ὡς καί τήν σύνταξιν, ἥτις καταβάλλεται εἰς πρώην σύζυγον ἀμφοτέρων τῶν φύλων, συμφώνως πρός τάς γερμανικάς διατάξεις περί ἀσφαλίσεως συντάξεων,

ὅσον ἀφορᾷ τήν Ἑλλάδα, τήν σύνταξιν τήν χορηγουμένην λόγῳ θανάτου τοῦ ἠσφαλισμένου ἤ τοῦ συνταξιούχου εἰς τά μέλη οἰκογενείας συμφώνως πρός τάς ἑλληνικάς διατάξεις, ἐξαιρουμένης τῆς συντάξεως δι'ἐργατικά ἀτυχήματα ἤ ἐπαγγελματικάς ἀσθενείας, ἥτις καταβάλλεται εἰς τούς δικαιούχους λόγῳ θανάτου.

20. «Σύνταξις» ὑπό τήν ἔννοιαν τοῦ Τρίτου Μέρους

ὅσον ἀφορᾷ τήν Ὁμοσπονδιακήν Δημοκρατίαν, τήν σύνταξιν ἀναπηρίας ἤ τήν σύνταξιν θανάτου συμφώνως πρός τάς γερμανικάς διατάξεις περί ἀσφαλίσεως ἀτυχήματος,

ὅσον ἀφορᾷ τήν Ἑλλάδα, τήν σύνταξιν ἀναπηρίας ἤ θανάτου ἥτις χορηγεῖνται βάσει τῶν ἑλληνικῶν διατάξεων περί ἀσφαλίσεως ἀναπηρίας καί περί ἀσφαλίσεως θανάτου συνεπείᾳ ἐργατικοῦ ἀτυχήματος ἤ ἐπαγγελματικῆς ἀσθενείας.

21. «Οἰκογενειακά ἐπιδόματα»

ὅσον ἀφορᾷ τήν Ὁμοσπονδιακήν Δημοκρατίαν, τάς ἐν ἄρθρῳ 2 παρ. (1), ἀριθ. 1, στοιχ. (δ) ἀναφερομένας παροχάς,

ὅσον ἀφορᾷ τήν Ἑλλάδα, τάς ἐν ἄρθρῳ 2 παρ. (1), ἀριθ. 2 στοιχ. (στ) ἀναφερομένας παροχάς.

Ἄρθρον 2ον

(1) Ἡ παροῦσα Σύμβασις ἀναφέρεται

1. Εἰς τήν Ὁμοσπονδιακήν Δημοκρατίαν, εἰς τάς διατάξεις περί
   (α) ἀσφαλίσεως κατά τῆς ἀσθενείας (ἀσφάλισις ἀσθενείας, μητρότητος καί θανάτου),
   (β) ἀσφαλίσεως κατά τοῦ ἀτυχήματος (ἀσφάλισις ἐργατικῶν ἀτυχημάτων καί ἐπαγγελματικῶν ἀσθενειῶν),

c) die Rentenversicherung der Arbeiter, die Rentenversicherung der Angestellten, die knappschaftliche Rentenversicherung und die im Saarland bestehende hüttenknappschaftliche Pensionsversicherung (Versicherungen für den Fall der Berufsunfähigkeit, der Erwerbsunfähigkeit, des Alters und zugunsten der Hinterbliebenen),

d) das Kindergeld für Arbeitnehmer;

2. in Griechenland auf

a) die allgemeinen Rechtsvorschriften über die Hauptversicherungen der Arbeitnehmer oder ihnen Gleichgestellten sowie der Seeleute im allgemeinen für den Fall der Krankheit und Mutterschaft, der Invalidität, der Arbeitsunfälle, der Berufskrankheiten, des Alters und des Todes,

b) die Rechtsvorschriften über die Entschädigung von Arbeitsunfällen,

c) die besonderen Rechtsvorschriften über die Hauptversicherung bestimmter Gruppen von Arbeitnehmern für die genannten Fälle,

d) die Rechtsvorschriften über die Zusatzversicherungen,

e) die Rechtsvorschriften über die Gewährung von Pauschalbeträgen für bestimmte Fälle (Vorsorgeversicherung),

f) die Rechtsvorschriften über die Familienbeihilfen.

(2) Soweit nicht die Absätze (3) und (4) etwas anderes bestimmen, bezieht sich das Abkommen auch auf alle Rechtsvorschriften, welche die in Absatz (1) genannten Rechtsvorschriften zusammenfassen, ändern oder ergänzen.

(3) Das Abkommen bezieht sich, sofern die Vertragsparteien nichts anderes vereinbaren, nicht auf

a) Rechtsvorschriften über einen neuen Zweig der Sozialen Sicherheit,

b) Rechtsvorschriften, die das bestehende Recht auf neue Personengruppen ausdehnen.

(4) Änderungen und Ergänzungen der in Absatz (1) bezeichneten Rechtsvorschriften, die sich aus zwischenstaatlichen Abkommen über Soziale Sicherheit oder aus einer von einer Europäischen Gemeinschaft erlassenen Rechtsvorschrift ergeben, sind im Verhältnis zwischen den Vertragsparteien nur zu berücksichtigen, wenn diese es vereinbaren.

(γ) ἀσφαλίσεως συντάξεων τῶν ἐργατῶν, ἀσφαλίσεως συντάξεων τῶν ὑπαλλήλων, ἀσφαλίσεως συντάξεων ἐργατῶν μεταλλείων καί περί τῆς είς τό Saarland ἰσχυούσης προστατευτικῆς ἀσφαλίσεως συντάξεων ἐργατῶν μεταλλείων (ἀσφαλίσεων διά τήν περίπτωσιν τῆς ἐπαγγελματικῆς ἀνικανότητος, τῆς βιοποριστικῆς ἀνικανότητος, τοῦ γήρατος καί τοῦ θανάτου),

(δ) ἐπιδομάτων τέκνων τῶν ἐργαζομένων.

2. Εἰς τήν Ἑλλάδα, εἰς τάς διατάξεις περί

(α) κυρίας ἀσφαλίσεως τῶν μισθωτῶν ἐν γένει ἤ τῶν πρός τούτους ἐξομοιουμένων, ὡς καί τῶν ἐργατῶν θαλάσσης ἐν γένει διά τήν ἀσθένειαν — μητρότητα — ἀναπηρίαν, ἐργατικά ἀτυχήματα, ἐπαγγελματικάς ἀσθενείας, τό γῆρας καί τόν θάνατον,

(β) ἀποζημιώσεως τῶν ἐργατικῶν ἀτυχημάτων,

(γ) κυρίας ἀσφαλίσεως δι' ἧς καλύπτονται ὡρισμέναι κατηγορίαι μισθωτῶν κατά τῶν προαναφερθέντων κινδύνων,

(δ) ἐπικουρικῆς ἀσφαλίσεως,

(ε) ἐφ' ἅπαξ χρηματιχῶν παροχῶν προνοίας (ασφάλισις προνοίας),

(στ) οἰκογενειακῶν ἐπιδομάτων.

(2) Ἐφ' ὅσον αἱ παράγραφοι (3) καί (4) δέν ὁρίζουσιν ἄλλο τι, ἡ παροῦσα Σύμβασις ἀναφέρεται καί εἰς πάσας τάς διατάξεις, αἵτινες κωδικοποιοῦν, τροποποιοῦν ἤ συμπληροῦν τάς ἐν παραγράφῳ (1) ἀναφερομένας διατάξεις.

(3) Ἡ παροῦσα Σύμβασις δέν ἀναφέρεται, ἐφ' ὅσον τά συμβαλλόμενα Μέρη δέν προέλθουν εἰς ἑτέραν συμφωνίαν, ἐπί τῶν

(α) διατάξεων περί νέου κλάδου κοινωνικῆς ἀσφαλείας,

(β) διατάξεων αἵτινες ἐπεκτείνουν τό ἰσχῦον δίκαιον εἰς νέας κατηγορίας προσώπων.

(4) Τροποποιήσεις καί συμπληρώσεις τῶν ἐν παραγράφῳ (1) ἀναφερομένων διατάξεων, αἵτινες ἀπορρέουν ἐκ συμβάσεως μεταξύ κρατῶν περί κοινωνικῆς ἀσφαλείας ἤ ἐκ διατάξεως ἐκδοθείσης ὑπό Εὐρωπαϊκῆς Κοινότητος, δέον νά λαμβάνωνται ὑπ' ὄψιν ὑπό τῶν συμβαλλομένων Μερῶν ἐν σχέσει πρός τήν παροῦσαν Σύμβασιν μόνον ἐφ' ὅσον ταῦτα συμφωνήσουν ἐπί τούτου.

Artikel 3

(1) Dieses Abkommen gilt, soweit die Artikel 7 und 8 nicht anderes bestimmen, für

a) Staatsangehörige der Vertragsparteien,

b) Angehörige und Hinterbliebene der in Buchstabe a) genannten Personen,

c) Flüchtlinge, die sich im Hoheitsgebiet einer der beiden Vertragsparteien gewöhnlich aufhalten.

(2) Als Flüchtlinge gelten Personen im Sinne des Artikels 1 des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951 (Genfer Flüchtlingskonvention); dabei haben die in Artikel 1 Abschnitt A der Genfer Flüchtlingskonvention enthaltenen Worte „Ereignisse, die vor dem 1. Januar 1951 eingetreten sind" die Bedeutung, die ihnen die beiden Vertragsparteien bei der Unterzeichnung der Genfer Flüchtlingskonvention gegeben haben.

Ἄρθρον 3ον

(1) Ἐφ' ὅσον τά ἄρθρα 7 καί 8 δέν ὁρίζουσιν ἄλλο τι, ἡ παροῦσα Σύμβασις ἰσχύει ἐπί

(α) πολιτῶν τῶν συμβαλλομένων Μερῶν,

(β) μελῶν οἰκογενείας καί ὀρφανικῶν οἰκογενειῶν τῶν ὑπό στοιχεῖον (α) ἀναφερομένων προσώπων,

(γ) προσφύγων οἵτινες διαμένουσι συνήθως εἰς τήν περιοχήν δικαιοδοσίας ἑνός ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν.

(2) Ὡς πρόσφυγες χαρακτηρίζονται πρόσωπα ὑπό τήν ἔννοιαν τοῦ ἄρθρου 1ου τῆς Συμβάσεως περί καταστάσεως προσφύγων τῆς 28ης Ἰουλίου 1951 (Σύμφωνον Γενεύης περί προσφύγων). Ἐν προκειμένῳ αἱ ἐν ἄρθρῳ I, μέρος Α' τοῦ Συμφώνου τῆς Γενεύης περιεχόμεναι λέξεις «γεγονότα, ἅτινα ἔλαβον χώραν πρό τῆς 1ης Ἰανουαρίου 1951» ἔχουν τήν ἔννοιαν, ἥν ἔδωσαν εἰς αὐτάς τά δύο συμβαλλόμενα Μέρη κατά τήν ὑπογραφήν τοῦ Συμφώνου τῆς Γενεύης περί προσφύγων.

Artikel 4

Die in Artikel 3 genannten Personen, die sich im Hoheitsgebiet einer der beiden Vertragsparteien gewöhnlich aufhalten, sind in ihren Rechten und Pflichten aus den Rechtsvorschriften beider Vertragsparteien einander gleichgestellt, soweit in diesem Abkommen nichts anderes bestimmt ist.

Artikel 5

(1) Soweit in diesem Abkommen nichts anderes bestimmt ist, haben die in Artikel 3 genannten Personen, die sich im Hoheitsgebiet einer der beiden Vertragsparteien gewöhnlich aufhalten, Anspruch auf die nach den Rechtsvorschriften jeder der beiden Vertragsparteien zu gewährenden Leistungen der Sozialen Sicherheit ohne Einschränkung.

(2) Soweit in diesem Abkommen nichts anderes bestimmt ist, haben die in Artikel 3 genannten Personen, die sich in einem dritten Staat gewöhnlich aufhalten, Anspruch auf die nach den Rechtsvorschriften einer der beiden Vertragsparteien zu gewährenden Leistungen der Sozialen Sicherheit im gleichen Umfang wie die Staatsangehörigen dieser Vertragspartei, die sich in dem dritten Staat aufhalten.

Artikel 6

Soweit die Artikel 7 bis 10 nichts anderes bestimmen, richten sich die Versicherungspflicht von Personen, die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei beschäftigt sind, sowie die aus dem Beschäftigungsverhältnis entstehenden Rechte und Pflichten ihrer Arbeitgeber nach den dort geltenden Rechtsvorschriften; dies gilt auch dann, wenn der Arbeitgeber sich außerhalb des Hoheitsgebietes dieser Vertragspartei gewöhnlich aufhält oder in diesem nicht seinen Betriebssitz hat.

Artikel 7

(1) Wird eine Person, die sich gewöhnlich im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei aufhält und dort beschäftigt ist, im Laufe ihrer Beschäftigung zur Arbeitsleistung in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei entsandt, so finden die Rechtsvorschriften der ersten Vertragspartei für die Dauer von 24 Monaten, beginnend mit dem Tage der Ankunft der Person im Hoheitsgebiet der zweiten Vertragspartei, auf sie Anwendung, als ob sie im Hoheitsgebiet der ersten Vertragspartei beschäftigt wäre. Wird ihre Beschäftigung im Hoheitsgebiet der zweiten Vertragspartei über diesen Zeitraum hinaus fortgesetzt, so finden die Rechtsvorschriften der ersten Vertragspartei weiter Anwendung, sofern der Arbeitgeber dies vor Ablauf der 24 Monate beantragt hat und die zuständige Behörde der zweiten Vertragspartei oder die von ihr bestimmte Stelle im Benehmen mit der zuständigen Behörde der ersten Vertragspartei oder der von ihr bestimmten Stelle zustimmt.

(2) Absatz (1) gilt entsprechend, wenn eine Person, die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei selbständig erwerbstätig ist, vorübergehend im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei im gleichen Erwerbszweig selbständig erwerbstätig wird.

(3) Werden Personen von einem dem öffentlichen Verkehr dienenden Unternehmen, das seinen Sitz im Hoheitsgebiet einer der beiden Vertragsparteien hat, im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei als fahrendes Personal vorübergehend beschäftigt, so gelten ausschließlich die Rechtsvorschriften der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet das Unternehmen seinen Sitz hat. Dies gilt auch für die Beschäftigung eines Luftfahrtunternehmens, das

Ἄρθρον 4ον

Τά ἐν ἄρθρῳ 3 ἀναφερόμενα πρόσωπα, ἅτινα διαμένουσι συνήθως εἰς τήν περιοχήν δικαιοδοσίας ἑκάστου τῶν συμβαλλομένων Μερῶν, εἶναι ἴσα ὡς πρός τά δικαιώματα καί τάς ὑποχρεώσεις των, αἵτινες ἀπορρέουν ἐκ τῶν διατάξεων ἀμφοτέρων τῶν συμβαλλομένων Μερῶν, ἐφ'ὅσον δέν ὁρίζεται ἄλλως εἰς τήν παροῦσαν Σύμβασιν.

Ἄρθρον 5ον

(1) 'Εφ'ὅσον δέν ὁρίζεται ἄλλως εἰς τήν παροῦσαν Σύμβασιν, τά ἐν ἄρθρῳ 3 ἀναφερόμενα πρόσωπα, ἅτινα διαμένουσι συνήθως εἰς τήν περιοχήν δικαιοδοσίας ἑνός ἐκ τῶν δύο συμβαλλομένων Μερῶν, ἔχουσιν ἀξίωσιν ἐπί τῶν κατά τάς διατάξεις ἑκατέρου τῶν συμβαλλομένων Μερῶν χορηγητέων παροχῶν τῆς κοινωνικῆς ἀσφαλείας, ἄνευ περιορισμοῦ τινος.

(2) 'Εφ'ὅσον δέν ὁρίζεται ἄλλως εἰς τήν παροῦσαν Σύμβασιν, τά ἐν ἄρθρῳ 3 ἀναφερόμενα πρόσωπα, ἅτινα διαμένουν συνήθως εἰς τρίτον κράτος, ἔχουσιν ἀξίωσιν ἐπί τῶν βάσει τῶν διατάξεων ἑνός ἐκ τῶν δύο συμβαλλομένων Μερῶν χορηγητέων παροχῶν τῆς κοινωνικῆς ἀσφαλίσεως εἰς τήν αὐτήν ἔκτασιν, εἰς ἥν καί οἱ πολῖται τοῦ συμβαλλομένου τούτου Μέρους, οἱ ὁποῖοι διαμένουν εἰς τό τρίτον κράτος.

Ἄρθρον 6ον

'Εφ'ὅσον τά ἄρθρα 7 μέχρι 10 δέν ὁρίζουσιν ἄλλο τι, ἡ ἀσφαλιστική ὑποχρέωσις τῶν προσώπων, ἅτινα ἀπασχολοῦνται εἰς τήν περιοχήν δικαιοδοσίας ἑνός ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν, ὡς καί τά ἐκ τῆς ἀπασχολήσεως ἀπορρέοντα δικαιώματα καί αἱ ὑποχρεώσεις τῶν ἐργοδοτῶν αὐτῶν, ῥυθμίζονται συμφώνως πρός τάς ἐν αὐτῇ ἰσχυούσας διατάξεις. Τοῦτο ἰσχύει ὡσαύτως εἰς ἥν περίπτωσιν ὁ ἐργοδότης διαμένει συνήθως ἐκτός τῆς περιοχῆς δικαιοδοσίας τοῦ ἐν λόγῳ συμβαλλομένου Μέρους ἤ δέν ἔχει εἰς αὐτήν τήν ἕδραν τῆς ἐπιχειρήσεως αὐτοῦ.

Ἄρθρον 7ον

(1) Εἰς ἥν περίπτωσιν πρόσωπον, τό ὁποῖον διαμένει συνήθως εἰς τήν περιοχήν δικαιοδοσίας ἑνός ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν καὶ απασχολεῖται ἐν αὐτῇ, ἀποστέλλεται κατά τήν διάρκειαν τῆς ἀπασχολήσεως αὐτοῦ πρός παροχήν ἐργασίας εἰς τήν περιοχήν δικαιοδοσίας τοῦ ἑτέρου ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν, ἐφαρμόζονται ἐπ'αὐτοῦ αἱ διατάξεις τοῦ πρώτου ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν διά χρονικήν περίοδον 24 μηνῶν, ἀρχῆς γενομένης ἀπό τῆς ἡμέρας ἀφίξεως εἰς τήν περιοχήν δικαιοδοσίας τοῦ δευτέρου συμβαλλομένου Μέρους, ὡς ἐάν τό ἐν λόγῳ πρόσωπον ἀπησχολεῖτο εἰς τήν περιοχήν δικαιοδοσίας τοῦ πρώτου συμβαλλομένου Μέρους. 'Εφ'ὅσον ἡ ἀπασχόλησις εἰς τήν περιοχήν δικαιοδοσίας τοῦ δευτέρου συμβαλλομένου Μέρους ἤθελε παραταθῇ πέραν τοῦ ὡς ἄνω ἀναφερομένου χρονικοῦ διαστήματος, συνεχίζονται ἐφαρμοζόμεναι αἱ διατάξεις τοῦ πρώτου συμβαλλομένου Μέρους, ἐφ'ὅσον ὁ ἐργοδότης ἤθελε προτείνει τοῦτο πρό τῆς παρελεύσεως τῶν 24 μηνῶν καί ἡ ἁρμοδία ἀρχή τοῦ δευτέρου συμβαλλομένου Μέρους ἤ ἡ ὑπό ταύτης ὁρισθεῖσα ὑπηρεσία ἀπό συμφώνου μετά τῆς ἁρμοδίας ἀρχῆς τοῦ πρώτου συμβαλλομένου Μέρους ἤ τῆς ὑπ'αὐτῆς ὁρισθείσης ὑπηρεσίας ἤθελεν ἐγκρίνει.

(2) Ἡ παράγραφος (1) ἰσχύει κατ'ἀναλογίαν, ἐφ'ὅσον πρόσωπον αὐτοτελῶς ἀπασχολούμενον εἰς τήν περιοχήν δικαιοδοσίας ἑνός τῶν συμβαλλομένων Μερῶν ἀπασχολεῖται αὐτοτελῶς προσωρινῶς ἐν τῇ αὐτῇ ἐπαγγελματικῇ ἀπασχολήσει εἰς τήν περιοχήν δικαιοδοσίας τοῦ ἑτέρου τῶν συμβαλλομένων Μερῶν.

(3) 'Εφ'ὅσον πρόσωπα ἀπασχολούμενα παρ'ἐπιχειρήσει ἐξυπηρετούσῃ δημοσίας μεταφοράς, ἥτις ἔχει τήν ἕδραν αὐτῆς εἰς τήν περιοχήν δικαιοδοσίας ἑνός ἐκ τῶν δύο συμβαλλομένων Μερῶν, ἀπασχολοῦνται προσωρινῶς εἰς τήν περιοχήν δικαιοδοσίας τοῦ ἑτέρου τῶν συμβαλλομένων Μερῶν ὡς προσωπικόν μεταφορᾶς, ἰσχύουν ἀποκλειστικῶς αἱ διατάξεις τοῦ συμβαλλομένου Μέρους, εἰς τήν περιοχήν δικαιοδοσίας τοῦ ὁποίου ἔχει τήν ἕδραν της ἡ ἐπιχείρησις. Τοῦτο ἰσχύει ἐπίσης καί ἐπί προ-

seinen Sitz im Hoheitsgebiet einer der beiden Vertragsparteien hat, soweit sie die Staatsangehörigkeit dieser Vertragspartei besitzen und im Flug- oder Bodendienst im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei beschäftigt sind, sowie für die sonstigen Beschäftigten dieses Unternehmens, ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit, wenn sie vorübergehend in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei entsandt werden.

(4) Werden Personen, die im Dienst eines Unternehmens stehen, das für eigene Rechnung oder für Rechnung Dritter die Beförderung von Personen oder Sachen auf der Straße, auf der Schiene oder auf dem Seeweg durchführt und seinen Sitz im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei hat, ausschließlich oder überwiegend im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei beschäftigt, so unterliegen sie den Rechtsvorschriften der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet das Unternehmen seinen Sitz hat, soweit Artikel 8 nichts anderes bestimmt. Unterhält dieses Unternehmen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eine Zweigniederlassung oder eine ständige Vertretung, so sind auf die von der Zweigniederlassung oder der ständigen Vertretung beschäftigten Personen die Rechtsvorschriften der zweiten Vertragspartei anzuwenden.

(5) Die Absätze (1) bis (4) gelten, soweit Absatz (3) nichts anderes bestimmt, ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit der betreffenden Personen.

Artikel 8

(1) Die Besatzung eines Schiffes, das die Flagge einer Vertragspartei führt, unterliegt den Rechtsvorschriften dieser Vertragspartei. Personen, die in einem Hafen einer Vertragspartei mit dem Beladen, Löschen oder Ausbessern eines Schiffes, das die Flagge der anderen Vertragspartei führt, oder mit der Beaufsichtigung solcher Arbeiten beschäftigt werden, unterliegen den Rechtsvorschriften der Vertragspartei, zu deren Hoheitsgebiet der Hafen gehört.

(2) Erhält eine Person, die sich gewöhnlich im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei aufhält und vorübergehend an Bord eines Schiffes, das die Flagge der anderen Vertragspartei führt, beschäftigt ist, ihr Entgelt von einer Person oder einem Unternehmen, die ihren Betriebssitz im Hoheitsgebiet der ersten Vertragspartei haben und nicht Eigentümer des Schiffes sind, so finden auf diese Personen die Rechtsvorschriften der ersten Vertragspartei Anwendung. Die Person oder das Unternehmen, die das Entgelt zahlen, gelten als Arbeitgeber im Sinne dieser Rechtsvorschriften.

(3) Die Absätze (1) und (2) gelten ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit der betreffenden Personen.

Artikel 9

(1) Wird ein Staatsangehöriger einer Vertragspartei im Dienste dieser Vertragspartei oder eines anderen öffentlichen Dienstherrn dieser Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei beschäftigt, so gelten für ihn vorbehaltlich des Absatzes (2) die Rechtsvorschriften der ersten Vertragspartei, als wäre er in deren Hoheitsgebiet an dem Ort beschäftigt, an dem der Dienstherr seinen Sitz hat.

(2) Wird ein Staatsangehöriger einer Vertragspartei im Dienste dieser Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei beschäftigt und ist er nach dem Inhalt seines Dienstvertrages nur zur Dienstleistung bei einer bestimmten Dienststelle der ersten Vertragspartei im Hoheitsgebiet der zweiten Vertragspartei eingestellt, so kann er binnen drei Monaten nach Beginn der Beschäftigung oder nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens, je nachdem welcher Zeitpunkt später liegt, wählen, ob die

σώπων ἀπασχολουμένων εἰς ἐπιχειρήσεις ἐναερίων συγκοινωνιῶν, αἵτινες ἔχουσι τήν ἕδραν των εἰς τήν περιοχήν δικαιοδοσίας ἑνός ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν, ἐφ'ὅσον ταῦτα ἔχουν τήν ἰθαγένειαν τοῦ ἐν λόγῳ συμβαλλομένου Μέρους καί ἀπασχολοῦνται εἰς ὑπηρεσίας ἀέρος ἤ ἐδάφους εἰς τήν περιοχήν δικαιοδοσίας τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Μέρους, ὡς ἐπίσης καί ἐπί τοῦ λοιποῦ προσωπικοῦ τῶν ἐν λόγῳ ἐπιχειρήσεων ἀνεξαρτήτως ἰθαγενείας, ἐφ'ὅσον τοῦτο ἀποστέλλεται προσωρινῶς εἰς τήν περιοχήν δικαιοδοσίας τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Μέρους.

(4) 'Εφ'ὅσον πρόσωπα εὑρισκόμενα εἰς ὑπηρεσίαν ἐπιχειρήσεως ἀναλαμβανούσης διά λογαριασμόν αὐτῆς ἤ διά λογαριασμόν τρίτων τήν μεταφοράν προσώπων ἤ πραγμάτων ὁδικῶς, σιδηροδρομικῶς ἤ διά θαλάσσης καί ἐχούσης τήν ἕδραν αὐτῆς εἰς τήν περιοχήν δικαιοδοσίας ἑνός ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν, ἀπασχολοῦνται ἀποκλειστικῶς ἤ κατά τόν περισσότερον χρόνον εἰς τήν περιοχήν δικαιοδοσίας τοῦ ἑτέρου ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν, ταῦτα ὑπόκεινται εἰς τάς διατάξεις τοῦ συμβαλλομένου Μέρους εἰς τῆν περιοχὴν δικαιοδοσίας τοῦ ὁποίου ἔχει τήν ἕδραν της ἡ ἐπιχείρησις, ἐφ'ὅσον δέν ὁρίζεται ἄλλως ἐν ἄρθρῳ 8. Εἰς περίπτωσιν κατά τήν ὁποίαν ἡ ἐν λόγῳ ἐπιχείρησις διατηρεῖ εἰς τήν περιοχήν δικαιοδοσίας τοῦ ἑτέρου τῶν συμβαλλομένων Μερῶν ὑποκατάστημα ἤ μόνιμον ἀντιπροσωπείαν, ἔχουσιν ἐφαρμογήν ἐπί τῶν ὑπό τοῦ ὑποκαταστήματος ἤ τῆς μονίμου ἀντιπροσωπείας ἀπασχολουμένων αἱ διατάξεις τοῦ δευτέρου ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν.

(5) Αἱ παράγραφοι (1) μέχρι (4) ἰσχύουν, ἐφ'ὅσον δέν ὁρίζει ἄλλο τι ἡ παράγραφος (3), μή λαμβανομένης ὑπ'ὄψιν τῆς ἰθαγενείας τῶν ἐνδιαφερομένων προσώπων.

Ἄρθρον 8ον

(1) Τό πλήρωμα πλοίου φέροντος τήν σημαίαν ἑνός ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν ὑπόκειται εἰς τάς διατάξεις τοῦ συμβαλλομένου τούτου Μέρους. Πρόσωπα ἀπασχολούμενα εἰς τήν φόρτωσιν, ἐκφόρτωσιν ἤ ἐπισκευήν πλοίου φέροντος τήν σημαίαν ἑνός ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν ἤ πρόσωπα ἀπασχολούμενα εἰς τήν ἐπίβλεψιν τῶν ἐργασιῶν αὐτῶν ὑπόκεινται εἰς τάς διατάξεις τοῦ συμβαλλομένου Μέρους εἰς τήν περιοχήν δικαιοδοσίας τοῦ ὁποίου εὑρίσκεται ὁ λιμήν.

(2) 'Εφ'ὅσον πρόσωπον διαμένον συνήθως εἰς τήν περιοχήν δικαιοδοσίας ἑνός ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν καί ἀπασχολούμενον προσωρινῶς ἐπί πλοίου φέροντος τήν σημαίαν τοῦ ἑτέρου τῶν συμβαλλομένων Μερῶν ἀμείβεται ὑπό προσώπου ἤ ἐπιχειρήσεως ἐχόντων τήν ἕδραν των εἰς τήν περιοχήν δικαιοδοσίας τοῦ πρώτου ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν καί μή ὄντων ἰδιοκτητῶν τοῦ πλοίου, ἐφαρμόζονται ἐπί τοῦ προσώπου τούτου αἱ διατάξεις τοῦ πρώτου τῶν συμβαλλομένων Μερῶν. Τό πρόσωπον ἤ ἡ ἐπιχείρησις, παρ'ὧν καταβάλλεται ἡ ἀμοιβή, θεωροῦνται ὡς ἐργοδόται ὑπό τήν ἔννοιαν τῶν διατάξεων τούτων.

(3) Αἱ παράγραφοι (1) καί (2) ἔχουν ἰσχύν μή λαμβανομένης ὑπ'ὄψιν τῆς ἰθαγενείας τοῦ ἐνδιαφερομένου προσώπου.

Ἄρθρον 9ον

(1) 'Εφ'ὅσον πολίτης ἑνός ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν ἀπασχολεῖται εἰς τήν ὑπηρεσίαν τοῦ συμβαλλομένου τούτου Μέρους ἤ ἑτέρας τινός δημοσίου δικαίου ὑπηρεσίας τοῦ συμβαλλομένου τούτου Μέρους εἰς τήν περιοχήν δικαιοδοσίας τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Μέρους, ἰσχύουν δι'αὐτόν ἐπιφυλασσομένης τῆς ἐφαρμογῆς τῆς παραγράφου (2) αἱ διατάξεις τοῦ πρώτου ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν, ὡς ἐάν ἀπησχολεῖτο εἰς τήν περιοχήν δικαιοδοσίας, ἐν τῇ ὁποίᾳ ἡ ὑπηρεσία του ἔχει τήν ἕδραν αὐτῆς.

(2) 'Εφ'ὅσον πολίτης ἑνός ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν ἀπασχολεῖται εἰς τήν ὑπηρεσίαν τοῦ συμβαλλομένου τούτου Μέρους εἰς τήν περιοχήν δικαιοδοσίας τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Μέρους καί ἐτοποθετήθη συμφώνως πρός τό περιεχόμενον τῆς ὑπηρεσιακῆς αὐτοῦ σχέσεως μόνον διά τήν ἐκτέλεσιν ὑπηρεσίας παρ'ὡρισμένῃ ὑπηρεσίᾳ τοῦ πρώτου ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν ἐν τῇ περιοχῇ δικαιοδοσίας τοῦ δευτέρου συμβαλλομένου Μέρους, οὗτος δύναται ἐντός τριῶν μηνῶν ἀπό τῆς ἐνάρξεως τῆς ἀπασχολήσεως αὐτοῦ ἤ μετά τήν ἔναρξιν ἰσχύος τῆς παρούσης

Rechtsvorschriften der ersten oder der zweiten Vertragspartei auf ihn angewendet werden sollen. Die Wahl wird mit dem Tage wirksam, an dem sie getroffen wird.

(3) Wird ein Staatsangehöriger einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei von einem Mitglied der diplomatischen Vertretung oder einer konsularischen Vertretung der ersten Vertragspartei in persönlichen Diensten beschäftigt, so gelten die Vorschriften des Absatzes (2) über das Wahlrecht entsprechend.

(4) Für die Bediensteten eines Wahlkonsuls gelten die Absätze (1) bis (3) nicht.

Artikel 10

Auf Antrag der betroffenen Arbeitnehmer mit Zustimmung der Arbeitgeber oder auf Antrag der den Arbeitnehmern Gleichgestellten oder auf Antrag der Arbeitgeber mit Zustimmung der betroffenen Arbeitnehmer kann die zuständige Behörde der Vertragspartei, deren Rechtsvorschriften nach den Artikeln 6 bis 9 anzuwenden wären, die Anwendung der Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei zulassen. Vor der Entscheidung ist der zuständigen Behörde der anderen Vertragspartei Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Wird die Anwendung der Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei zugelassen, so sind deren Rechtsvorschriften anzuwenden, und zwar, falls die betreffenden Personen im Hoheitsgebiet der ersten Vertragspartei beschäftigt sind, so, als ob sie im Hoheitsgebiet der zweiten Vertragspartei beschäftigt wären. Dabei gilt als Beschäftigungsort der Betriebssitz.

Artikel 11

(1) Sehen die Rechtsvorschriften einer Vertragspartei vor, daß eine Leistung der Sozialen Sicherheit beim Zusammentreffen mit anderen Leistungen der Sozialen Sicherheit oder mit anderen Einkünften oder wegen Ausübung einer Beschäftigung wegfällt, gekürzt oder zum Ruhen gebracht wird oder daß ein Anspruch auf eine Leistung der Sozialen Sicherheit oder das Recht zur Weiterversicherung nicht gegeben ist, solange die betreffende Person eine Beschäftigung ausübt oder in einer Rentenversicherung pflichtversichert ist, so gelten vorbehaltlich der Absätze (2) und (3) diese Vorschriften auch, wenn es sich um gleichartige Leistungen aus einem System der Sozialen Sicherheit der anderen Vertragspartei oder um Einkünfte, die im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei bezogen werden, oder um eine dort ausgeübte Beschäftigung oder um eine Pflichtversicherung nach den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei handelt. Wären in den Fällen, in denen eine Leistung nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei mit einer Leistung nach den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei zusammentrifft, beide Leistungen zu kürzen oder zum Ruhen zu bringen, so darf jede dieser Leistungen nur bis zur Hälfte des Betrages gekürzt oder zum Ruhen gebracht werden, um den die Leistung nach den Rechtsvorschriften der Vertragspartei, nach denen sie geschuldet wird, zu kürzen oder zum Ruhen zu bringen wäre.

(2) Absatz (1) gilt nicht, wenn Renten gleicher Art zusammentreffen, die nach den Artikeln 28 bis 34 erworben sind.

(3) Wäre nach Absatz (1) eine Invaliditäts-, Alters- oder Hinterbliebenenrente, die nach Artikel 28 festgestellt worden ist, zu kürzen oder zum Ruhen zu bringen, so ist für die Kürzung oder das Ruhen nur der Teil der anderen Leistungen, der anderen Einkünfte oder des anderen Arbeitsentgelts zu berücksichtigen, der dem in Artikel 28 Absatz (3) Buchstabe b) bezeichneten Verhältnis der Dauer der zurückgelegten Zeiten entspricht.

Συμβάσεως, ἀναλόγως τοῦ πλέον ἀπομεμακρυσμένου χρονικοῦ διαστήματος, νά ἐπιλέξῃ ἐάν θά ἔχουν ἐφαρμογήν ἐπ' αὐτοῦ αἱ 'διατάξεις τοῦ πρώτου ἤ τοῦ δευτέρου συμβαλλομένου Μέρους. ἐΗ ἐπιλογή ἰσχύει ἀπό τῆς ἡμέρας, καθ'ἥν αὔτη ἠσκήθη.

(3) 'Εφ'ὅσον πολίτης ἑνός ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν ἀπασχολεῖται εἰς τήν περιοχήν δικαιοδοσίας τοῦ ἑτέρου ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν εἰς τήν προσωπικήν ὑπηρεσίαν μέλους τῆς διπλωματικῆς ἤ τῆς προξενικῆς ὑπηρεσίας τοῦ πρώτου ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν, ἰσχύουν ἀναλόγως αἱ διατάξεις τῆς παραγράφου (2) ὡς πρός τό δικαίωμα ἐπιλογῆς.

(4) Διά τούς ὑπαλλήλους ἀμίσθου προξένου δέν ἰσχύουν αἱ παράγραφοι (1) μέχρι (3) τοῦ παρόντος ἄρθρου.

Ἄρθρον 10ον

Κατόπιν αἰτήσεως τῶν ἐνδιαφερομένων ἐργαζομένων τῇ συναινέσει τῶν ἐργοδοτῶν ἤ κατόπιν αἰτήσεως τῶν πρός ἐργαζομένους ἐξομοιουμένων ἤ κατόπιν αἰτήσεως τῶν ἐργοδοτῶν τῇ συναινέσει τῶν ἔνδιαφερομένων ἐργαζομένων δύναται ἡ ἁρμοδία ἀρχή τοῦ συμβαλλομένου Μέρους, αἱ διατάξεις τοῦ ὁποίου θά εἶχον ἐφαρμογήν συμφώνως πρός τά ἄρθρα 6 μέχρις 9, νά ἐπιτρέψῃ τήν ἐφαρμογήν τῶν διατάξεων τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Μέρους. Πρό τῆς ἀποφάσεως δέον νά παρασχεθῇ ἡ εὐχέρεια ἐκφράσεως γνώμης εἰς τήν ἁρμοδίαν 'Αρχήν τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Μέρους. 'Εφ' ὅσον ἐπετράπη ἡ ἐφαρμογή τῶν διατάξεων τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Μέρους, τυγχάνουν ἐφαρμογῆς αἱ διατάξεις τούτου καί δή, ἐφ' ὅσον τά ἐνδιαφερόμενα πρόσωπα ἀπασχολοῦνται εἰς τήν περιοχήν δικαιοδοσίας τοῦ πρώτου συμβαλλομένου Μέρους, ὡς ἐάν ταῦτα ἀπησχολοῦντο εἰς τήν περιοχήν δικαιοδοσίας τοῦ δευτέρου συμβαλλομένου Μέρους. 'Εν προκειμένῳ ὡς τόπος ἀπασχολήσεως θεωρεῖται ἡ ἕδρα τῆς παγγελματικῆς ἐγκαταστάσεως.

Ἄρθρον 11ον

(1) 'Εάν αἱ διατάξεις ἑνός ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν προβλέπουν, ὅτι παροχή τῆς κοινωνικῆς ἀσφαλείας, ἐφ'ὅσον σωρεύεται μετ'ἄλλων παροχῶν τῆς κοινωνικῆς ἀσφαλείας ἤ μετ'ἄλλων εἰσοδημάτων ἤ λόγῳ ἀσκήσεως ἐπαγγέλματος, καταργεῖται, περιορίζεται ἤ ἀναστέλλεται ἤ ὅτι δέν παρέχεται ἀξίωσις ἐπί ἑτέρας παροχῆς τῆς κοινωνικῆς ἀσφαλείας ἤ τό δικαίωμα ἐπί τῆς συνεχίσεως τῆς ἀσφαλίσεως καθ'ὅν χρόνον τό ἐνδιαφερόμενον πρόσωπον εὑρίσκεται ὑπό ἀπασχόλησιν ἤ εἶναι ὑποχρεωτικῶς ἠσφαλισμένον εἰς ἀσφάλισιν συντάξεως, αἱ διατάξεις αὗται ἰσχύουν, ἐπιφυλασσομένης τῆς ἐφαρμογῆς τῶν παραγράφων (2) καί (3), καί εἰς ἥν περίπτωσιν πρόκειται περί παρομοίων παροχῶν τοῦ συστήματος κοινωνικῆς ἀσφαλείας τοῦ ἑτέρου ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν ἤ περί εἰσοδημάτων πραγματοποιουμένων εἰς τήν περιοχήν δικαιοδοσίας τοῦ ἑτέρου ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν ἤ περί ἀπασχολήσεως λαμβανούσης χώραν εἰς τήν ἐν λόγῳ περιοχήν ἤ περί ὑποχρεωτικῆς ἀσφαλίσεως κατά τάς διατάξεις τοῦ ἑτέρου ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν. Εἰς περιπτώσεις κατά τάς ὁποίας λαμβάνει χώραν σώρευσις παροχῆς ἐκ τῶν διατάξεων τοῦ ἑνός ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν μετά παροχῆς ἐκ τῶν διατάξεων τοῦ ἑτέρου ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν καί ἐπιβάλλεται ὁ περιορισμός ἤ ἡ ἀναστολή ἀμφοτέρων τῶν παροχῶν, δέον ὅπως ἑκάστη ἐκ τῶν ἐν λόγῳ παροχῶν περιορίζηται ἤ ἀναστέλληται μόνον κατά τό ἥμισυ τοῦ ποσοῦ, καθ'ὅ ἡ παροχή θά περιωρίζετο ἤ θ'ἀνεστέλλετο κατά τάς διατάξεις τοῦ συμβαλλομένου Μέρους, συμφώνως πρός τάς ὁποίας αὔτη ὀφείλεται.

(2) 'Η παράγραφος (1) δέν ἰσχύει ἐπί σωρεύσεως συντάξεων τῆς αὐτῆς μορφῆς, αἵτινες ἐκτήθησαν βάσει τῶν ἄρθρων 28 μέχρι 34.

(3) Εἰς περίπτωσιν κατά τήν ὁποίαν περιορίζεται ἤ ἀναστέλλεται κατά τήν παράγραφον (1) σύνταξις λόγῳ ἀναπηρίας, γήρατος ἤ θανάτου παρεχομένη βάσει τοῦ ἄρθρου 28, λαμβάνεται ὑπ'ὄψιν διά τόν περιορισμόν ἤ τήν ἀναστολήν μόνον τό τμῆμα τῶν λοιπῶν παροχῶν, τῶν ἑτέρων εἰσοδημάτων ἤ τῶν ἑτέρων ἀμοιβῶν λόγῳ ἐργασίας, τό ὁποῖον ἀντιστοιχεῖ εἰς τήν ἐν ἄρθρῳ 28, παράγραφον (3) στοιχεῖον (β) ἀναφερομένην σχέσιν διαρκείας τῶν διανυθεισῶν χρονικῶν περιόδων.

ABSCHNITT II

Krankenversicherung

(Versicherung für den Fall der Krankheit, der Mutterschaft und des Todes)

Artikel 12

(1) Sind Versicherungszeiten Voraussetzung für einen Leistungsanspruch, so werden die in der Krankenversicherung der beiden Vertragsparteien zurückgelegten Versicherungszeiten zusammengerechnet, soweit sie sich nicht überschneiden.

(2) Ist nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei ein Leistungsanspruch auch gegeben, wenn der Versicherungsfall innerhalb einer bestimmten Frist nach dem Ausscheiden aus der Versicherung eintritt, so gelten diese Vorschriften auch für eine Person, die aus der Versicherung ausgeschieden ist, um in dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eine ihr angebotene Beschäftigung anzunehmen, es sei denn, daß die Person bei Eintritt des Versicherungsfalles bereits nach den Rechtsvorschriften dieser Vertragspartei einen Leistungsanspruch erworben hat.

Artikel 13

(1) Ein Versicherter, der gegen einen Träger einer Vertragspartei einen Leistungsanspruch hat und seinen gewöhnlichen Aufenthalt nach Eintritt des Versicherungsfalles in das Gebiet der anderen Vertragspartei verlegt, behält den Anspruch, wenn der Träger vorher der Verlegung zugestimmt hat. Die Zustimmung darf nicht verweigert werden, wenn sich der Versicherte zu seinen Angehörigen begibt und wegen seines Gesundheitszustandes ärztlicherseits keine Bedenken gegen die Verlegung des Aufenthaltes geltend gemacht werden. Die Zustimmung kann nachträglich erteilt werden, wenn die Voraussetzungen für ihre Erteilung erfüllt sind und der Versicherte die Zustimmung aus von ihm nicht zu vertretenden Gründen vorher nicht einholen konnte. Für die Leistungen bei Mutterschaft kann die Zustimmung vor Eintritt des Versicherungsfalles erteilt werden.

(2) Absatz (1) gilt für die Angehörigen des Versicherten entsprechend.

Artikel 14

(1) Hält sich ein Versicherter, der einem Träger einer Vertragspartei angehört, im Gebiet der anderen Vertragspartei auf und erfordert sein Zustand sofort Leistungen bei Krankheit oder Mutterschaft, so hat er auf diese Leistungen nach den Rechtsvorschriften der ersten Vertragspartei Anspruch.

(2) Absatz (1) gilt für die Angehörigen des Versicherten entsprechend.

Artikel 15

(1) Hält sich eine Person, die nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei eine Rente bezieht oder die Voraussetzungen für den Bezug einer solchen Rente erfüllt und die Rente beantragt hat, gewöhnlich im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei auf, so bestimmen sich ihre Versicherungspflicht oder Versicherungsberechtigung in der Krankenversicherung nach den Rechtsvorschriften der ersten Vertragspartei, als ob sie sich in deren Hoheitsgebiet gewöhnlich aufhielte.

(2) Sind in den Fällen des Absatzes (1)

a) die deutschen Rechtsvorschriften anzuwenden, so ist der Träger der Krankenversicherung zuständig, dem die Person zuletzt angehörte, bevor sie den Rentenantrag gestellt hat; hat die Person

ΜΕΡΟΣ ΔΕΥΤΕΡΟΝ

Ἀσφάλισις Ἀσθενείας

(Ἀσφάλισις διά τήν περίπτωσιν τῆς ἀσθενείας, τῆς μητρότητος καί τοῦ θανάτου)

Ἄρθρον 12ον

(1) Ἐφ᾽ὅσον ὡς προϋπόθεσις διά τήν ἀξίωσιν παροχῆς τάσσεται χρόνος ἀσφαλίσεως, οἱ διανυθέντες χρόνοι ἀσφαλίσεως ἐν τῇ ἀσφαλίσει ἀσθενείας ἀμφοτέρων τῶν συμβαλλομένων Μερῶν ἀθροίζονται, ἐφ᾽ὅσον δέν συμπίπτουν χρονικῶς.

(2) Ἐφ᾽ὅσον κατά τάς διατάξεις ἑνός ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν παρέχεται ἀξίωσις ἐπί παροχήν καί ὅταν ἡ ἀσφαλιστική περίπτωσις ἐπαληθεύῃ ἐντός ὡρισμένου χρονικοῦ διαστήματος μετά τήν διακοπήν τῆς ἀσφαλίσεως, αἱ διατάξεις αὗται ἰσχύουν καί ἐπί προσώπου, τό ὁποῖον διέκοψε τήν ἀσφάλισίν του, ἵνα ἀναλάβῃ ἀπασχόλησιν παρασχεθεῖσαν αὐτῷ εἰς τήν περιοχήν δικαιοδοσίας τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Μέρους, ἐκτός ἐάν τό πρόσωπον τοῦτο ἔχῃ ἤδη ἀποκτήσει κατά τήν ἐπέλευσιν τῆς ἀσφαλιστικῆς περιπτώσεως ἀξίωσιν ἐπί τήν παροχήν συμφώνως πρός τάς διατάξεις τοῦ συμβαλλομένου τούτου Μέρους.

Ἄρθρον 13ον

(1) Ἠσφαλισμένος κεκτημένος ἀξίωσιν ἐπί παροχήν κατά φορέως ἑνός ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν καί μεταφέρων τόν τόπον τῆς συνήθους διαμονῆς του, μετά τήν ἐπαλήθευσιν τῆς ἀσφαλιστικῆς περιπτώσεως, εἰς τήν περιοχήν τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Μέρους, διατηρεῖ τήν ἀξίωσιν, ἐφ᾽ὅσον ὁ φορεύς ἐνέκρινε προηγουμένως τήν μεταβολήν τοῦ τόπου διαμονῆς. Ἄρνησις τῆς ἐγκρίσεως δέν ἐπιτρέπεται, ὅταν ὁ ἠσφαλισμένος μεταβαίνῃ εἰς τά μέλη οἰκογενείας του καί δέν ὑφίσταται ἀπό ἰατρικῆς πλευρᾶς ἔνδειξις κατά τῆς μετακινήσεως συνεπείᾳ τῆς καταστάσεως τῆς ὑγείας του. Ἡ ἔγκρισις δύναται νά παρέχεται ἐκ τῶν ὑστέρων, ἐάν πληροῦνται αἱ προϋποθέσεις διά τήν παροχήν της καί ὁ ἠσφαλισμένος δέν ἠδύνατο νά μεριμνήσῃ διά τήν παροχήν τῆς ἐγκρίσεως διά λόγους μή δυναμένους ν᾽ἀποτραπῶσιν ὑπ᾽αὐτοῦ. Προκειμένου περί παροχῶν λόγῳ μητρότητος δύναται νά παρασχεθῇ ἡ ἔγκρισις πρό τῆς ἐπαληθεύσεως τῆς ἀσφαλιστικῆς περιπτώσεως.

(2) Ἡ παράγραφος (1) ἰσχύει ἀναλόγως καί διά τά μέλη οἰκογενείας τοῦ ἠσφαλισμένου.

Ἄρθρον 14ον

(1) Ἐφ᾽ὅσον ἠσφαλισμένος εἰς φορέα ἑνός ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν διαμένει εἰς τήν περιοχήν δικαιοδοσίας τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Μέρους καί ἡ κατάστασίς του ἀπαιτεῖ ἀμέσως παροχάς ἀσθενείας ἤ μητρότητος, οὗτος ἔχει ἀξίωσιν ἐπί τῶν παροχῶν τούτων συμφώνως πρός τάς διατάξεις τοῦ πρώτου τῶν συμβαλλομένων Μερῶν.

(2) Ἡ παράγραφος (1) ἰσχύει ἀναλόγως καί διά τά μέλη οἰκογενείας τοῦ ἠσφαλισμένου.

Ἄρθρον 15ον

(1) Ἐφ᾽ὅσον πρόσωπον λαμβάνον σύνταξιν κατά τάς διατάξεις ἑνός ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν ἤ πληροῦν τάς προϋποθέσεις ἀπονομῆς τοιαύτης συντάξεως καί ὑποβαλόν αἴτησιν διά τήν παροχήν τῆς ἐν λόγῳ συντάξεως διαμένει συνήθως εἰς τήν περιοχήν δικαιοδοσίας τοῦ ἑτέρου ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν, ἡ ἀσφαλιστική αὐτοῦ ὑποχρέωσις ἤ τό ἐκ τῆς ἀσφαλίσεως ἀσθενείας δικαίωμα διέπονται ὑπό τῶν διατάξεων τοῦ πρώτου ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν, ὡς ἐάν τό ἐν λόγῳ πρόσωπον εἶχεν ὡς τόπον συνήθους διαμονῆς τήν περιοχήν δικαιοδοσίας τοῦ συμβαλλομένου τούτου Μέρους.

(2) Ἐφ᾽ὅσον εἰς τάς περιπτώσεις τῆς παραγράφου (1)

(α) ἔχουσιν ἐφαρμογήν αἱ γερμανικαί διατάξεις, ἁρμόδιος εἶναι ὁ φορεύς ἀσφαλίσεως ἀσθενείας, εἰς τήν ἀσφάλισιν τοῦ ὁποίου ὑπήγετο τελευταίως τό ἐνδιαφερόμενον πρόσωπον πρό τῆς ὑποβολῆς τῆς αἰτήσεως ἀπο-

keinem Träger der Krankenversicherung angehört, so ist die Allgemeine Ortskrankenkasse Bad Godesberg zuständig;

b) die griechischen Rechtsvorschriften anzuwenden, so ist der Träger der Krankenversicherung zuständig, dem die Person zuletzt angehörte, bevor sie den Rentenantrag gestellt hat.

(3) Die in Absatz (1) bezeichnete Person muß den Träger ihres Aufenthaltsortes von jeder Änderung in ihren Verhältnissen, die den Anspruch auf Leistungen berühren könnte, unterrichten, insbesondere wenn die Rente wegfällt oder ruht, oder wenn die Person oder einer ihrer Angehörigen den gewöhnlichen Aufenthalt in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei verlegt.

(4) Hält sich eine Person, die nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsparteien auf Grund des Bezugs einer Rente oder eines Antrages auf eine Rente versichert ist, gewöhnlich im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei auf, so finden ausschließlich die Rechtsvorschriften dieser Vertragspartei Anwendung.

(5) Die Artikel 13 und 14 finden Anwendung.

(6) Die Absätze (1) bis (5) gelten nicht, solange die in den Absätzen (1) und (4) bezeichneten Personen eine Beschäftigung ausüben, auf Grund deren sie nach den Rechtsvorschriften der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet sie sich gewöhnlich aufhalten, für den Fall der Krankheit, der Mutterschaft und des Todes (Sterbegeld) pflichtversichert sind.

(7) Machen die Rechtsvorschriften einer Vertragspartei bei Personen, welche die Voraussetzungen für den Bezug einer Rente nach den Vorschriften dieser Vertragspartei erfüllen und die Rente beantragt haben, die Pflichtversicherung davon abhängig, daß diese Personen innerhalb eines bestimmten Zeitraumes vor Stellung des Rentenantrages während einer Mindestfrist der Krankenversicherung angehört haben, so werden für die Erfüllung dieser Frist die nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsparteien innerhalb des bestimmten Zeitraumes zurückgelegten Zeiten einer Pflichtversicherung oder einer freiwilligen Weiterversicherung zusammengerechnet, soweit sie sich nicht überschneiden.

Artikel 16

(1) In den Fällen der Artikel 13, 14 und 15 Absatz (5) werden die Leistungen nach Maßgabe der Absätze (2) und (3) auf Antrag gewährt, solange die betreffende Person sich im Hoheitsgebiet der Vertragspartei aufhält, in dem der zuständige Träger nicht seinen Sitz hat.

(2) Die Sachleistungen werden nach folgenden Regeln gewährt:

a) Die Leistungen werden gewährt

in der Bundesrepublik

von der für den Aufenthaltsort dieser Person zuständigen Allgemeinen Ortskrankenkasse oder, wo eine solche nicht besteht, von der für diesen Ort zuständigen Landkrankenkasse,

in Griechenland

von der Sozialversicherungsanstalt (IKA).

b) Ausmaß sowie Art und Weise der Leistungsgewährung bestimmen sich nach den Rechtsvorschriften, die von den in Buchstabe a) genannten Trägern anzuwenden sind; die Dauer der Leistungsgewährung und der Kreis der zu berücksich-

νομῆς συντάξεως. Ἐάν τό πρόσωπον τοῦτο δέν ὑπήγετο εἰς οὐδένα φορέα ἀσφαλίσεως ἀσθενείας, ἁρμόδιον εἶναι τό Γενικόν Τοπικόν Ταμεῖον Ἀσθενείας τοῦ Bad Godesberg.

(β) ἔχουσιν ἐφαρμογήν αἱ ἑλληνικαί διατάξεις, ἁρμόδιος εἶναι ὁ φορεύς, εἰς τήν ἀσφάλισιν ἀσθενείας τοῦ ὁποίου ὑπήγετο τελευταίως τό ἐνδιαφερόμενον πρόσωπον πρό τῆς ὑποβολῆς τῆς αἰτήσεως ἀπονομῆς συντάξεως.

(3) Τό ἐν παραγράφῳ (1) ἀναφερόμενον πρόσωπον ὑποχρεοῦται, ὅπως πληροφορῇ τόν φορέα τοῦ τόπου διαμονῆς αὐτοῦ περί οἱασδήποτε μεταβολῆς τῶν συνθηκῶν, αἱ ὁποῖαι θά ἠδύναντο νά ἐπηρεάσουν τήν ἀξίωσιν ἐπί παροχάς, κυρίως ὅταν ἡ σύνταξις διακόπτεται ἤ ἀναστέλλεται ἤ ὅταν τό πρόσωπον τοῦτο ἤ μέλος τῆς οἰκογενείας του μεταφέρουν τήν συνήθη διαμονήν των εἰς τήν περιοχήν δικαιοδοσίας τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Μέρους.

(4) Ἐφ' ὅσον πρόσωπον ἠσφαλισμένον κατά τάς διατάξεις ἀμφοτέρων τῶν συμβαλλομένων Μερῶν λόγῳ ἀπολήψεως συντάξεως ἤ αἰτήσεως περί ἀπονομῆς συντάξεως διαμένει συνήθως εἰς τήν περιοχήν δικαιοδοσίας ἑνός ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν, ἔχουν ἐφαρμογήν ἀποκλειστικῶς αἱ διατάξεις τοῦ συμβαλλομένου τούτου Μέρους.

(5) Τά ἄρθρα 13 καί 14 ἰσχύουν ἐν τῇ ἐφαρμογῇ τοῦ παρόντος ἄρθρου.

(6) Αἱ παράγραφοι (1) μέχρι (5) δέν ἰσχύουν, ἐφ' ὅσον τά ἐν παραγρ. (1) καί (4) ἀναφερόμενα πρόσωπα ἔχουν ἀπασχόλησιν, λόγῳ τῆς ὁποίας ἀσφαλίζονται ὑποχρεωτικῶς διά τήν περίπτωσιν τῆς ἀσθενείας, τῆς μητρότητος καί τοῦ θανάτου (ἔξοδα κηδείας) συμφώνως πρός τάς διατάξεις τοῦ συμβαλλομένου Μέρους, ἐν τῇ περιοχῇ δικαιοδοσίας τοῦ ὁποίου διαμένουν συνήθως.

(7) Ἐφ' ὅσον αἱ διατάξεις ἑνός ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν, προκειμένου περί προσώπων πληρούντων τάς προϋποθέσεις ἀπονομῆς συντάξεως κατά τάς διατάξεις τοῦ συμβαλλομένου τούτου Μέρους καί ὑποβαλόντων αἴτησιν ἀπονομῆς συντάξεως, ἐξαρτῶσι τήν ὑποχρεωτικήν ἀσφάλισιν ἐκ τῆς ὑπαγωγῆς τῶν προσώπων τούτων εἰς τήν ἀσφάλισιν ἀσθενείας ἐφ' ὡρισμένον ἐλάχιστον χρονικόν διάστημα ἐντός ὡρισμένης χρονικῆς περιόδου πρό τῆς ὑποβολῆς αἰτήσεως πρός σύνταξιν, διά τήν συμπλήρωσιν τοῦ ἐλαχίστου τούτου χρονικοῦ διαστήματος ἀθροίζονται οἱ κατά τάς διατάξεις ἀμφοτέρων τῶν συμβαλλομένων Μερῶν διανυθέντες ἐντός τῆς ὡρισμένης χρονικῆς περιόδου χρόνοι ὑποχρεωτικῆς ἀσφαλίσεως ἤ τῆς προαιρετικῆς συνεχίσεως τῆς ἀσφαλίσεως ἐφ' ὅσον δέν συμπίπτουν.

Ἄρθρον 16ον

(1) Εἰς τάς περιπτώσεις τῶν ἄρθρων 13, 14 καί 15 παράγραφος (5) αἱ παροχαί πραγματοποιοῦνται τῇ αἰτήσει τοῦ ἐνδιαφερομένου κατ' ἐφαρμογήν τῶν παραγράφων (2) καί (3), ἐφ' ὅσον τό ἐνδιαφερόμενον πρόσωπον διαμένει εἰς τήν περιοχήν δικαιοδοσίας τοῦ συμβαλλομένου Μέρους, εἰς τήν ὁποίαν ὁ ἁρμόδιος φορεύς δέν ἔχει τήν ἕδραν του.

(2) Αἱ εἰς εἶδος παροχαί πραγματοποιοῦνται κατά τούς κάτωθι κανόνας:

(α) Αἱ παροχαί πραγματοποιοῦνται

εἰς τήν Ὁμοσπονδιακήν Δημοκρατίαν

ὑπό τοῦ ἁρμοδίου διά τόν τόπον διαμονῆς τοῦ προσώπου τούτου Γενικοῦ Τοπικοῦ Ταμείου Ἀσθενείας ἤ, ἐφ' ὅσον δέν ὑφίσταται τοιοῦτον Ταμεῖον, ὑπό τοῦ Κρατικοῦ Ταμείου Ἀσθενείας, τό ὁποῖον εἶναι ἁρμόδιον διά τόν ἐν λόγῳ τόπον διαμονῆς,

εἰς τήν Ἑλλάδα

ὑπό τοῦ Ἱδρύματος Κοινωνικῶν Ἀσφαλίσεων (I. K. A.).

(β) Τό μέτρον ὡς καί τό εἶδος καί ὁ τρόπος τῆς πραγματοποιήσεως τῆς παροχῆς καθορίζονται συμφώνως πρός τάς διατάξεις, αἵτινες ἐφαρμόζονται ὑπό τῶν ἐν στοιχείῳ (α) ἀναφερομένων φορέων. Ἡ διάρκεια τῆς πραγματοποιήσεως τῆς παροχῆς καί ὁ κύκλος τῶν

tigenden Angehörigen richten sich nach den von dem zuständigen Träger anzuwendenden Rechtsvorschriften.

c) Körperersatzstücke, größere Heil- und Hilfsmittel und andere Sachleistungen von erheblicher Bedeutung dürfen nur gewährt werden, wenn der zuständige Träger vorher zugestimmt hat; dies gilt nicht für Fälle unbedingter Dringlichkeit.

d) Personen und Einrichtungen, die mit den in Buchstabe a) genannten Trägern Verträge über die Gewährung von Sachleistungen an die bei diesen Trägern Versicherten und deren Angehörige abgeschlossen haben, sind verpflichtet, nach Maßgabe dieser Verträge auch die in diesem Absatz genannten Sachleistungen zu gewähren.

e) Sehen die Rechtsvorschriften einer Vertragspartei eine Höchstdauer für die Leistungsgewährung vor, so wird die Zeit, in der für denselben Fall der Krankheit oder Mutterschaft Leistungen nach den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei gewährt worden sind, auf die Höchstdauer der von dem zuständigen Träger zu gewährenden Leistungen angerechnet.

(3) Die Geldleistungen werden von dem zuständigen Träger nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften gewährt. Sie können auf Ersuchen des zuständigen Trägers für dessen Rechnung auch von den in Absatz (2) Buchstabe a) genannten Trägern ausgezahlt werden.

Artikel 17

(1) In den Fällen des Artikels 16 ist der zuständige Träger verpflichtet, dem Träger, der die Sach- oder Geldleistungen gewährt hat, den tatsächlich aufgewendeten Betrag zu erstatten. Verwaltungskosten werden nicht erstattet.

(2) Die zuständigen Behörden der beiden Vertragsparteien können auf Antrag der betroffenen Träger für alle Fälle oder für bestimmte Gruppen von Fällen vereinbaren, daß die Aufwendungen durch Zahlung von Pauschalbeträgen erstattet werden oder daß auf Erstattung verzichtet wird.

Artikel 18

Wären für denselben Versicherungsfall nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsparteien Sachleistungen oder von dem Arbeitsentgelt unabhängige Geldleistungen, die nicht Sterbegelder sind, zu gewähren, so werden diese Leistungen nur nach den Rechtsvorschriften der Vertragspartei gewährt, in deren Hoheitsgebiet die betreffende Person sich gewöhnlich aufhält. Artikel 12 Absatz (2) bleibt unberührt.

Artikel 19

(1) Stirbt eine Person, die nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei versichert ist, oder einer ihrer Angehörigen in dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so gilt für den Anspruch auf Sterbegeld der Tod als im Hoheitsgebiet der ersten Vertragspartei eingetreten.

(2) Beansprucht eine Person, die sich im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei aufhält, Sterbegeld nach den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei, so wird sie behandelt, als hielte sie sich im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei auf.

(3) Für denselben Todesfall dürfen nicht Sterbegelder nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsparteien

προστατευομένων μελῶν οἰκογενείας ὁρίζονται συμφώνως πρός τάς ὑπό τῶν ἁρμοδίων φορέων ἐφαρμοζομένας διατάξεις.

(γ) Προθέσεις, εἰδικαί θεραπεῖαι καί θεραπευτικά μέσα καί ἕτεραι εἰς εἶδος παροχαί ἐξαιρετικῆς σημασίας δέον νά παρέχωνται μόνον, ἐάν ὁ ἁρμόδιος φορεύς ἐνέκρινε ταύτας προηγουμένως. Τοῦτο δέν ἰσχύει ἐπί ἄκρως ἐπειγουσῶν περιπτώσεων.

(δ) Πρόσωπα καί Ἱδρύματα ἔχοντα συνάψει συμβάσεις μετά τῶν ἐν στοιχείῳ (α) ἀναφερομένων φορέων διά τήν πραγματοποίησιν παροχῶν εἰς εἶδος εἰς τούς ἠσφαλισμένους εἰς τούς ἐν λόγῳ φορεῖς καί τά μέλη οἰκογενείας αὐτῶν ὑποχρεοῦνται νά πραγματοποιοῦν καί τάς ἐν τῇ παρούσῃ παραγράφῳ ἀναφερομένας παροχάς εἰς εἶδος κατ᾿ἀνάλογον ἐφαρμογήν τῶν ἐν λόγῳ συμβάσεων.

(ε) Ἐφ᾿ὅσον αἱ διατάξεις ἑνός ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν προβλέπουν ἀνωτάτην διάρκειαν πραγματοποιήσεως παροχῶν, ὁ χρόνος, κατά τόν ὁποῖον ἐπραγματοποιήθησαν διά τήν αὐτήν περίπτωσιν ἀσθενείας ἤ μητρότητος παροχαί συμφώνως πρός τάς διατάξεις τοῦ ἑτέρου ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν, ὑπολογίζεται ἐν τῇ ἀνωτάτῃ διαρκείᾳ τῶν ὑπό τοῦ ἁρμοδίου φορέως πραγματοποιητέων παροχῶν.

(3) Αἱ εἰς χρῆμα παροχαί πραγματοποιοῦνται ὑπό τοῦ ἁρμοδίου φορέως συμφώνως πρός τάς ἰσχυούσας δι᾿αὐτόν διατάξεις. Δύναται τῇ αἰτήσει τοῦ ἁρμοδίου φορέως νά καταβάλλωνται διά λογαριασμόν του καί ὑπό τῶν ἐν παραγράφῳ (2) ὑπό στοιχεῖον (α) ἀναφερομένων φορέων.

Ἄρθρον 17ον

(1) Εἰς τάς περιπτώσεις τοῦ ἄρθρου 16 ὁ ἁρμόδιος φορεύς ὑποχρεοῦται νά ἀποδώσῃ εἰς τόν φορέα, ὅστις ἐπραγματοποίησε τάς εἰς εἶδος ἤ εἰς χρῆμα παροχάς, τό πράγματι δαπανηθέν ποσόν. Δαπάναι διοικήσεως δέν ἀποδίδονται.

(2) Αἱ ἁρμόδιαι ἀρχαί ἀμφοτέρων τῶν συμβαλλομένων Μερῶν δύνανται τῇ αἰτήσει τῶν ἐνδιαφερομένων φορέων νά συνομολογήσουν δι᾿ἁπάσας τάς περιπτώσεις ἤ δι᾿ὡρισμένας κατηγορίας περιπτώσεων, ὅτι αἱ δαπάναι θ᾿ἀποδίδωνται διά τῆς καταβολῆς ἐφ᾿ἅπαξ ποσῶν ἤ ὅτι παραιτοῦνται τῆς ἀποδόσεως.

Ἄρθρον 18ον

Ἐάν συντρέχῃ περίπτωσις πραγματοποιήσεως διά τήν αὐτήν ἀσφαλιστικήν περίπτωσιν κατά τάς διατάξεις ἀμφοτέρων τῶν συμβαλλομένων Μερῶν παροχῶν εἰς εἶδος ἤ παροχῶν εἰς χρῆμα ἀνεξαρτήτως τοῦ ἐκ τῆς ἐργασίας εἰσοδήματος πλήν τῶν ἐξόδων κηδείας, αἱ ἐν λόγῳ παροχαί πραγματοποιοῦνται μόνον συμφώνως πρός τάς διατάξεις τοῦ συμβαλλομένου Μέρους, εἰς τήν περιοχήν δικαιοδοσίας τοῦ ὁποίου διαμένει συνήθως τό ἐνδιαφερόμενον πρόσωπον, ἐπιφυλασσομένης τῆς ἐφαρμογῆς τοῦ ἄρθρου 12 παρ. (2).

Ἄρθρον 19ον

(1) Προκειμένου περί ἠσφαλισμένου κατά τάς διατάξεις ἑνός ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν ἐν περιπτώσει θανάτου τούτου ἤ μέλους τῆς οἰκογενείας του εἰς τήν περιοχήν δικαιοδοσίας τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Μέρους θεωρεῖται διά τήν ἀξίωσιν ἐπί τῶν ἐξόδων κηδείας ὅτι ὁ θάνατος ἐπῆλθεν εἰς τήν περιοχήν δικαιοδοσίας τοῦ πρώτου ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν.

(2) Ἐάν πρόσωπον διαμένον εἰς τήν περιοχήν δικαιοδοσίας ἑνός ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν ἀξιοῖ ἔξοδα κηδείας συμφώνως πρός τάς διατάξεις τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Μέρους, τό πρόσωπον τοῦτο τυγχάνει τῆς αὐτῆς μεταχειρίσεως ὡς ἐάν διέμενεν εἰς τήν περιοχήν δικαιοδοσίας τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Μέρους.

(3) Διά τήν αὐτήν περίπτωσιν θανάτου δέν δύνανται νά καταβληθοῦν ἔξοδα κηδείας βάσει τῶν διατάξεων ἀμφοτέρων τῶν

nebeneinander gewährt werden, es sei denn, daß die Ansprüche auf diese Sterbegelder nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsparteien unabhängig von diesem Abkommen bestehen.

(4) Der Anspruch auf Sterbegeld wird in den Fällen, in denen nach Absatz (3) eine doppelte Zahlung ausgeschlossen ist, wie folgt geregelt:

a) Tritt der Tod im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei ein, so bleibt der Anspruch nach den Rechtsvorschriften dieser Vertragspartei gewahrt, während der Anspruch nach den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei erlischt.

b) Tritt der Tod außerhalb der Hoheitsgebiete der Vertragsparteien ein, so bleibt der Anspruch nach den Rechtsvorschriften der Vertragspartei gewahrt, in deren Hoheitsgebiet der Verstorbene sich zuletzt vor seinem Tode aufgehalten hat, während der Anspruch nach den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei erlischt.

Artikel 20

Personen, die aus einer Pflichtversicherung einer Vertragspartei ausgeschieden sind und sich gewöhnlich im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei aufhalten, können sich nach den Rechtsvorschriften dieser Vertragspartei unter denselben Bedingungen freiwillig weiterversichern wie Personen, die aus einer Pflichtversicherung dieser Vertragspartei ausgeschieden sind. Dabei stehen Zeiten der Pflichtversicherung, die nach den Rechtsvorschriften der einen Vertragspartei zurückgelegt worden sind, den Zeiten der Pflichtversicherung nach den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei gleich.

ABSCHNITT III

Leistungen auf Grund von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten

Artikel 21

(1) Eine Person, die nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei auf Grund eines Arbeitsunfalles oder einer Berufskrankheit einen Anspruch auf Sachleistungen hat und ihren gewöhnlichen Aufenthalt in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei verlegt, behält vorbehaltlich des Artikels 25 Absatz (1) Buchstabe c) diesen Anspruch, wenn der zuständige Träger vorher der Verlegung zugestimmt hat. Die Zustimmung darf nicht verweigert werden, wenn sich der Versicherte zu seinen Angehörigen begibt und wegen seines Gesundheitszustandes ärztlicherseits keine Bedenken gegen die Verlegung des Aufenthalts geltend gemacht werden. Die Zustimmung kann nachträglich erteilt werden, wenn die Voraussetzungen für ihre Erteilung erfüllt sind und der Versicherte die Zustimmung aus von ihm nicht zu vertretenden Gründen vorher nicht einholen konnte.

(2) Eine Person, die nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei versichert ist und im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einen Arbeitsunfall oder eine Berufskrankheit erleidet oder dort infolge eines früheren Arbeitsunfalles oder einer früheren Berufskrankheit Sachleistungen benötigt, erhält auf Antrag Sachleistungen nach den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei.

(3) In den Fällen der Absätze (1) und (2) werden die Sachleistungen zu Lasten des zuständigen Trägers

in der Bundesrepublik

von der für den Aufenthaltsort des Berechtigten zuständigen Allgemeinen Ortskrankenkasse oder, wo

συμβαλλομένων Μερῶν παραλλήλως, ἐκτός ἐάν αἱ ἀξιώσεις ἐπί τῶν ἐν λόγῳ ἐξόδων κηδείας ὑφίστανται κατά τάς διατάξεις ἀμφοτέρων τῶν Μερῶν ἀνεξαρτήτως πρός τήν παροῦσαν Σύμβασιν.

(4) Ἡ ἀξίωσις ἐπί τῶν ἐξόδων κηδείας ῥυθμίζεται ὡς κάτωθι ἐπί περιπτώσεων, κατά τάς ὁποίας συμφώνως πρός τήν παράγραφον (3) ἀποκλείεται ἡ διπλῆ καταβολή:

(α) Ἐφ'ὅσον ὁ θάνατος ἐπέρχεται ἐν τῇ περιοχῇ δικαιοδοσίας ἑνός ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν, διατηρεῖται ἡ ἀξίωσις κατά τάς διατάξεις τοῦ ἐν λόγῳ συμβαλλομένου Μέρους, συγχρόνως δέ ἐξαλείφεται ἡ κατά τάς διατάξεις τοῦ ἑτέρου ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν ἀξίωσις.

(β) Ἐφ'ὅσον ὁ θάνατος ἐπέρχεται ἐκτός τῶν περιοχῶν δικαιοδοσίας τῶν συμβαλλομένων Μερῶν, διατηρεῖται ἡ ἀξίωσις κατά τάς διατάξεις τοῦ συμβαλλομένου Μέρους, εἰς τήν περιοχήν δικαιοδοσίας τοῦ ὁποίου ὁ ἀποθανών διέμενε τελευταίως πρό τοῦ θανάτου του, ἐνῷ ἡ ἀξίωσις βάσει τῶν διατάξεων τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Μέρους ἐξαλείφεται.

Ἄρθρον 20όν

Πρόσωπα, τῶν ὁποίων διεκόπη ἡ ὑποχρεωτική ἀσφάλισις εἰς ἕν ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν, διαμένοντα συνήθως εἰς τήν περιοχήν δικαιοδοσίας τοῦ ἑτέρου τῶν συμβαλλομένων Μερῶν, δύνανται νά συνεχίσουν τήν ἀσφάλισίν των προαιρετικῶς κατά τάς διατάξεις τοῦ συμβαλλομένου τούτου Μέρους κατά τόν αὐτόν τρόπον, ὡς πρόσωπα, τῶν ὁποίων διεκόπη ἡ ὑποχρεωτική ἀσφάλισις τοῦ συμβαλλομένου τούτου Μέρους. Εἰς τήν περίπτωσιν ταύτην ὁ χρόνος ὑποχρεωτικῆς ἀσφαλίσεως, ὅστις διηνύθη κατά τάς διατάξεις τοῦ ἑνός ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν, ἐξομοιοῦται πρός τόν κατά τάς διατάξεις τοῦ ἑτέρου τῶν συμβαλλομένων Μερῶν χρόνον ὑποχρεωτικῆς ἀσφαλίσεως.

ΜΕΡΟΣ ΤΡΙΤΟΝ

Παροχαί λόγῳ ἐργατικῶν ἀτυχημάτων καί ἐπαγγελματικῶν ἀσθενειῶν

Ἄρθρον 21ον

(1) Πρόσωπον κεκτημένον κατά τάς διατάξεις ἑνός ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν ἀξίωσιν ἐπί παροχάς εἰς εἶδος λόγῳ ἐργατικοῦ ἀτυχήματος ἤ ἐπαγγελματικῆς ἀσθενείας καί μεταφέρον τόν τόπον τῆς συνήθους διαμονῆς του εἰς τήν περιοχήν δικαιοδοσίας τοῦ ἑτέρου τῶν συμβαλλομένων Μερῶν διατηρεῖ τήν ἀξίωσιν ταύτην ἐάν τό ἄρθρον 25 παρ. (1) στοιχ. (γ) δέν ὁρίζει ἄλλο τι καί ἐφ'ὅσον ὁ ἁρμόδιος φορεύς ἔδωσε ἐκ τῶν προτέρων τήν ἔγκρισίν του. Ἄρνησις τῆς ἐγκρίσεως δέν ἐπιτρέπεται, ὅταν ὁ ἠσφαλεσμένος μεταβαίνει εἰς τά μέλη τῆς οἰκογενείας του καί δέν ὑφίσταται ἀπό ἰατρικῆς πλευρᾶς ἔνδειξις κατά τῆς μετακινήσεως συνεπείᾳ τῆς καταστάσεως τῆς ὑγείας του. Ἡ ἔγκρισις δύναται νά παρασχεθῇ ἐκ τῶν ὑστέρων, ἐάν συντρέχουν αἱ πρός τοῦτο προϋποθέσεις καί ὁ δικαιοῦχος δέν ἠδύνατο νά μεριμνήσῃ ἐνωρίτερον διά τήν ἔγκρισιν διά λόγους μή δυναμένους ν'ἀποτραπῶσι παρ'αὐτοῦ.

(2) Πρόσωπον ἠσφαλισμένον κατά τάς διατάξεις ἑνός ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν ὑφιστάμενον ἐργατικόν ἀτύχημα ἤ προσβαλλόμενον ἐξ ἐπαγγελματικῆς ἀσθενείας εἰς τήν περιοχήν δικαιοδοσίας τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Μέρους ἤ ἔχον ἐκεῖ ἀνάγκην παροχῶν εἰς εἶδος λόγῳ προγενεστέρου ἐργατικοῦ ἀτυχήματος ἤ προγενεστέρας ἐπαγγελματικῆς ἀσθενείας λαμβάνει τῇ αἰτήσει του παροχάς εἰς εἶδος κατά τάς διατάξεις τοῦ ἑτέρου τῶν συμβαλλομένων Μερῶν.

(3) Εἰς τάς περιπτώσεις τῶν παραγράφων (1) καί (2) αἱ εἰς εἶδος παροχαί πραγματοποιοῦνται εἰς βάρος τοῦ ἁρμοδίου φορέως

ἐν τῇ Ὁμοσπονδιακῇ Δημοκρατίᾳ

ὑπό τοῦ ἁρμοδίου διά τόν τόπον διαμονῆς τοῦ δικαιούχου Γενικοῦ Τοπικοῦ Ταμείου Ἀσθενείας ἤ, ὅπου δέν ὑφίστα-

eine solche nicht besteht, von der für diesen Ort zuständigen Landkrankenkasse,

in Griechenland

von der Sozialversicherungsanstalt (IKA)

nach den für diesen Träger des Aufenthaltsortes maßgebenden Rechtsvorschriften gewährt. Artikel 16 Absatz (2) Buchstaben c) und d) gilt entsprechend.

Artikel 22

Die nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei zu gewährenden Geldleistungen, die nicht Rente, Sterbegeld oder Pflegegeld sind, werden dem Berechtigten und seinen Angehörigen auf Ersuchen und zu Lasten des zuständigen Trägers

in der Bundesrepublik

von der für den Aufenthaltsort des Berechtigten zuständigen Allgemeinen Ortskrankenkasse oder, wo eine solche nicht besteht, von der für diesen Ort zuständigen Landkrankenkasse,

in Griechenland

von der Sozialversicherungsanstalt (IKA),

und zwar nach den für den zuständigen Träger maßgebenden Bestimmungen gewährt. Dieser hat der auszahlenden Stelle den Betrag und die Höchstdauer der Leistungen mitzuteilen.

Artikel 23

(1) In den Fällen der Artikel 21 und 22 ist der zuständige Träger verpflichtet, dem Träger des Aufenthaltsortes die tatsächlich aufgewendeten Beträge zu erstatten. Verwaltungskosten werden nicht erstattet.

(2) Die zuständigen Behörden der beiden Vertragsparteien können auf Antrag der betroffenen Träger für alle Fälle oder für bestimmte Gruppen von Fällen vereinbaren, daß die Aufwendungen durch Zahlung von Pauschalbeträgen erstattet werden oder daß auf Erstattung verzichtet wird.

Artikel 24

Bei der Feststellung der Leistungspflicht und des Grades der Minderung der Erwerbsfähigkeit infolge von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten, auf welche die Rechtsvorschriften einer Vertragspartei anzuwenden sind, werden frühere Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten, die nach den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei als solche gelten, ebenso berücksichtigt wie frühere Arbeitsunfälle oder Berufskrankheiten, auf welche die Rechtsvorschriften der ersten Vertragspartei anzuwenden sind. Als frühere Arbeitsunfälle oder Berufskrankheiten gelten sowohl Arbeitsunfälle oder Berufskrankheiten, für die eine Entschädigung gewährt worden ist oder gewährt wird, als auch solche, bei denen die Minderung der Erwerbsfähigkeit unter dem für die Entschädigung vorgesehenen Mindestgrad liegt.

Artikel 25

(1) Hat sich ein Versicherter eine Berufskrankheit zugezogen, nachdem er im Hoheitsgebiet beider Vertragsparteien eine Beschäftigung ausgeübt hat, die ihrer Art nach geeignet war, diese Krankheit zu verursachen, so gilt für die Gewährung der Leistungen folgendes:

a) Ist nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei die Verpflichtung zur Entschädigung einer Berufskrankheit davon abhängig, daß der Versicherte während einer bestimmten Mindestzeit in Betrieben Beschäftigungen ausgeübt hat, die geeignet sind, diese Berufskrankheit zu verur-

ται τοιοῦτο Ταμεῖον, ὑπό τοῦ Κρατικοῦ Ταμείου Ἀσθενείας, τό ὁποῖον εἶναι ἁρμόδιον διά τόν ἐν λόγῳ τόπον διαμονῆς,

ἐν Ἑλλάδι

ὑπό τοῦ Ἱδρύματος Κοινωνικῶν Ἀσφαλίσεων (I. K. A.)

συμφώνως πρός τάς διεπούσας τόν φορέα τοῦτον τοῦ τόπου διαμονῆς διατάξεις. Τό ἄρθρον 16, παράγραφος (2) στοιχεῖα (γ) καί (δ) ἰσχύει ἀντιστοίχως.

Ἄρθρον 22ον

Αἱ συμφώνως πρός τάς διατάξεις ἑνός ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν πραγματοποιούμεναι παροχαί εἰς χρῆμα, πλήν συντάξεως, ἐξόδων κηδείας ἤ ἐπιδόματος συμπαραστάσεως τρίτου προσώπου, καταβάλλονται εἰς τόν δικαιοῦχον καί τά μέλη τῆς οἰκογενείας του τῇ αἰτήσει καί εἰς βάρος τοῦ ἁρμοδίου φορέως

ἐν τῇ Ὁμοσπονδιακῇ Δημοκρατίᾳ

ὑπό τοῦ ἁρμοδίου διά τόν τόπον διαμονῆς τοῦ δικαιούχου Γενικοῦ Τοπικοῦ Ταμείου Ἀσθενείας ἤ, ὅπου δέν ὑφίσταται τοιοῦτο ταμεῖον, ὑπό τοῦ Κρατικοῦ Ταμείου Ἀσθενείας, τό ὁποίον εἶναι ἁρμόδιον διά τόν ἐν λόγῳ τόπον διαμονῆς,

ἐν Ἑλλάδι

ὑπό τοῦ Ἱδρύματος Κοινωνικῶν Ἀσφαλίσεων (I. K. A.)

καί δή συμφώνως πρός τάς διεπούσας τόν ἁρμόδιον φορέα διατάξεις. Οὗτος ὑποχρεοῦται ὅπως πληροφορήσῃ τήν καταβάλλουσαν ὑπηρεσίαν περί τοῦ ποσοῦ καί τῆς ἀνωτάτης χρονικῆς διαρκείας τῶν παροχῶν.

Ἄρθρον 23ον

(1) Εἰς τάς περιπτώσεις τῶν ἄρθρων 21 καί 22 ὑποχρεοῦται ὁ ἁρμόδιος φορεύς, ὅπως ἀποδώσῃ εἰς τόν φορέα τοῦ τόπου διαμονῆς τά πράγματι καταβληθέντα ποσά. Δαπάναι διοικήσεως δέν ἀποδίδονται.

(2) Αἱ ἁρμόδιαι ἀρχαί ἀμφοτέρων τῶν συμβαλλομένων Μερῶν δύνανται τῇ αἰτήσει τῶν ἐνδιαφερομένων φορέων νά συνομολογήσουν δι᾽ ἁπάσας τάς περιπτώσεις ἤ δι᾽ ὡρισμένας κατηγορίας περιπτώσεων, ὅτι αἱ δαπάναι ἀποδίδονται διά τῆς καταβολῆς ἐφ᾽ ἅπαξ ποσῶν ἤ ὅτι παραιτοῦνται τῆς ἀποδόσεως.

Ἄρθρον 24ον

Κατά τήν διαπίστωσιν τῆς ὑποχρεώσεως πρός παροχήν καί τοῦ βαθμοῦ μειώσεως τῆς βιοποριστικῆς ἱκανότητος συνεπείᾳ ἐργατικῶν ἀτυχημάτων καί ἐπαγγελματικῶν ἀσθενειῶν, ἐπί τῶν ὁποίων ἔχουν ἐφαρμογήν αἱ διατάξεις ἑνός ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν, λαμβάνονται ὑπ᾽ ὄψιν προηγούμενα ἐργατικά ἀτυχήματα ἤ ἐπαγγελματικαί ἀσθένειαι, αἵτινες βάσει τῶν διατάξεων τοῦ ἑτέρου τῶν συμβαλλομένων Μερῶν θεωροῦνται ὡς τοιαῦται, κατά τόν αὐτόν τρόπον, ὡς προηγούμενα ἐργατικά ἀτυχήματα καί ἐπαγγελματικαί ἀσθένειαι, ἐπί τῶν ὁποίων ἔχουν ἐφαρμογήν αἱ διατάξεις τοῦ πρώτου ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν. Ὡς προηγούμενα ἐργατικά ἀτυχήματα ἤ ἐπαγγελματικαί ἀσθένειαι θεωροῦνται τόσον τά ἐργατικά ἀτυχήματα ἤ αἱ ἐπαγγελματικαί ἀσθένειαι, δι᾽ ἅς ἐχορηγήθη ἤ πρόκειται νά χορηγηθῇ ἀποζημίωσις, ὅσον καί ἐκεῖνα, εἰς τά ὁποῖα ἡ μείωσις τῆς βιοποριστικῆς ἱκανότητος ὑπολείπεται τοῦ προβλεπομένου διά τήν ἀποζημίωσιν ἐλαχίστου βαθμοῦ ἀναπηρίας.

Ἄρθρον 25ον

(1) Ἐάν ἠσφαλισμένος προσεβλήθη ἐξ ἐπαγγελματικῆς ἀσθενείας, κατόπιν ἀσκήσεως εἰς τήν περιοχήν δικαιοδοσίας ἀμφοτέρων τῶν συμβαλλομένων Μερῶν ἀπασχολήσεως, ἡ ὁποία ὡς ἐκ τοῦ εἴδους της ἠδύνατο νά προκαλέσῃ τήν ἐν λόγῳ ἀσθένειαν, ἰσχύουν διά τήν πραγματοποίησιν τῶν παροχῶν τά κάτωθι:

(α) Ἐφ᾽ ὅσον κατά τάς διατάξεις ἑνός ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν ἡ ὑποχρέωσις ἀποζημιώσεως ἐπαγγελματικῆς ἀσθενείας ἐξαρτᾶται ἐκ τῆς ὑπό τοῦ ἠσφαλισμένου ἀσκήσεως ἐφ᾽ ὡρισμένον κατώτατον χρονικόν διάστημα ἐπαγγελματικῶν ἀπασχολήσεων δυναμένων νά προκαλέσουν τήν ἐν λόγῳ ἀσθένειαν, ὁ φορεύς

sachen, so berücksichtigt der Träger dieser Vertragspartei bei der Prüfung, ob diese Bedingung erfüllt ist, auch Zeiten, in denen der Versicherte im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei in Betrieben Beschäftigungen ausgeübt hat, die geeignet sind, diese Berufskrankheit zu verursachen.

b) Der Träger jeder Vertragspartei bestimmt nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften, ob der Versicherte unter Berücksichtigung der Bestimmung des Buchstaben a) die Voraussetzungen für den Anspruch auf die nach diesen Rechtsvorschriften vorgesehenen Leistungen erfüllt.

c) Besteht nach Buchstabe b) ein Anspruch nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsparteien, so sind die Sachleistungen und Geldleistungen mit Ausnahme der Renten nur von dem Träger und nach den Rechtsvorschriften der Vertragspartei zu gewähren, in deren Hoheitsgebiet der Versicherte sich gewöhnlich aufhält.

d) Bei der Feststellung von Rentenleistungen ermittelt jeder Träger zunächst die Zeiten, in denen der Versicherte durch seine berufliche Beschäftigung in den Hoheitsgebieten der beiden Vertragsparteien der Entstehung oder Verschlimmerung der Berufskrankheit ausgesetzt war. Dann bestimmt jeder Träger den Betrag der Rente, auf die der Versicherte Anspruch hätte, wenn die im Hoheitsgebiet beider Vertragsparteien ausgeübten Beschäftigungen, die ihrer Art nach geeignet sind, die Berufskrankheit zu verursachen, im Hoheitsgebiet der eigenen Vertragspartei ausgeübt worden wären. Auf Grund dieses Betrages setzt jeder Träger den geschuldeten Betrag nach dem Verhältnis fest, das zwischen der Dauer der im Hoheitsgebiet der eigenen Vertragspartei ausgeübten und in Betracht kommenden Beschäftigung und der Gesamtdauer der in den Hoheitsgebieten beider Vertragsparteien ausgeübten und in Betracht kommenden Beschäftigung besteht. Dieser Betrag ist die Leistung, die der Träger dem Versicherten schuldet.

e) Für die Neuberechnung einer Rente auf Grund einer Verschlimmerung der Berufskrankheit gilt Buchstabe d) entsprechend.

(2) Absatz (1) Buchstaben a), b) und d) gilt auch für die Feststellung der Hinterbliebenenrenten.

(3) Ist der Träger der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet der Versicherte sich gewöhnlich aufhält, der Ansicht, daß eine entschädigungspflichtige Berufskrankheit vorliege, für die eine Rente zu gewähren ist, so hat er schon vor Feststellung der Rente dem Versicherten vorläufige Leistungen zu gewähren und dem in Betracht kommenden Träger der anderen Vertragspartei hiervon Mitteilung zu machen. Dieser Träger ist verpflichtet, gegebenenfalls den auf ihn entfallenden Anteil zu erstatten.

Artikel 26

Arbeitgeber, die nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei Beiträge zur Unfallversicherung zu leisten haben, dürfen nicht deshalb zu höheren Beiträgen herangezogen werden, weil der Betrieb im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei seinen Sitz hat.

Artikel 27

(1) Rechtsvorschriften einer Vertragspartei, nach denen die Zahlung von Renten an Berechtigte im Ausland davon

τοῦ συμβαλλομένου τούτου Μέρους, κατά τήν ἐξέτασιν, ἐάν ἐπληρώθη ὁ ὅρος οὗτος, λαμβάνει ὑπ'ὄψιν καί τά χρονικά διαστήματα, κατά τά ὁποῖα ὁ ἠσφαλισμένος ἀπησχολήθη εἰς τῆν περιοχήν δικαιοδοσίας τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Μέρους εἰς ἐπαγγελματικάς ἀπασχολήσεις, αἵτινες ἠδύναντο νά προκαλέσουν τήν ἐπαγγελματικήν ταύτην ἀσθένειαν.

(β) Ὁ φορεύς ἑκάστου συμβαλλομένου Μέρους καθορίζει βάσει τῶν διεπουσῶν τοῦτον διατάξεων, ἐάν ὁ ἠσφαλισμένος, τηρουμένου τοῦ ὅρου τοῦ στοιχείου (α), πληροῖ τάς προϋποθέσεις διά τήν ἀξίωσιν ἐπί τάς ὑπό τῶν διατάξεων τούτων προβλεπομένας παροχάς.

(γ) Ἐφ'ὅσον ὑφίσταται βάσει τῶν ὑπό στοιχεῖον (β) διαλαμβανομένων ἀξίωσις συμφώνως πρός τάς διατάξεις ἀμφοτέρων τῶν συμβαλλομένων Μερῶν, αἱ εἰς εἶδος καί εἰς χρῆμα παροχαί, ἐξαιρουμένων τῶν συντάξεων, δέον νά πραγματοποιῶνται μόνον ὑπό τοῦ φορέως καί βάσει τῶν διατάξεων ἐκείνου τοῦ συμβαλλομένου Μέρους, εἰς τήν περιοχήν δικαιοδοσίας τοῦ ὁποίου διαμένει συνήθως ὁ ἠσφαλισμένος.

(δ) Κατά τόν καθορισμόν τῆς συντάξεως ἕκαστος φορεύς ἐξακριβώνει κατ'ἀρχήν τά χρονικά διαστήματα, κατά τά ὁποῖα ὁ ἠσφαλισμένος διά τῆς ἐπαγγελματικῆς ἀπασχολήσεώς του εἰς τήν περιοχήν δικαιοδοσίας ἀμφοτέρων τῶν συμβαλλομένων Μερῶν ὑπέκειτο εἰς τόν κίνδυνον ἐκδηλώσεως ἤ ἐπιδεινώσεως τῆς ἐπαγγελματικῆς ἀσθενείας. Ἐν συνεχείᾳ ἕκαστος φορεύς ὁρίζει τό ὕψος τῆς συντάξεως, ἐπί τῆς ὁποίας ὁ ἠσφαλισμένος θά εἶχεν ἀξίωσιν, ἐάν αἱ εἰς τήν περιοχήν δικαιοδοσίας ἀμφοτέρων τῶν συμβαλλομένων Μερῶν ἀσκηθεῖσαι ἀπασχολήσεις, αἵτινες λόγῳ τοῦ εἴδους των εἶναι κατάλληλοι νά προκαλέσουν τήν ἐπαγγελματικήν ἀσθένειαν, ἠσκοῦντο εἰς τήν περιοχήν δικαιοδοσίας τοῦ ἰδίου τοῦ συμβαλλομένου Μέρους. Βάσει τοῦ ποσοῦ τούτου ἕκαστος φορεύς ὑπολογίζει τό ὑπ'αὐτοῦ ὀφειλόμενον ποσόν συμφώνως πρός τήν σχέσιν, ἥτις ὑφίσταται μεταξύ τῆς διαρκείας τῆς ἐν τῇ περιοχῇ δικαιοδοσίας τοῦ ἰδίου συμβαλλομένου Μέρους ἀσκηθείσης καί δυναμένης νά ληφθῇ ὑπ'ὄψιν ἀπασχολήσεως καί τῆς συνολικῆς διαρκείας τῆς εἰς τάς περιοχάς δικαιοδοσίας ἀμφοτέρων τῶν συμβαλλομένων Μερῶν ἀσκηθείσης καί δυναμένης νά ληφθῇ ὑπ'ὄψιν ἀπασχολήσεως. Τό ποσόν τοῦτο εἶναι ἡ παροχή, τήν ὁποίαν ὀφείλει ὁ φορεύς εἰς τόν ἠσφαλισμένον.

(ε) Διά τόν ἐκ νέου ὑπολογισμόν συντάξεως λόγῳ ἐπιδεινώσεως τῆς ἐπαγγελματικῆς ἀσθενείας ἰσχύει τό στοιχεῖον (δ) κατ'ἀντιστοιχίαν.

(2) Ἡ παράγραφος (1) στοιχεῖα (α), (β) καί (δ) ἰσχύει ἐπίσης διά τόν καθορισμόν τῆς συντάξεως λόγῳ θανάτου.

(3) Ἐάν ὁ φορεύς τοῦ συμβαλλομένου Μέρους, εἰς τήν περιοχήν δικαιοδοσίας τοῦ ὁποίου διαμένει συνήθως ὁ ἠσφαλισμένος, ἔχῃ τήν γνώμην, ὅτι οὗτος πάσχει ἐξ ἐπαγγελματικῆς ασθενείας ὑποχρεούσης εἰς ἀποζημίωσιν, διά τήν ὁποίαν ἀπονέμεται σύνταξις, δέον ὅπως, πρό τοῦ καθορισμοῦ τῆς συντάξεως πραγματοποιήσῃ εἰς τόν ἠσφαλισμένον προσωρινάς παροχάς καί πληροφορήσῃ περί τούτου τόν ἐνδιαφερόμενον φορέα τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Μέρους. Ὁ ἐν λόγῳ φορεύς ὑποχρεοῦται, ὅπως καταβάλῃ ἐνδεχομένως τό εἰς αὐτόν ἀναλογοῦν μερίδιον.

Ἄρθρον 26ον

Ἐργοδόται, οἵτινες συμφώνως πρός τάς διατάξεις ἑνός ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν ὑποχρεοῦνται εἰς τήν καταβολήν εἰσφορῶν διά τήν ἀσφάλισιν ἀτυχήματος, δέν δύνανται νά ὑποχρεωθῶσιν εἰς τήν καταβολήν ὑψηλοτέρων εἰσφορῶν ἐκ τοῦ λόγου ὅτι ἡ ἐπιχείρησις ἔχει τήν ἕδραν της εἰς τήν περιοχήν δικαιοδοσίας τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Μέρους.

Ἄρθρον 27ον

(1) Διατάξεις ἑνός ἐκ τῶν συμβαλλουένων Μερῶν, συμφώνως πρός τάς ὁποίας ἡ καταβολή συντάξεων εἰς τούς ἐν τῷ ἐξωτε-

abhängt, daß diese dem zuständigen Träger ihren Aufenthaltsort mitteilen oder sich auf Verlangen des Trägers von Zeit zu Zeit bei einer von ihm zu bestimmenden Stelle vorstellen, sind auch anzuwenden, wenn sich der Berechtigte gewöhnlich im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei aufhält.

(2) Für die Anwendung von Rechtsvorschriften einer Vertragspartei über die Abfindung von Renten wegen Auslandsaufenthalts gilt der Aufenthalt des Berechtigten im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nicht als Aufenthalt im Ausland.

ABSCHNITT IV

Rentenversicherungen

(Versicherungen für den Fall des Alters, der Invalidität und zugunsten der Hinterbliebenen)

Kapitel 1

Alter

Artikel 28

(1) War eine Person nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsparteien versichert, so werden die Renten nach Maßgabe dieses Kapitels gewährt.

(2) Für den Erwerb, die Aufrechterhaltung oder das Wiederaufleben des Rentenanspruchs rechnet der Träger jeder Vertragspartei zu den Beitragszeiten und gleichgestellten Zeiten, die nach den von ihm anzuwendenden innerstaatlichen Rechtsvorschriften zu berücksichtigen sind, soweit notwendig, nach Maßgabe des Artikels 41 die Beitragszeiten und gleichgestellten Zeiten hinzu, die nach den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei zurückgelegt und nach diesen Vorschriften für den Erwerb, die Aufrechterhaltung oder das Wiederaufleben des Rentenanspruchs zu berücksichtigen sind. Alsdann entscheidet der zuständige Träger jeder Vertragspartei nach den von ihm anzuwendenden innerstaatlichen Rechtsvorschriften, ob die Voraussetzungen des Anspruchs auf Rente erfüllt sind.

(3) Besteht Anspruch auf Rente, so gilt folgendes:

a) Der in Absatz (2) genannte Träger berechnet zunächst die Rente, die nach den von ihm anzuwendenden innerstaatlichen Rechtsvorschriften und unter Berücksichtigung der Artikel 31 und 41 der betreffenden Person zustehen würde, wenn alle Beitragszeiten und gleichgestellten Zeiten, die nach den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei zurückgelegt wurden und nach diesen Vorschriften für die Berechnung der Rente zu berücksichtigen sind, auch für die Berechnung der Rente zu berücksichtigende Beitragszeiten und gleichgestellte Zeiten nach den von dem Träger anzuwendenden innerstaatlichen Rechtsvorschriften wären. Der deutsche Träger läßt dabei Beiträge zur Höherversicherung außer Ansatz.

b) Alsdann berechnet der in Absatz (2) genannte Träger den Teil dieser Rente, der dem Verhältnis entspricht, in dem für jeden Versicherungszweig die Beitragszeiten und gleichgestellten Zeiten, welche die Person nach den von dem Träger anzuwendenden innerstaatlichen Rechtsvorschriften in diesem Versicherungszweig vor Eintritt des Versicherungsfalles zurückgelegt hat, zur Gesamtheit aller in diesem Versicherungszweig zurückgelegten Beitragszeiten und gleichgestellten Zeiten stehen, welche die Person vor Eintritt des Versicherungsfalles nach den Rechtsvorschriften

ρικῷ δικαιούχους ἐξαρτᾶται ἐκ τῆς ὑπό τούτων δηλώσεως τοῦ τόπου διαμονῆς των εἰς τόν ἁρμόδιον φορέα ἤ ἐκ τῆς ἀπαιτήσεως τοῦ φορέως ὅπως παρουσιάζωνται ἀπό καιροῦ εἰς καιρόν εἰς ὑπό τούτου καθοριζομένην ὑπηρεσίαν, ἐφαρμόζονται ὁμοίως εἰς περίπτωσιν κατά τήν ὁποίαν ὅ δικαιοῦχος διαμένει συνήθως εἰς τήν περιοχήν δικαιοδοσίας τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Μέρους.

(2) Διά τήν ἐφαρμογήν διατάξεων ἑνός ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν περί τῆς ἐφ'ἅπαξ καταβολῆς συντάξεων λόγῳ διαμονῆς εἰς τό ἐξωτερικόν, ἡ διαμονή τοῦ δικαιούχου εἰς τήν περιοχήν δικαιοδοσίας τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Μέρους δέν θεωρεῖται ὡς διαμονή εἰς τό ἐξωτερικόν.

ΜΕΡΟΣ ΤΕΤΑΡΤΟΝ

Ἀσφαλίσεις συντάξεων

(Ἀσφαλίσεις διά τήν περίπτωσιν τοῦ γήρατος, τῆς ἀναπηρίας καί τοῦ θανάτου)

Κεφάλαιον 1ον

Γῆρας

Ἄρθρον 28ον

(1) Ἐφ'ὅσον πρόσωπον ἦτο ἠσφαλισμένον συμφώνως πρός τάς διατάξεις ἀμφοτέρων τῶν συμβαλλομένων Μερῶν, αἱ συντάξεις καθορίζονται συμφώνως πρός τά ἐν τῷ παρόντι Κεφαλαίῳ διαλαμβανόμενα.

(2) Διά τήν κτῆσιν, τήν διατήρησιν ἤ τήν ἀναβίωσιν τοῦ δικαιώματος ἐπί τῆς συντάξεως ὁ φορεύς ἑκάστου τῶν συμβαλλομένων Μερῶν προσθέτει εἰς τάς περιόδους εἰσφορῶν καί εἰς τούς ἐξομοιουμένους χρόνους, τούς λαμβανομένους ὑπ'ὄψιν δυνάμει τῆς παρ'αὐτοῦ ἐφαρμοστέας ἐθνικῆς νομοθεσίας, ἐφ'ὅσον τοῦτο εἶναι ἀναγκαῖον, κατ'ἐφαρμογήν τοῦ ἄρθρου 41, τάς περιόδους εἰσφορῶν καί τούς ἐξομοιουμένους χρόνους, οἵτινες διηνύθησαν βάσει τῶν διατάξεων τοῦ ἑτέρου ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν καί οἵτινες λαμβάνονται ὑπ'ὄψιν διά τήν κτῆσιν, τήν διατήρησιν καί τήν ἀναβίωσιν τοῦ δικαιώματος ἐπί τῆς συντάξεως. Ἐν συνεχείᾳ ὁ ἁρμόδιος φορεύς ἑκάστου ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν ἀποφαίνεται συμφώνως πρός τήν ὑπ'αὐτοῦ ἐφαρμοζομένην ἐθνικήν νομοθεσίαν ἐάν πληροῦνται αἱ προϋποθέσεις, αἱ ἀπαιτούμεναι διά τήν κτῆσιν δικαιώματος ἐπί τῆς συντάξεως.

(3) Ἐφ'ὅσον ὑφίσταται δικαίωμα συντάξεως, ἰσχύουν τά κατωτέρω:

(α) Ὁ ἐν παραγράφῳ (2) ἀναφερόμενος φορεύς ὑπολογίζει κατ'ἀρχάς τήν σύνταξιν, τῆς ὁποίας συμφώνως πρός τήν ὑπ'αὐτοῦ ἐφαρμοζομένην ἐθνικήν νομοθεσίαν καί βάσει τῶν ἄρθρων 31 καί 41 θά ἐδικαιοῦτο τό ἐνδιαφερόμενον πρόσωπον, ἐάν πᾶσαι αἱ περίοδοι εἰσφορῶν καί οἱ ἐξομοιούμενοι χρόνοι, οἵτινες διηνύθησαν κατά τάς διατάξεις τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Μέρους καί οἵτινες συμφώνως πρός τάς διατάξεις ταύτας δέον νά ὑπολογισθῶσι διά τόν καθορισμόν τῆς συντάξεως, ἦσαν καί διά τόν ὑπολογισμόν τῆς συντάξεως κατά τάς ὑπό τοῦ φορέως ἐφαρμοζομένας διατάξεις ἐθνικῆς νομοθεσίας περίοδοι εἰσφορῶν καί ἐξομοιούμενοι χρόνοι. Ὁ γερμανικός φορεύς δέν ὑπολογίζει ἐν προκειμένῳ τάς εἰσφοράς διά πρόσθετον ἀσφάλισιν.

(β) Ἐν συνεχείᾳ ὁ ἐν παραγράφῳ (2) ἀναφερόμενος φορεύς ὑπολογίζει τό τμῆμα τῆς ἐν λόγῳ συντάξεως, τό ὁποῖον ἀντιστοιχεῖ εἰς τήν ἀναλογίαν ἐν τῇ ὁποίᾳ τελοῦσι δι'ἕκαστον κλάδον ἀσφαλίσεως αἱ περίοδοι εἰσφορῶν καί οἱ ἐξομοιούμενοι χρόνοι, τούς ὁποίους διήνυσε τό ἐνδιαφερόμενον πρόσωπον εἰς τόν κλάδον τοῦτον ἀσφαλίσεως καί συμφώνως πρός τήν ὑπό τοῦ φορέως ἐφαρμοστέαν ἐθνικήν νομοθεσίαν πρό τῆς ἐπελεύσεως τῆς ἀσφαλιστικῆς περιπτώσεως, πρός τό σύνολον πασῶν τῶν περιόδων εἰσφορῶν καί τῶν ἐξομοιουμένων χρόνων, τούς ὁποίους διήνυσε τό ἐνδιαφερόμενον πρόσωπον πρό τῆς ἐπελεύσεως τῆς ἀσφαλι-

jeder Vertragspartei zurückgelegt hat und die bei der Berechnung der Rente nach Buchstabe a) angerechnet worden sind. Auf den so errechneten Betrag wendet der Träger gegebenenfalls die Vorschriften über das Ruhen der Rente wegen des Auslandsaufenthaltes des Berechtigten an. Dieser Betrag ist die Rente, die der Träger der betreffenden Person schuldet.

c) Der deutsche Träger erhöht die von ihm nach Buchstabe b) geschuldete Rente um die Steigerungsbeträge für Beiträge, die zur Höherversicherung entrichtet worden sind.

(4) In den Fällen, in denen bei der Berechnung der Renten nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei Renten zu kürzen oder zum Ruhen zu bringen sind, sind diese Rechtsvorschriften vor der jeweiligen Feststellung der Teilleistungen anzuwenden, soweit nicht in Absatz (3) Buchstabe b) etwas anderes bestimmt ist.

(5) Sind nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei die Leistungen nach der Höhe des erzielten Entgeltes oder der entrichteten Beiträge zu berechnen, so berücksichtigt der Träger dieser Vertragspartei für die Berechnung der Leistungen nach diesen Rechtsvorschriften das Entgelt oder die Beiträge, die sich auf die nach den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei zurückgelegten Versicherungszeiten beziehen, auf der Grundlage des Durchschnitts des Entgeltes oder der Beiträge, die für die Versicherungszeiten ermittelt worden sind, die nach den Rechtsvorschriften der ersten Vertragspartei zurückgelegt sind, soweit nicht Artikel 31 Buchstabe a) etwas anderes bestimmt.

(6) Hat die betreffende Person nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei Beitragszeiten oder gleichgestellte Zeiten zurückgelegt, die insgesamt weniger als zwölf Monate umfassen, und gilt nach diesen Rechtsvorschriften die Wartezeit nicht als erfüllt, so gewährt der Träger dieser Vertragspartei für diese Zeiten keine Rente. In diesen Fällen gewährt der Träger der anderen Vertragspartei die nach Absatz (3) Buchstabe a) errechnete Rente.

Artikel 29

Hat eine Person nach Maßgabe des Artikels 28 Anspruch auf eine Rente nach den Rechtsvorschriften der einen Vertragspartei oder auf zwei Renten nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsparteien und erfüllt sie ohne Anwendung des Artikels 28 die Voraussetzungen für die Gewährung einer Rente nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei, so erhält sie zu Lasten des zuständigen Trägers dieser Vertragspartei außer der nach Artikel 28 Absatz (3) Buchstabe b) errechneten Rente zusätzlich den Betrag, der dem Unterschied zwischen der Höhe der allein in Anwendung der für diesen Träger geltenden innerstaatlichen Rechtsvorschriften berechneten Rente und der nach Artikel 28 von dem zuständigen Träger einer Vertragspartei geschuldeten Rente oder der Summe der nach Artikel 28 von den zuständigen Trägern beider Vertragsparteien geschuldeten Renten entspricht.

Artikel 30

(1) Beitragszeiten nach den griechischen Rechtsvorschriften werden nach Artikel 28 in der deutschen knappschaftlichen Rentenversicherung berücksichtigt, wenn sie in bergbaulichen Betrieben unter Tage zurückgelegt worden sind. Ist nach den deutschen Rechtsvorschriften Voraussetzung für einen Anspruch, daß Hauerarbeiten unter Tage oder diesen gleichgestellte Arbeiten verrichtet worden sind, so berücksichtigt der deutsche Träger die nach den griechischen Rechtsvorschriften zurückgelegten Beitrags-

στικῆς περιπτώσεως, συμφώνως πρός τάς διατάξεις ἑκάστου τῶν συμβαλλομένων Μερῶν καί οἱ ὁποῖοι ὑπελογίσθησαν κατά τό στοιχεῖον (α) διά τόν καθορισμόν τῆς συντάξεως. Ὁ φορεύς θά ἐφαρμόσῃ, συντρεχούσης περιπτώσεως, ὡς πρός τό ποσόν τοῦτο, τάς διατάξεις τάς ἀφορώσας τήν ἀναστολήν τῆς συντάξεως λόγῳ διαμονῆς τοῦ δικαιούχου εἰς τό ἐξωτερικόν. Τό ποσόν τοῦτο εἶναι ἡ σύνταξις, τήν ὁποίαν ὀφείλει ὁ φορεύς εἰς τό ἐνδιαφερόμενον πρόσωπον.

(γ) Ὁ γερμανικός φορεύς αὐξάνει τήν ὑπό τούτου βάσει τοῦ στοιχείου (β) ὀφειλομένην σύνταξιν διά τῶν προσαυξήσεων, αἵτινες ὀφείλονται λόγῳ εἰσφορῶν διά πρόσθετον ἀσφάλισιν.

(4) Ἐφ'ὅσον κατά τόν ὑπολογισμόν τῆς συντάξεως συμφώνως πρός τάς διατάξεις ἑνός ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν συντρέχει περίπτωσις μειώσεως ἤ ἀναστολῆς τῶν συντάξεων, αἱ διατάξεις αὗται δέον ὅπως ἐφαρμόζωνται πρό τοῦ ἑκάστοτε καθορισμοῦ τῶν τμημάτων τῶν παροχῶν, ἐφ'ὅσον δέν προβλέπεται ἄλλως ὑπό τοῦ στοιχ. (β) τῆς παρ. (3).

(5) Ἐφ'ὅσον συμφώνως πρός τάς διατάξεις ἑνός ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν αἱ παροχαί ὑπολογίζονται συμφώνως πρός τό ὕψος τῶν πραγματοποιηθεισῶν ἀποδοχῶν ἤ τῶν καταβληθεισῶν εἰσφορῶν, ὁ φορεύς τοῦ ἐν λόγῳ συμβαλλομένου Μέρους λαμβάνει ὑπ'ὄψιν διά τόν ὑπολογισμόν τῶν παροχῶν κατά τάς διατάξεις ταύτας τάς ἀποδοχάς ἤ τάς εἰσφοράς, αἵτινες ἀφορῶσι τάς κατά τάς διατάξεις τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Μέρους διανυθείσας περιόδους ἀσφαλίσεως βάσει τοῦ μέσου ὅρου τῶν ἀποδοχῶν ἤ τῶν εἰσφορῶν, αἵτινες διεπιστώθησαν διά τάς περιόδους ἀσφαλίσεως, τάς διανυθείσας κατά τάς διατάξεις τοῦ πρώτου ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν, ἐφ'ὅσον δέν προβλέπεται ἄλλως εἰς τό στοιχ. (α) τοῦ ἄρθρου 31.

(6) Ἐφ'ὅσον τό ἐνδιαφερόμενον πρόσωπον διήνυσε κατά τάς διατάξεις ἑνός ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν περιόδους εἰσφορῶν ἤ ἐξομοιουμένους χρόνους, οἵτινες ἐν τῷ συνόλῳ ὑπολείπονται τῶν δώδεκα μηνῶν, καί ἐφ'ὅσον συμφώνως πρός τάς ἀνωτέρω διατάξεις δέν πληροῦνται αἱ χρονικαί προϋποθέσεις, ὁ φορεύς τοῦ συμβαλλομένου τούτου Μέρους δέν καταβάλλει σύνταξιν διά τάς ἐν λόγῳ περιόδους. Εἰς τάς περιπτώσεις ταύτας ὁ φορεύς τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Μέρους καταβάλλει τήν βάσει τῆς παραγράφου (3), στοιχεῖον (α) ὑπολογισθεῖσαν σύνταξιν.

Ἄρθρον 29ον

Ἐφ'ὅσον πρόσωπον ἔχει κατ'ἐφαρμογήν τοῦ ἄρθρου 28 δικαίωμα ἐπί συντάξεως κατά τάς διατάξεις ἑνός τῶν συμβαλλομένων Μερῶν ἤ ἐπί δύο συντάξεων κατά τάς διατάξεις ἀμφοτέρων τῶν συμβαλλομένων Μερῶν καί πληροῖ, ἄνευ ἐφαρμογῆς τοῦ ἄρθρου 28, τάς προϋποθέσεις διά τήν χορήγησιν συντάξεως κατά τάς διατάξεις ἑνός τῶν συμβαλλομένων Μερῶν, λαμβάνει, εἰς βάρος τοῦ ἁρμοδίου φορέως τοῦ συμβαλλομένου τούτου Μέρους, ἐκτός τῆς κατά τό ἄρθρον 28 παράγραφος (3) στοιχ. (β) ὑπολογιζομένης συντάξεως, καί τό ποσόν, τό ὁποῖον ἀντιστοιχεῖ εἰς τήν διαφοράν μεταξύ τοῦ ὕψους τῆς συντάξεως τῆς ὑπολογιζομένης μόνον εἰς ἐφαρμογήν τῶν διά τόν φορέα τοῦτον ἰσχυουσῶν διατάξεων τῆς ἐθνικῆς νομοθεσίας καί τῆς κατά τό ἄρθρον 28 ὑπό τοῦ ἁρμοδίου φορέως ἑνός τῶν συμβαλλομένων Μερῶν ὀφειλομένης συντάξεως ἤ τοῦ ποσοῦ τῶν κατά τό ἄρθρον 28 ὑπό τῶν ἁρμοδίων φορέων ἀμφοτέρων τῶν συμβαλλομένων Μερῶν ὀφειλομένων συντάξεων.

Ἄρθρον 30όν

(1) Περίοδοι εἰσφορῶν συμφώνως πρός τάς ἑλληνικάς διατάξεις θά λαμβάνωνται ὑπ'ὄψιν βάσει τοῦ ἄρθρου 28 ἐν τῇ γερμανικῇ ἀσφαλίσει συντάξεων μεταλλευτῶν, ἐφ'ὅσον διηνύθησαν εἰς ὑπογείους μεταλλευτικάς ἀπασχολήσεις. Ἐάν συμφώνως πρός τάς γερμανικάς διατάξεις ἔχει τεθῇ ὡς προϋπόθεσις διά τήν ἀξίωσιν συντάξεως ἡ ἐκτέλεσις ὑπογείων λατομικῶν ἐργασιῶν ἤ ἐργασιῶν ἐξομοιουμένων πρός ταύτας, ὁ γερμανικός φορεύς λαμβάνει ὑπ'ὄψιν τάς συμφώνως πρός τάς ἑλληνικάς διατάξεις διανυθείσας περιόδους εἰσφορῶν μόνον ἐφ'ὅσον κατά τάς περιό-

zeiten nur insoweit, als während dieser Zeiten gleichartige Arbeiten verrichtet wurden. Bergbauliche Betriebe sind Betriebe, in denen Mineralien oder ähnliche Stoffe bergmännisch oder Steine und Erden überwiegend unterirdisch gewonnen werden.

(2) Sind nach Absatz (1) Beitragszeiten und gleichgestellte Zeiten, die nach den griechischen Rechtsvorschriften zurückgelegt sind, nicht in der deutschen knappschaftlichen Rentenversicherung zu berücksichtigen, so werden sie in der Rentenversicherung der Arbeiter oder der Rentenversicherung der Angestellten berücksichtigt, je nachdem, welche Beschäftigung der Versicherte während dieser Zeiten zuletzt ausgeübt hat. Wurde während dieser Zeiten keine Beschäftigung ausgeübt, werden sie in der Rentenversicherung der Arbeiter berücksichtigt; dies gilt auch, wenn eine Beschäftigung ausgeübt wurde, die nach den deutschen Rechtsvorschriften nicht versicherungspflichtig gewesen wäre.

Artikel 31

Die deutschen Träger verfahren bei Anwendung des Artikels 28 wie folgt:

a) Bei der Berechnung der für den Versicherten maßgebenden Rentenbemessungsgrundlage werden nur die nach den deutschen Rechtsvorschriften zurückgelegten Beitragszeiten berücksichtigt.

b) Sind für die nach Artikel 30 in Betracht kommende deutsche Rentenversicherung bei der Ermittlung der für den Versicherten maßgebenden Rentenbemessungsgrundlage Beitragszeiten oder gleichgestellte Zeiten nicht zu berücksichtigen, so gilt die für diese Versicherung bestimmte allgemeine Rentenbemessungsgrundlage bei der Bewertung der nach den griechischen Rechtsvorschriften zurückgelegten Beitragszeiten und gleichgestellten Zeiten.

c) Bei der Ermittlung der Anzahl der anrechnungsfähigen Versicherungsjahre stehen die nach den griechischen Rechtsvorschriften zurückgelegten Beitragszeiten und gleichgestellten Zeiten, die nach diesen Vorschriften bei der Berechnung der Rente zu berücksichtigen sind, den nach den deutschen Rechtsvorschriften zurückgelegten Beitragszeiten und gleichgestellten Zeiten gleich.

Artikel 32

Nach den innerstaatlichen Rechtsvorschriften einer Vertragspartei zurückgelegte Beitragszeiten und gleichgestellte Zeiten im Sinne dieses Kapitels sind alle Beitragszeiten und gleichgestellten Zeiten, die nach den Rechtsvorschriften dieser Vertragspartei zu berücksichtigen sind.

Kapitel 2

Invalidität

Artikel 33

(1) Kapitel 1 gilt entsprechend für die Invaliditätsrenten, die nach den deutschen und griechischen Rechtsvorschriften zu gewähren sind.

(2) In der Rentenversicherung der Arbeiter und in der Rentenversicherung der Angestellten gilt für die Entscheidung, ob nach den deutschen Rechtsvorschriften eine Zurechnungszeit anzurechnen ist, folgendes:

a) Als Eintritt in die Versicherung gilt der erste Eintritt in die Versicherung nach den deutschen Rechtsvorschriften oder nach den griechischen Rechtsvorschriften, je nachdem, welcher Zeitpunkt der frühere ist.

δους ταύτας ἐξετελέσθησαν παρόμοιαι ἐργασίαι. Ὡς μεταλλευτικαί ἀπασχολήσεις χαρακτηρίζονται αἱ ἀπασχολήσεις, καθ'ἅ ἐξορύσσονται ὑπό μεταλλευτῶν ὀρυκτά ἤ παρόμοιαι ὕλαι ἤ λίθοι καί χώματα κυρίως ὑπογείως.

(2) Ἐάν περίοδοι εἰσφορῶν καί ἐξομοιούμενοι χρόνοι, οἱ ὁποῖοι διηνύθησαν συμφώνως πρός τάς ἑλληνικάς διατάξεις, δέν λαμβάνονται ὑπ'ὄψιν κατά τήν παράγραφον (1) διά τήν γερμανικήν ἀσφάλισιν συντάξεων μεταλλευτῶν, αὗται λαμβάνονται ὑπ'ὄψιν διά τήν ἀσφάλισιν συντάξεων ἐργατῶν ἤ διά τήν ἀσφάλισιν συντάξεων ὑπαλλήλων, ἀναλόγως τῆς ἐργασίας εἰς ἥν ἀπησχολήθη τελευταίως κατά τάς χρονικάς αὐτάς περιόδους ὁ ἠσφαλισμένος. Ἐφ'ὅσον κατά τάς χρονικάς αὐτάς περιόδους δέν ἐπραγματοποιήθη ἀπασχόλησις, αὗται λαμβάνονται ὑπ'ὄψιν διά τήν ἀσφάλισιν συντάξεων τῶν ἐργατῶν. Τοῦτο ἰσχύει ἐπίσης ἐπί ἀπασχολήσεως, ἥτις συμφώνως πρός τάς γερμανικάς διατάξεις δέν θά ὑπέκειτο εἰς τήν ὑποχρεωτικήν ἀσφάλισιν.

Ἄρθρον 31ον

Οἱ γερμανικοί φορεῖς ἐνεργοῦσιν ὡς κάτωθι κατά τήν ἐφαρμογήν τοῦ ἄρθρου 28:

(α) Πρός ἐξεύρεσιν τῆς διά τόν ἠσφαλισμένον ἀτομικῆς βάσεως ὑπολογισμοῦ τῆς συντάξεως λαμβάνονται ὑπ'ὄψιν μόνον αἱ περίοδοι εἰσφορῶν αἱ διανυθεῖσαι συμφώνως πρός τάς γερμανικάς διατάξεις.

(β) Ἐφ'ὅσον περίοδοι εἰσφορῶν καί ἐξομοιούμενοι χρόνοι δέν λαμβάνονται ὑπ'ὄψιν διά τήν βάσει τοῦ ἄρθρου 30 ἐφαρμοσθησομένην γερμανικήν ἀσφάλισιν συντάξεων κατά τήν διαπίστωσιν τῆς ἀτομικῆς βάσεως ὑπολογισμοῦ τῆς συντάξεως, ἥτις θέλει ληφθῇ ὑπ'ὄψιν διά τόν ἠσφαλισμένον, ἰσχύει ἡ διά τήν ἀσφάλισιν ταύτην καθωρισμένη γενική βάσις καθορισμοῦ συντάξεως ὡς ληφθησομένη ὑπ'ὄψιν διά τόν ἠσφαλισμένον βάσις καθορισμοῦ συντάξεως κατά τήν συμφώνως πρός τάς ἑλληνικάς διατάξεις ἐκτίμησιν τῶν διανυθεισῶν περιόδων εἰσφορῶν καί τῶν ἐξομοιουμένων χρόνων.

(γ) Κατά τήν ἐξακρίβωσιν τοῦ ἀριθμοῦ τῶν ὑπολογιστέων ἐτῶν ἀσφαλίσεως αἱ βάσει τῶν ἑλληνικῶν διατάξεων διανυθεῖσαι περίοδοι εἰσφορῶν καί εξομοιούμενοι χρόνοι, οἵτινες λαμβάνονται ὑπ'ὄψιν κατά τόν ὑπολογισμόν τῆς συντάξεως, συμφώνως πρός τάς ἐν λόγῳ διατάξεις, ἐξομοιοῦνται πρός τάς βάσει τῶν γερμανικῶν διατάξεων διανυθείσας περιόδους εἰσφορᾶς καί ἐξομοιουμένους χρόνους.

Ἄρθρον 32ον

Περίοδοι εἰσφορῶν καί ἐξομοιούμενοι χρόνοι διανυθέντες κατά τάς διατάξεις τῆς εθνικῆς νομοθεσίας ἑνός τῶν συμβαλλομένων Μερῶν, ὑπό τήν ἔννοιαν τοῦ παρόντος Κεφαλαίου, εἶναι πᾶσαι αἱ περίοδοι εἰσφορῶν καί ἐξομοιούμενοι χρόνοι, οἵτινες δέον νά λαμβάνωνται ὑπ'ὄψιν συμφώνως πρός τάς διατάξεις τοῦ συμβαλλομένου τούτου Μέρους.

Κεφάλαιον 2ον

Ἀναπηρία

Ἄρθρον 33ον

(1) Τό 1ον Κεφάλαιον ἰσχύει ἀντιστοίχως διά τάς συντάξεις ἀναπηρίας, αἵτινες δέον ν'ἀπονέμωνται συμφώνως πρός τάς γερμανικάς καί τάς ἑλληνικάς διατάξεις.

(2) Ἵνα καθορισθῇ, ἐάν κατά τάς γερμανικάς διατάξεις πρέπει νά ληφθῇ ὑπ'ὄψιν πρόσθετος περίοδος εἰς τήν ἀσφάλισιν συντάξεων ἐργατῶν καί εἰς τήν ἀσφάλισιν συντάξεων τῶν ὑπαλλήλων, ἰσχύουν τά κάτωθι:

(α) Ὡς ὑπαγωγή εἰς τήν ἀσφάλισιν θεωρεῖται ἡ πρώτη ὑπαγωγή εἰς τήν ἀσφάλισιν συμφώνως πρός τάς γερμανικάς διατάξεις ἤ συμφώνως πρός τάς ἑλληνικάς διατάξεις, ἀναλόγως τοῦ χρονικοῦ σημείου, ὅπερ εἶναι τό προγενέστερον.

b) Als Eintritt des Versicherungsfalles gilt der Eintritt des Versicherungsfalles nach den deutschen Rechtsvorschriften oder nach den griechischen Rechtsvorschriften, je nachdem, nach welchen Rechtsvorschriften der Versicherungsfall zuerst eingetreten ist.

c) Für die Feststellung, ob von den letzten 60 Kalendermonaten vor Eintritt des Versicherungsfalles mindestens 36 Kalendermonate mit Beiträgen belegt sind oder inwieweit die Zeit vom Eintritt in die Versicherung bis zum Eintritt des Versicherungsfalles mit Beiträgen belegt ist, stehen die nach den griechischen Rechtsvorschriften zurückgelegten Beitragszeiten, soweit sie auf Grund einer versicherungspflichtigen Beschäftigung zurückgelegt worden sind, den Beitragszeiten gleich, die auf Grund einer nach den deutschen Rechtsvorschriften versicherungspflichtigen Beschäftigung zurückgelegt worden sind.

(3) In der knappschaftlichen Rentenversicherung gilt für die Entscheidung, ob nach den deutschen Rechtsvorschriften eine Zurechnungszeit anzurechnen ist, Absatz (2) entsprechend, wenn der letzte Beitrag vor Eintritt des Versicherungsfalles zur knappschaftlichen Rentenversicherung entrichtet worden ist.

Kapitel 3

Tod

Artikel 34

Kapitel 1 und Artikel 33 Absätze (2) und (3) gelten entsprechend für Hinterbliebenenrenten, die nach den deutschen und griechischen Rechtsvorschriften zu gewähren sind.

Kapitel 4

Gemeinsame Bestimmungen

Artikel 35

(1) Eine Person, die sich im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei gewöhnlich aufhält und aus einer Pflichtversicherung für den Fall der Invalidität, des Alters und zugunsten der Hinterbliebenen nach den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei ausgeschieden ist, kann sich nur nach den Rechtsvorschriften der ersten Vertragspartei, und zwar unter denselben Bedingungen freiwillig weiterversichern wie eine Person, die aus der in dem Hoheitsgebiet dieser Vertragspartei geltenden Pflichtversicherung für den Fall der Invalidität, des Alters und zugunsten der Hinterbliebenen ausgeschieden ist. Dabei werden Beitragszeiten, die nach den Rechtsvorschriften der zweiten Vertragspartei in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung zurückgelegt sind, soweit erforderlich, wie Beitragszeiten der ersten Vertragspartei angerechnet.

(2) Kann sich eine Person nach Absatz (1) nach den deutschen Rechtsvorschriften weiterversichern und ist sie nicht in einer deutschen Rentenversicherung versichert gewesen, so gilt folgendes:

a) Die freiwillige Weiterversicherung wird in der Rentenversicherung der Arbeiter oder in der Rentenversicherung der Angestellten durchgeführt, je nachdem, ob die Person in Griechenland zuletzt als Arbeiter oder Angestellter beschäftigt war.

b) Wäre die Beschäftigung nach den deutschen Rechtsvorschriften nicht versicherungspflichtig gewesen, so wird die Weiterversicherung in der Rentenversicherung der Arbeiter durchgeführt.

(β) Ὡς ἐπέλευσις τῆς ἀσφαλιστικῆς περιπτώσεως θεωρεῖται ἡ ἐπέλευσις τῆς ἀσφαλιστικῆς περιπτώσεως συμφώνως πρός τάς γερμανικάς διατάξεις ἤ συμφώνως πρός τάς ἑλληνικάς διατάξεις, ἀναλόγως τοῦ βάσει ποίων διατάξεων ἐπῆλθε τό πρῶτον ἡ ἀσφαλιστική περίπτωσις.

(γ) Διά τόν καθορισμόν, κατά πόσον ἐκ τῶν 60 ἡμερολογιακῶν μηνῶν πρό τῆς ἐπελεύσεως τῆς ἀσφαλιστικῆς περιπτώσεως ἐκαλύφθησαν δι'εἰσφορῶν τοὐλάχιστον 36 ἡμερολογιακοί μῆνες ἤ κατά πόσον ὁ χρόνος ἀπό τῆς ὑπαγωγῆς εἰς τήν ἀσφάλισιν μέχρι τῆς ἐπελεύσεως τῆς ἀσφαλιστικῆς περιπτώσεως ἐκαλύφθη δι'εἰσφορῶν, αἱ κατά τάς ἑλληνικάς διατάξεις διανυθεῖσαι περίοδοι εἰσφορῶν, ἐφ'ὅσον διηνύθησαν ἐν ἀπασχολήσει ὑποκειμένη εἰς ὑποχρεωτικήν ἀσφάλισιν, ἐξομοιοῦνται πρός τάς περιόδους εἰσφορῶν, αἵτινες διηνήθησαν ἐν ἀπασχολήσει ὑποκειμένη εἰς ὑποχρεωτικήν ἀσφάλισιν συμφώνως πρός τάς γερμανικάς διατάξεις.

(3) Ἵνα προσδιορισθῆ, ἐάν κατά τάς γερμανικάς διατάξεις πρέπει νά ὑπολογισθῆ πρόσθετος χρόνος εἰς τήν ἀσφάλισιν συντάξεων μεταλλευτῶν, ἰσχύει ἀναλόγως ἡ ὡς ἄνω παράγραφος (2), ἐφ'ὅσον ἡ τελευταία εἰσφορά πρό τῆς ἐπελεύσεως τῆς ἀσφαλιστικῆς περιπτώσεως κατεβλήθη εἰς τήν ἀσφάλισιν συντάξεων μεταλλευτῶν.

Κεφάλαιον 3ον

Θάνατος

Ἄρθρον 34ον

Τό 1ον Κεφάλαιον καί τό ἄρθρον 33 παράγραφοι (2) καί (3) ἰσχύουν ἀντιστοίχως διά τάς συντάξεις θανάτου, αἵτινες δέον νά χορηγῶνται συμφώνως πρός τάς γερμανικάς καί τάς ἑλληνικάς διατάξεις.

Κεφάλαιον 4ον

Κοιναί διατάξεις

Ἄρθρον 35ον

(1) Πρόσωπον συνήθως διαμένον εἰς τήν περιοχήν δικαιοδοσίας ἑνός ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν καί ἀποξενωθέν τῆς κατά τάς διατάξεις τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Μέρους ὑποχρεωτικῆς ἀσφαλίσεως διά τήν περίπτωσιν τῆς ἀναπηρίας, τοῦ γήρατος καί τοῦ θανάτου δύναται νά συνεχίσῃ προαιρετικῶς τήν ἀσφάλισίν του μόνον συμφώνως πρός τάς διατάξεις τοῦ πρώτου συμβαλλομένου Μέρους, καί δή ὑπό τούς αὐτούς ὅρους, ὑφ'οὕς πρόσωπον, τό ὁποῖον ἀπεξενώθη τῆς ἐν τῇ περιοχῇ δικαιοδοσίας τοῦ συμβαλλομένου τούτου Μέρους ὑποχρεωτικῆς ἀσφαλίσεως διά τήν περίπτωσιν ἀναπηρίας, γήρατος καί θανάτου. Ἐν προκειμένῳ αἱ περίοδοι εἰσφορῶν, αἵτινες διηνύθησαν συμφώνως πρός τάς διατάξεις τοῦ δευτέρου συμβαλλομένου Μέρους ἐν ἀπασχολήσει ὑποκειμένη εἰς ὑποχρεωτικήν ἀσφάλισιν, εἰς ἥν ἔκτασιν εἶναι ἀπαιτηταί, ὑπολογίζονται ὡς περίοδοι εἰσφορῶν τοῦ πρώτου τῶν συμβαλλομένων Μερῶν.

(2) Ἐφ'ὅσον πρόσωπον δύναται βάσει τῆς παραγράφου (1) νά συνεχίσῃ τήν ἀσφάλισίν του συμφώνως πρός τάς γερμανικάς διατάξεις καί δέν ὑπῆρξεν ἠσφαλισμένον εἰς γερμανικήν ἀσφάλισιν συντάξεων, ἰσχύουν τά κάτωθι:

(α) Ἡ προαιρετική συνέχισις τῆς ἀσφαλίσεως ἐνεργεῖται ἐν τῇ ἀσφαλίσει συντάξεων ἐργατῶν ἤ ἐν τῇ ἀσφαλίσει συντάξεων ὑπαλλήλων, ἀναλόγως τῆς περιπτώσεως καθ'ἥν τό πρόσωπον ἀπησχολήθη ἐν Ἑλλάδι ὡς ἐργάτης ἤ ὑπάλληλος.

(β) Ἐάν ἡ ἀπασχόλησις δέν ὑπέκειτο συμφώνως πρός τάς γερμανικάς διατάξεις εἰς τήν ὑποχρεωτικήν ἀσφάλισιν, ἡ συνέχισις τῆς ἀσφαλίσεως χωρεῖ εἰς τήν ἀσφάλισιν συντάξεων ἐργατῶν.

ABSCHNITT V

Abgrenzungsvorschriften

Artikel 36

Das Abkommen erstreckt sich nicht auf Leistungen, die nach den innerstaatlichen Rechtsvorschriften einer Vertragspartei nicht als Leistungen der Sozialen Sicherheit gelten, soweit in diesem Abkommen nichts anderes bestimmt ist.

Artikel 37

(1) Die deutschen Rechtsvorschriften über Fremdrenten und Auslandsrenten oder die an deren Stelle tretenden Rechtsvorschriften, nach denen Leistungen aus bestimmten Beitragszeiten und gleichgestellten Zeiten Personen, die sich gewöhnlich im Ausland aufhalten, nur gezahlt werden, wenn sie die in den genannten Rechtsvorschriften vorgesehenen Voraussetzungen erfüllen, bleiben unberührt.

(2) Die deutschen Träger der Unfallversicherung gewähren Personen, auf die das Abkommen anzuwenden ist und die sich gewöhnlich in Griechenland aufhalten, Leistungen aus der Versicherung gegen Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten, wenn es sich um Arbeitsunfälle (Berufskrankheiten) handelt, die

a) vor oder nach der Errichtung der Bundesrepublik in deren Hoheitsgebiet oder auf Seefahrzeugen eingetreten sind, die unter deutscher Flagge fuhren und deren Heimathafen sich in dem genannten Hoheitsgebiet befand; dies gilt jedoch nicht für Arbeitsunfälle (Berufskrankheiten), die im Zusammenhang mit einer Beschäftigung, die außerhalb des Hoheitsgebietes der Bundesrepublik ausgeübt wurde, innerhalb dieses Gebietes eingetreten sind;

b) im Zusammenhang mit einer Beschäftigung, die innerhalb des Hoheitsgebietes der Bundesrepublik ausgeübt wurde, außerhalb dieses Gebietes eingetreten sind;

c) vor dem 1. Januar 1919 in Elsaß-Lothringen eingetreten und auf Grund der Entscheidung des Völkerbundrates vom 21. Juni 1921 (Reichsgesetzblatt Seite 1289) nicht von französischen Versicherungsträgern übernommen worden sind.

ABSCHNITT VI

Familienbeihilfen

Artikel 38

Sehen die Rechtsvorschriften einer Vertragspartei Familienleistungen zugunsten von Angehörigen vor, die sich im Hoheitsgebiet dieser Vertragspartei gewöhnlich aufhalten, so werden diese Leistungen auch zugunsten von Angehörigen, die sich im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei gewöhnlich aufhalten, gewährt. Der Anspruch erlischt nach Ablauf von zwei Jahren. Die Leistungen werden jedoch bei Vorliegen eines wichtigen Grundes, der der Übersiedlung der Angehörigen in das Hoheitsgebiet der ersten Vertragspartei entgegensteht, bis zur Dauer von drei Jahren gewährt.

Artikel 39

Hängt nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei der Erwerb des Anspruchs auf Familienbeihilfen davon ab, daß Beitragszeiten oder diesen gleichgestellte Zeiten zurückgelegt worden sind, so werden alle Zeiten berücksichtigt, die nacheinander in den Hoheitsgebieten beider Vertragsparteien zurückgelegt worden sind.

ΜΕΡΟΣ ΠΕΜΠΤΟΝ

Ὅρια ἐφαρμογῆς τῆς Συμβάσεως

Ἄρθρον 36ον

Ἡ παροῦσα Σύμβασις δέν ἐφαρμόζεται ἐπί παροχῶν μή θεωρουμένων ὡς παροχῶν τῆς κοινωνικῆς ἀσφαλείας βάσει τῆς ἐθνικῆς νομοθεσίας ἑκατέρου τῶν συμβαλλομένων Μερῶν, ἐφ'ὅσον δέν ὁρίζεται ἄλλως ἐν τῇ παρούσῃ.

Ἄρθρον 37ον

(1) Αἱ γερμανικαί διατάξεις περί συντάξεων ξένων καί συντάξεων ἐξωτερικοῦ ἤ αἱ ἀντ'αὐτῶν ἰσχύουσαι διατάξεις, συμφώνως πρός τάς ὁποίας παροχαί ἐξ ὡρισμένων περιόδων εἰςφορῶν καί ἐξομοιουμένων χρόνων καταβάλλονται εἰς πρόσωπα, τά ὁποῖα διαμένουν συνήθως εἰς τό ἐξωτερικόν, μόνον ἐφ'ὅσον ταῦτα πληροῦν τάς εἰς τάς ἀναφερθείσας διατάξεις προβλεπομένας προϋποθέσεις, παραμένουν ἐν ἰσχύϊ.

(2) Οἱ γερμανικοί φορεῖς τῆς ἀσφαλίσεως κατά τοῦ ἀτυχήματος πραγματοποιοῦν εἰς πρόσωπα, ἐπί τῶν ὁποίων ἔχει ἐφαρμογήν ἡ παροῦσα Σύμβασις καί ἅτινα διαμένουν συνήθως ἐν Ἑλλάδι, παροχάς τῆς ἀσφαλίσεως κατά τῶν ἐργατικῶν ἀτυχημάτων καί τῶν ἐπαγγελματικῶν ἀσθενειῶν, ἐφ'ὅσον πρόκειται περί ἐργατικῶν ἀτυχημάτων (ἐπαγγελματικῶν ἀσθενειῶν), τά ὁποῖα

(α) συνέβησαν πρό ἤ μετά τήν ἵδρυσιν τῆς Ὁμοσπονδιακῆς Δημοκρατίας εἰς τήν περιοχήν δικαιοδοσίας αὐτῆς ἤ ἐπί πλοίων τά ὁποῖα ἔπλεον ὑπό γερμανικήν σημαίαν καί τῶν ὁποίων ὁ λιμήν νηολογήσεως εὑρίσκετο εἰς τήν ῥηθεῖσαν περιοχήν δικαιοδοσίας. Τοῦτο δέν ἰσχύει προκειμένου περί ἀτυχημάτων (ἐπαγγελματικῶν ἀσθενειῶν), ἅτινα ἐπῆλθον, ἐν σχέσει πρός ἀπασχόλησιν ἀσκουμένην ἐκτός τῆς περιοχῆς δικαιοδοσίας τῆς Ὁμοσπονδιακῆς Δημοκρατίας, ἐντός τῆς περιοχῆς ταύτης,

(β) συνέβησαν ἐκτός τῆς περιοχῆς τῆς Ὁμοσπονδιακῆς Δημοκρατίας ἐν σχέσει πρός ἀπασχόλησιν ἀσκουμένην ἐντός τῆς περιοχῆς δικαιοδοσίας τῆς Ὁμοσπονδιακῆς Δημοκρατίας,

(γ) συνέβησαν πρό τῆς 1ης Ἰανουαρίου 1919 ἐν Ἀλσατίᾳ καί Λωρραίνῃ καί τά ὁποῖα δέν ἐκαλύφθησαν ὑπό τῶν γαλλικῶν ἀσφαλιστικῶν φορέων βάσει τῆς ἀποφάσεως τοῦ Ὁμοσπονδιακοῦ Λαϊκοῦ Συμβουλίου τῆς 21ης Ἰανουαρίου 1921 (Ἐφημερίς τῶν Νόμων τοῦ Ράϊχ, σελίς 1289).

ΜΕΡΟΣ ΕΚΤΟΝ

Οἰκογενειακά ἐπιδόματα

Ἄρθρον 38ον

Ἐφ'ὅσον διατάξεις ἑνός τῶν συμβαλλομένων Μερῶν προβλέπουν οἰκογενειακά ἐπιδόματα ὑπέρ μελῶν οἰκογενείας διαμενόντων συνήθως εἰς τήν περιοχήν δικαιοδοσίας τοῦ συμβαλλομένου τούτου Μέρους, αἱ παροχαί αὗται πραγματοποιοῦνται καὶ ὑπέρ μελῶν οἰκογενείας, τά ὁποῖα διαμένουν συνήθως εἰς τήν περιοχήν δικαιοδοσίας τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Μέρους. Τό δικαίωμα ἀποσβύνεται μετά πάροδον διετίας. Αἱ παροχαί ἐν τοσούτῳ χορηγοῦνται μέχρι τριῶν ἐτῶν ἐάν σπουδαῖοι λόγοι κωλύουν τήν μεταφοράν τῶν μελῶν οἰκογενείας εἰς τήν περιοχήν δικαιοδοσίας τοῦ πρώτου Μέρους.

Ἄρθρον 39ον

Ἐφ'ὅσον κατά τάς διατάξεις ἑνός τῶν συμβαλλομένων Μερῶν ἡ θεμελίωσις τοῦ δικαιώματος ἐπί οἰκογενειακῶν ἐπιδομάτων ἐξαρτᾶται ἐκ τῆς πραγματοποιήσεως περιόδων εἰσφορῶν ἤ ἐξομοιουμένων πρός ταύτας χρόνων, λαμβάνονται ὑπ'ὄψιν ἅπαντες οἱ χρόνοι οἵτινες διηνύθησαν ἀλληλοδιαδόχως εἰς τάς περιοχάς δικαιοδοσίας ἀμφοτέρων τῶν συμβαλλομένων Μερῶν.

ABSCHNITT VII

Verschiedene Bestimmungen

Kapitel 1

Allgemeines

Artikel 40

Ist nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei bei der Berechnung der Leistungen das durchschnittliche Arbeitsentgelt zugrunde zu legen, das die betreffende Person während bestimmter Zeiten bezogen hat, so wird für die Berechnung der Leistungen nach diesen Rechtsvorschriften das durchschnittliche Arbeitsentgelt auf Grund des Entgelts festgestellt, welches die Person während der Zeiten bezogen hat, in denen sie den Rechtsvorschriften dieser Vertragspartei unterstellt war.

Artikel 41

(1) Bei Anwendung des Artikels 12 Absatz (1), des Artikels 28 Absatz (2) und Absatz (3) Buchstabe a), des Artikels 30 und des Artikels 31 Buchstabe b) werden Beitragszeiten und gleichgestellte Zeiten, die nach den Rechtsvorschriften der einen oder anderen Vertragspartei zurückgelegt worden sind, für den Erwerb, die Aufrechterhaltung oder das Wiederaufleben des Leistungsanspruches sowie für die Berechnung der Leistungen wie folgt zusammengerechnet:

a) Trifft eine Pflichtversicherungszeit, die nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei zurückgelegt worden ist, mit einer Zeit freiwilliger Versicherung nach den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei zusammen, so wird nur die Pflichtversicherungszeit berücksichtigt.

b) Trifft eine Beitragszeit nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei mit einer gleichgestellten Zeit nach den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei zusammen, so wird nur die Beitragszeit berücksichtigt.

c) Trifft eine gleichgestellte Zeit nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei mit einer gleichgestellten Zeit nach den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei zusammen, so wird nur die gleichgestellte Zeit nach den Rechtsvorschriften der Vertragspartei berücksichtigt, in deren Hoheitsgebiet die betreffende Person zuletzt vor dieser Zeit beschäftigt war. War die Person vor dieser Zeit nicht im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei beschäftigt, so wird nur die gleichgestellte Zeit nach den Rechtsvorschriften der Vertragspartei berücksichtigt, in deren Hoheitsgebiet sie nach dieser Zeit zum ersten Male beschäftigt war.

d) Sind nach Buchstabe a) freiwillige Beiträge, die zu einer deutschen Rentenversicherung entrichtet worden sind, nicht anzurechnen, so gelten sie als Beiträge zur deutschen Höherversicherung.

(2) Arbeitstage nach den griechischen Rechtsvorschriften werden für die Zusammenrechnung mit Versicherungszeiten und gleichgestellten Zeiten nach den deutschen Rechtsvorschriften nötigenfalls wie folgt umgerechnet:

a) 6 Arbeitstage gelten als ein Wochenbeitrag und umgekehrt.

b) 25 Arbeitstage gelten als ein Kalendermonat und umgekehrt.

c) Die Anwendung der in den Buchstaben a) und b) genannten Regeln darf nicht dazu führen, daß für die während eines Kalenderjahres insgesamt zu-

ΜΕΡΟΣ ΕΒΔΟΜΟΝ

Διάφοροι διατάξεις

Κεφάλαιον 1ον

Γενικά

Ἄρθρον 40όν

Ἐφ᾽ὅσον συμφώνως πρός τάς διατάξεις ἑνός ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν δέον νά ληφθῇ ὡς βάσις πρός ὑπολογισμόν τῶν παροχῶν ὁ μέσος ὅρος τῶν ἀποδοχῶν, τάς ὁποίας τό ἐνδιαφερόμενον πρόσωπον ἐπραγματοποίησε κατά τήν διάρκειαν ὡρισμένων περιόδων, πρός ὑπολογισμόν τῶν παροχῶν κατά τάς διατάξεις ταύτας ἐξακριβοῦται ὁ μέσος ὅρος τῶν ἀποδοχῶν βάσει τῶν ἀποδοχῶν, τάς ὁποίας ἐπραγματοποίησε τό ἐνδιαφερόμενον πρόσωπον κατά τήν διάρκειαν τῶν περιόδων, καθ᾽ἅς ὑπήγετο εἰς τάς διατάξεις τοῦ συμβαλλομένου τούτου Μέρους.

Ἄρθρον 41ον

(1) Κατά τήν ἐφαρμογήν τοῦ ἄρθρου 12 παράγραφος (1), τοῦ ἄρθρου 28 παράγραφος (2) καί παράγραφος (3) στοιχεῖον (α), τοῦ ἄρθρου 30 καί τοῦ ἄρθρου 31 στοιχεῖον (β) αἱ περίοδοι εἰσφορῶν καί οἱ ἐξομοιούμενοι χρόνοι, οἵτινες διηνύθησαν συμφώνως πρός τάς διατάξεις τοῦ ἑνός ἤ τοῦ ἑτέρου ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν, συνυπολογίζονται ὡς κάτωθι διά τήν ἀπόκτησιν, τήν διατήρησιν ἤ τήν ἀναβίωσιν τῆς ἀξιώσεως ἐπί τάς παροχάς, ὡς καί διά τόν ὑπολογισμόν τῶν παροχῶν:

(α) Ἐφ᾽ὅσον χρόνος ὑποχρεωτικῆς ἀσφαλίσεως διανυθείς συμφώνως πρός τάς διατάξεις ἑνός ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν συμπίπτει μέ χρόνον προαιρετικῆς ἀσφαλίσεως συμφώνως πρός τάς διατάξεις τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Μέρους, λαμβάνεται ὑπ᾽ὄψιν μόνον ὁ χρόνος τῆς ὑποχρεωτικῆς ἀσφαλίσεως.

Ἐφ᾽ὅσον περίοδος εἰσφορῶν κατά τάς διατάξεις ἑνός ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν συμπίπτει μέ ἐξομοιούμενον χρόνον κατά τάς διατάξεις τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Μέρους, λαμβάνεται ὑπ᾽ὄψιν μόνον ἡ περίοδος εἰσφορῶν.

Ἐφ᾽ὅσον ἐξομοιούμενος χρόνος κατά τάς διατάξεις ἑνός ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν συμπίπτει μέ ἐξομοιούμενον χρόνον κατά τάς διατάξεις τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Μέρους, λαμβάνεται ὑπ᾽ὄψιν μόνον ὁ ἐξομοιούμενος χρόνος κατά τάς διατάξεις τοῦ συμβαλλομένου Μέρους, εἰς τήν περιοχήν δικαιοδοσίας τοῦ ὁποίου τό ἐνδιαφερόμενον πρόσωπον ἐπραγματοποίησε τήν τελευταίαν ἀπασχόλησιν πρό τοῦ χρόνου τούτου. Ἐφ᾽ ὅσον πρό τοῦ χρόνου τούτου τό ἐν λόγῳ πρόσωπον δέν ἀπησχολήθη εἰς τήν περιοχήν δικαιοδοσίας ἑνός ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν, λαμβάνεται ὑπ᾽ὄψιν μόνον ὁ ἐξομοιούμενος χρόνος κατά τάς διατάξεις τοῦ συμβαλλομένου Μέρους, εἰς τήν περιοχήν δικαιοδοσίας τοῦ ὁποίου ἀπησχολήθη διά πρώτην φοράν μετά τόν χρόνον αὐτόν.

Ἐφ᾽ὅσον βάσει τοῦ ἐδαφίου (α) εἰσφοραί προαιρετικῆς ἀσφαλίσεως, αἵτινες κατεβλήθησαν εἰς γερμανικήν ἀσφάλισιν συντάξεων, δέν ὑπολογίζονται, αἱ εἰσφοραί αὗται ἰσχύουν ὡς εἰσφοραί ὑπέρ τῆς γερμανικῆς βελτιωμένης ἀσφαλίσεως.

(2) Ἡμέραι ἐργασίας συμφώνως πρός τάς ἑλληνικάς διατάξεις καθορίζονται, ἄν ὑπάρξῃ τοιαύτη ἀνάγκη, ὡς κάτωθι διά τόν συνυπολογισμόν των μετά τῶν χρόνων ἀσφαλίσεως καί τῶν ἐξομοιουμένων χρόνων κατά τάς γερμανικάς διατάξεις:

(α) 6 ἡμέραι ἐργασίας ἰσχύουν ὥς εἰσφορά μιᾶς ἑβδομάδος καί ἀντιστρόφως.

(β) 25 ἡμέραι ἐργασίας ἰσχύουν ὡς εἷς ἡμερολογιακός μήν καί ἀντιστρόφως.

(γ) Κατ᾽ἐφαρμογήν τῶν εἰς τά ἐδάφια (α) καί (β) ἀναφερομένων κανόνων δέν δύνανται αἱ διανυθεῖσαι διαρκοῦντος ἑνός ἡμερολογιακοῦ ἔτους ἡμέραι ἐργασίας νά

rückgelegten Arbeitstage mehr als ein Versicherungsjahr oder 12 Kalendermonate berücksichtigt werden.

Artikel 42

Soweit nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei bei der Berechnung von Geldleistungen Angehörige zu berücksichtigen sind, berücksichtigt der zuständige Träger auch Angehörige, die sich gewöhnlich im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei aufhalten.

Kapitel 2

Zahlungsverkehr — Umrechnung

Artikel 43

(1) Zahlungen, die ein Träger einer Vertragspartei nach diesem Abkommen in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei zu leisten hat, können mit befreiender Wirkung in seiner Landeswährung geleistet werden. In diesem Falle hat er unverzüglich bei der zuständigen Stelle der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet er seinen Sitz hat, die für die Überweisung der Zahlungen in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei notwendigen Anträge zu stellen.

(2) Die für die Genehmigung des Transfers der in Absatz (1) genannten Zahlungen zuständigen Stellen erteilen diese Genehmigung beschleunigt und ohne Einschränkung. Das gleiche gilt für den Transfer von Zahlungen, die zur Entrichtung von Beiträgen nach den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei geleistet werden.

(3) Wenn im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei oder im Hoheitsgebiet beider Vertragsparteien Rechtsvorschriften erlassen werden, die den Zahlungsverkehr zwischen den beiden Vertragsparteien beschränken, werden die beiden Vertragsparteien unverzüglich die erforderlichen Maßnahmen treffen, um sicherzustellen, daß Zahlungen nach diesem Abkommen aus dem Hoheitsgebiet der einen Vertragspartei in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ohne Einschränkung überwiesen werden können.

Artikel 44

(1) Der Transferierung von Zahlungen, die in Durchführung dieses Abkommens erfolgen, ist der Kurs zugrunde zu legen, der auf dem mit dem Internationalen Währungsfonds vereinbarten Paritätswert (par value) beruht und innerhalb der nach Artikel IV Abschnitt 3 des Abkommens über den Internationalen Währungsfonds zugelassenen Schwankungsbreite beiderseits der Parität (parity) liegt.

(2) Besteht in einem Vertragsstaat im Zeitpunkt der Transferierung kein Umrechnungskurs im Sinne des Absatzes (1), so wird der amtliche Kurs angewandt, den dieser Vertragsstaat für seine Währung im Verhältnis zum US-Dollar oder, falls ein solcher Kurs nicht besteht, zu einer anderen frei konvertierbaren Währung oder, falls auch ein solcher Kurs nicht besteht, zum Gold festgelegt hat.

Kapitel 3

Amts- und Rechtshilfe

Artikel 45

(1) Die Behörden, Gerichte und Träger der beiden Vertragsparteien leisten sich bei der Anwendung dieses Abkommens die gleiche Hilfe wie den innerstaatlichen

ληφθοῦν ὑπ᾽ὄψιν διά χρονικόν διάστημα μακρότερον τοῦ ἔτους ἀσφαλίσεως ἤ τῶν δώδεκα ἡμερολογιακῶν μηνῶν.

Ἄρθρον 42ον

Ἐφ᾽ὅσον συμφώνως πρός τάς διατάξεις ἑνός ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν κατά τόν ὑπολογισμόν τῶν εἰς χρῆμα παροχῶν πρέπει νά ληφθοῦν ὑπ᾽ὄψιν μέλη οἰκογενείας, ὁ ἁρμόδιος φορεύς λαμβάνει ὑπ᾽ὄψιν καί μέλη οἰκογενείας τά ὁποῖα διαμένουν συνήθως εἰς τήν περιοχήν δικαιοδοσίας τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Μέρους.

Κεφάλαιον 2ον

Πληρωμαί — Συναλλαγματικαί Μετατροπαί καί Μεταφοραί

Ἄρθρον 43ον

(1) Πληρωμαί, τάς ὁποίας δέον νά ἐνεργήση ὁ φορεύς ἑνός ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν συμφώνως πρός τήν παροῦσαν Σύμβασιν εἰς τήν περιοχήν δικαιοδοσίας τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Μέρους, δύνανται νά ἐνεργηθοῦν μέ ἐξοφλητικήν ἐνέργειαν εἰς συνάλλαγμα τῆς χώρας του. Εἰς τήν περίπτωσιν ταύτην ὁ ἐν λόγῳ φορεύς ὑποχρεοῦται νά ὑποβάλῃ ἀμελλητί εἰς τήν ἁρμοδίαν ὑπηρεσίαν τοῦ συμβαλλομένου Μέρους, εἰς τήν περιοχήν δικαιοδοσίας τοῦ ὁποίου ἔχει οὗτος τήν ἕδραν του, τάς ἀναγκαίας αἰτήσεις διά τήν μεταφοράν τῶν χρημάτων εἰς τήν περιοχήν δικαιοδοσίας τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Μέρους.

(2) Αἱ ἁρμόδιαι διά τήν ἔγκρισιν τῆς μεταφορᾶς τῶν ἐν παραγράφῳ (1) ἀναφερομένων χρημάτων ὑπηρεσίαι δέον ὅπως ἐκδίδωδι τήν ἔγκρισιν ταύτην τάχιστα καί ἄνευ περιορισμοῦ. Τό αὐτό ἰσχύει διά τήν μεταφοράν χρημάτων, ἅτινα κατεβλήθησαν πρός ἐξόφλησιν εἰσφορῶν συμφώνως πρός τάς διατάξεις τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Μέρους.

(3) Ἐάν εἰς τήν περιοχήν δικαιοδοσίας ἑνός ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν ἤ εἰς τήν περιοχήν δικαιοδοσίας ἀμφοτέρων τῶν συμβαλλομένων Μερῶν ἐκδοθῶσι διατάξεις, αἵτινες περιορίζουν τάς σχέσεις πληρωμῶν μεταξύ τῶν δύο συμβαλλομένων Μερῶν, ἀμφότερα τά συμβαλλόμενα Μέρη θά λάβουν ἀμελλητί τά ἐνδεικνυόμενα μέτρα, ἵνα ἐξασφαλίσουν, ὅτι ἡ μεταφορά χρημάτων συμφώνως πρός τήν παροῦσαν Σύμβασιν ἐκ τῆς περιοχῆς δικαιοδοσίας ἑνός ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν εἰς τήν περιοχήν δικαιοδοσίας τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Μέρους θά δύναται νά ἐνεργῆται ἄνευ περιορισμοῦ.

Ἄρθρον 44ον

(1) Ἡ μεταφορά τῶν πληρωμῶν κατ᾽ἐφαρμογήν τῆς παρούσης Συμβάσεως ἐνεργεῖται ἐπί τῇ βάσει τῆς τιμῆς συναλλάγματος, ἥτις βασίζεται ἐπί τῆς συμφωνηθείσης μετά τοῦ Διεθνοῦς Νομισματικοῦ Ταμείου ἰσοτιμίας (par value) καί κεῖται ἐντός τῶν ὑπό τοῦ ἄρθρου IV, τίτλος 3 τῆς Συμβάσεως περί Διεθνοῦς Νομισματικοῦ Ταμείου γενομένων δεκτῶν ὁρίων ἄνω καί κάτω τῆς ἰσοτιμίας (parity) διακυμάνσεων.

(2) Ἐάν εἴς τι συμβαλλόμενον Μέρος δέν ὑφίσταται κατά τόν χρόνον τῆς μεταφορᾶς τιμή συναλλάγματος ὑπό τήν ἔννοιαν τῆς παραγράφου (1), ἐφαρμόζεται ἡ ἐπίσημος τιμή συναλλάγματος, ἡ ὁποία ὁρίζεται ὑπό τοῦ Μέρους τούτου διά τό νόμισμα αὐτοῦ ἐν σχέσει πρός τό δολλάριον (Η.Π.Α.) ἤ, ἐλλείψει τοιαύτης τιμῆς, ἐν σχέσει πρός ἕτερον νόμισμα ἐλευθέρως μετατρέψιμον, ἤ, ἐλλείψει καί τοιαύτης τιμῆς, ἐν σχέσει πρός τόν χρυσόν.

Κεφάλαιον 3ον

Διοικητική καί δικαστική συνεργασία

Ἄρθρον 45ον

(1) Αἱ ἀρχαί, τά δικαστήρια καί οἱ φορεῖς ἀμφοτέρων τῶν συμβαλλομένων Μερῶν παρέχουν ἐπ᾽ἀμοιβαιότητι κατά τήν ἐφαρμογήν τῆς παρούσης Συμβάσεως τήν αὐτήν συνδρομήν ὡς

Behörden, Gerichten und Trägern der Sozialen Sicherheit. Die Hilfe ist kostenlos.

(2) Ärztliche Untersuchungen, die bei Anwendung der Rechtsvorschriften einer Vertragspartei notwendig werden und eine Person im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei betreffen, werden auf Antrag des zuständigen Trägers von dem Träger der Vertragspartei veranlaßt, in deren Hoheitsgebiet die zu untersuchende Person sich aufhält. Die Kosten für diese Untersuchungen sowie die Reisekosten, der Verdienstausfall, die Kosten für Unterbringung zu Beobachtungszwecken und sonstige Nebenkosten werden von dem zuständigen Träger erstattet.

(3) Die zuständigen Behörden unterrichten sich gegenseitig laufend über

a) die zur Anwendung des Abkommens getroffenen Maßnahmen,

b) alle Änderungen und Ergänzungen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften, welche die Anwendung des Abkommens berühren.

εἰς τάς ἐθνικάς ἀρχάς, τά δικαστήρια καί τούς φορεῖς τῆς κοινωνικῆς ἀσφαλείας. Ἡ συνδρομή παρέχεται δωρεάν.

(2) Ἰατρικαί ἐξετάσεις, αἵτινες καθίστανται ἀναγκαῖαι κατά τήν ἐφαρμογήν τῶν διατάξεων ἑνός ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν καί ἀφοροῦν πρόσωπον ἐν τῇ περιοχῇ δικαιοδοσίας τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Μέρους, προκαλοῦνται, τῇ αἰτήσει τοῦ ἁρμοδίου φορέως ὑπό τοῦ φορέως τοῦ συμβαλλομένου Μέρους, εἰς τήν περιοχήν τοῦ ὁποίου διαμένει τό πρός ἐξέτασιν πρόσωπον. Αἱ δαπάναι διά τήν ἐν λόγῳ ἐξέτασιν ὡς καί τά ἔξοδα μετακινήσεως, ἡ ἀπώλεια τοῦ μισθοῦ, αἱ δαπάναι διαμονῆς διά λόγους παρακολουθήσεως καί ἄλλαι μικροδαπάναι ἀποδίδονται ὑπό τοῦ ἁρμοδίου φορέως.

(3) Αἱ ἁρμόδιαι ἀρχαί πληροφοροῦνται ἀμοιβαίως συνεχῶς περί:

(α) τῶν πρός ἐφαρμογήν τῆς παρούσης Συμβάσεως ληφθέντων μέτρων,

(β) τῶν τροποποιήσεων καί συμπληρώσεων τῶν διατάξεων τῆς ἐθνικῆς αὐτῶν νομοθεσίας, αἵτινες θίγουν τήν ἐφαρμογήν τῆς Συμβάσεως.

Artikel 46

(1) Sind nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei Urkunden oder sonstige Schriftstücke, die bei einer Behörde, einem Gericht oder einem Träger dieser Vertragspartei vorzulegen sind, ganz oder teilweise von Steuern oder Gebühren befreit, so erstreckt sich diese Befreiung auch auf die Urkunden oder sonstigen Schriftstücke, die bei Anwendung dieses Abkommens einer Behörde, einem Gericht oder einem Träger der anderen Vertragspartei vorzulegen sind.

(2) Urkunden, die bei Anwendung dieses Abkommens einer Behörde, einem Gericht oder einem Träger einer Vertragspartei vorgelegt werden müssen, bedürfen zur Verwendung gegenüber Stellen der anderen Vertragspartei keiner Legalisation, falls sie mit dem Dienststempel oder Dienstsiegel der Stelle versehen sind, welche die Schriftstücke ausgestellt hat.

Ἄρθρον 46ον

(1) Ἐφ᾽ὅσον συμφώνως πρός τάς διατάξεις ἑνός ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν ἀναφοραί ἤ ἕτερα ἔγγραφα προοριζόμενα νά ὑποβληθοῦν εἰς ἀρχήν τινα, εἰς δικαστήριόν τι ἤ φορέα τινά τοῦ συμβαλλομένου τούτου Μέρους ἀπαλλάσσονται μερικῶς ἤ παντελῶς φόρων ἤ τελῶν, τό μέτρον τοῦτο τῆς ἀτελείας ἐπεκτείνεται καί ἐπί τῶν ἀναφορῶν ἤ ἑτέρων ἐγγράφων, ἅτινα κατ᾽ ἐφαρμογήν τῆς παρούσης Συμβάσεως πρόκειται νά ὑποβληθοῦν εἰς ἀρχήν τινα, δικαστήριον ἤ εἰς φορέα τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Μέρους.

(2) Ἔγγραφα, τά ὁποῖα κατ᾽ἐφαρμογήν τῆς παρούσης Συμβάσεως δέον ὅπως ὑποβληθῶσιν εἰς ἀρχήν, δικαστήριον ἤ φορέα ἑνός συμβαλλομένου Μέρους, δέν χρήζουν πρός χρησιμοποίησιν αὐτῶν ἐνώπιον ὑπηρεσιῶν τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Μέρους οἱασδήποτε νομιμοποιήσεως, ἐφ᾽ὅσον φέρουν τήν ὑπηρεσιακήν σήμανσιν ἤ τήν ὑπηρεσιακήν σφραγῖδα τῆς ὑπηρεσίας, ἥτις ἐξέδωσε τά ἔγγραφα ταῦτα.

Artikel 47

(1) Die Behörden, Gerichte und Träger der beiden Vertragsparteien können bei Anwendung dieses Abkommens miteinander, mit den beteiligten Personen und deren Vertretern unmittelbar in ihrer Amtssprache verkehren.

(2) Die Behörden, Gerichte und Träger einer Vertragspartei dürfen Eingaben oder sonstige Schriftstücke, die an sie gerichtet werden, nicht deshalb zurückweisen, weil sie in der Amtssprache der anderen Vertragspartei abgefaßt sind.

Ἄρθρον 47ον

(1) Αἱ ἀρχαί, τά δικαστήρια καί οἱ φορεῖς ἀμφοτέρων τῶν συμβαλλομένων Μερῶν δύνανται κατ᾽ἐφαρμογήν τῆς παρούσης Συμβάσεως νά ἐπικοινωνοῦν μεταξύ των καί μετά τῶν ἠσφαλισμένων προσώπων καί τῶν ἐκπροσώπων αὐτῶν ἀπ᾽εὐθείας εἰς τήν ἐπίσημον γλῶσσαν των.

(2) Αἱ ἀρχαί, τά δικαστήρια καί οἱ φορεῖς ἑνός ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν δέν ἔχουν τό δικαίωμα νά ἐπιστρέψουν ἀναφοράς ἤ ἕτερα ἔγγραφα, τά ὁποῖα ἀπευθύνονται πρός αὐτούς, λόγῳ τοῦ ὅτι ταῦτα εἶναι συντεταγμένα εἰς τήν ἐπίσημον γλῶσσαν τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Μέρους.

Artikel 48

(1) Anträge, Erklärungen und Rechtsbehelfe, die nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei bei einer Behörde, einem Gericht, einem Träger oder einer anderen Stelle einzureichen sind, gelten als bei der zuständigen Stelle eingereicht, wenn sie bei einer entsprechenden Behörde, einem entsprechenden Gericht, einem entsprechenden Träger oder einer entsprechenden anderen Stelle der anderen Vertragspartei eingereicht werden; der Tag, an dem die Anträge, Erklärungen und Rechtsbehelfe bei dieser Stelle eingehen, gilt als Tag des Eingangs bei der zuständigen Stelle.

(2) Die Anträge, Erklärungen und Rechtsbehelfe sind von der Stelle, bei der sie eingereicht worden sind, unverzüglich an die zuständige Stelle der anderen Vertragspartei weiterzuleiten.

Ἄρθρον 48ον

(1) Αἰτήσεις, δηλώσεις καί δικαστικά ἔγγραφα, τά ὁποῖα συμφώνως πρός τάς διατάξεις ἑνός ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν πρόκειται νά ὑποβληθοῦν εἰς ἀρχήν, δικαστήριον, φορέα ἤ ἑτέραν ὑπηρεσίαν, θεωροῦνται ὡς ὑποβληθέντα εἰς τήν ἁρμοδίαν ὑπηρεσίαν, ἐφ᾽ὅσον ἐπεδόθησαν εἰς ἀντίστοιχον ἀρχήν, εἰς ἀντίστοιχον δικαστήριον, εἰς ἀντίστοιχον φορέα ἤ ἀντίστοιχον ἑτέραν ὑπηρεσίαν τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Μέρους. Ἡ ἡμέρα, κατά τήν ὁποίαν αἱ αἰτήσεις, αἱ δηλώσεις καί τά δικαστικά ἔγγραφα ἐπεδόθησαν εἰς τήν ὑπηρεσίαν ταύτην, ἰσχύει ὡς ἡμέρα εἰσαγωγῆς εἰς τήν ἁρμοδίαν ὑπηρεσίαν.

(2) Αἱ αἰτήσεις, αἱ δηλώσεις καί τά δικαστικά ἔγγραφα δέον ὅπως διαβιβάζωνται ἀμελλητί περαιτέρω εἰς τήν ἁρμοδίαν ὑπηρεσίαν τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Μέρους ὑπό τῆς ὑπηρεσίας, ἥτις παρέλαβε ταῦτα.

Artikel 49

Bescheide eines Trägers der einen Vertragspartei können einer Person, die sich im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei aufhält, über die Verbindungsstelle dieser Vertragspartei oder unmittelbar durch Einschreibebrief mit Rückschein zugestellt werden.

Ἄρθρον 49ον

Ἀποφάσεις φορέως τοῦ ἑνός ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν δύνανται νά διαβιβάζωνται εἰς πρόσωπον, τό ὁποῖον διαμένει εἰς τήν περιοχήν δικαιοδοσίας τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Μέρους, μέσῳ τῆς ὑπηρεσίας Συνδέσμου τοῦ ἐν λόγῳ συμβαλλομένου Μέρους ἤ ἀπ'εὐθείας διά συστημένης ἐπιστολῆς μετ'ἀποδείξεως παραλαβῆς.

Kapitel 4

Anwendung des Abkommens

Artikel 50

(1) Die zuständigen Behörden können unmittelbar die zur Anwendung dieses Abkommens notwendigen Verwaltungsmaßnahmen in einer Vereinbarung regeln. Sie können Verbindungsstellen, die unmittelbar miteinander verkehren, einrichten.

(2) Falls Verbindungsstellen eingerichtet werden, obliegt in der Bundesrepublik der für die Rentenversicherung der Arbeiter, der für die Rentenversicherung der Angestellten und der für die knappschaftliche Rentenversicherung zuständigen Verbindungsstelle auch die Feststellung der auf Grund des Abschnitts IV geltend gemachten Leistungsansprüche, soweit nicht die Bundesbahn-Versicherungsanstalt oder die Seekasse zuständig ist.

Κεφάλαιον 4ον

Ἐφαρμογή τῆς Συμβάσεως

Ἄρθρον 50όν

(1) Αἱ ἁρμόδιαι ἀρχαί δύνανται νά ῥυθμίσουν διά συμφωνίας τά ἀναγκαῖα διοικητικά μέτρα πρός ἐφαρμογήν τῆς παρούσης Συμβάσεως. Δύνανται νά ἐγκαταστήσουν ὑπηρεσίας Συνδέσμου, αἱ ὁποῖαι θά ἐπικοινωνοῦν ἀπ'εὐθείας μεταξύ των.

(2) Εἰς ἥν περίπτωσιν ἱδρύονται ὑπηρεσίαι Συνδέσμου, αἱ ἐν τῇ Ὁμοσπονδιακῇ Δημοκρατίᾳ ὑπηρεσίαι Συνδέσμου, αἵτινες θά εἶναι ἁρμόδιαι διά τήν ἀσφάλισιν συντάξεων τῶν ἐργατῶν, τήν ἀσφάλισιν συντάξεων τῶν ὑπαλλήλων καί τήν ἀσφάλισιν συντάξεων τῶν μεταλλευτῶν, θά ἔχουν ὡς καθῆκον καί τόν καθορισμόν τῶν βάσει τοῦ τετάρτου Μέρους ἐν ἰσχύϊ ἀξιώσεων ἐπί παροχῶν, ἐφ' ὅσον δέν εἶναι ἁρμόδιον πρός τοῦτο τό Ἵδρυμα Ἀσφαλίσεως τῶν Ὁμοσπονδιακῶν Σιδηροδρόμων ἤ τό Ταμεῖον Θαλάσσης.

Artikel 51

(1) Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens sollen, soweit möglich, durch die zuständigen Behörden der beiden Vertragsparteien beigelegt werden.

(2) Kann eine Streitigkeit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Streitigkeit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz (3) genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofes, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

Ἄρθρον 51ον

(1) Ἀμφισβητήσεις περί τήν ἑρμηνείαν ἤ τήν ἐφαρμογήν τῆς παρούσης Συμβάσεως θά ἐπιλύωνται ἐν τῷ μέτρῳ τοῦ δυνατοῦ μέσῳ τῶν ἁρμοδίων ἀρχῶν τῶν δύο συμβαλλομένων Μερῶν.

(2) Ἐφ'ὅσον ἀμφισβήτησις δέν δύναται νά ἐπιλυθῇ κατά τόν ἀνωτέρω τρόπον, αὕτη ὑποβάλλεται εἰς τήν κρίσιν διαιτητικοῦ δικαστηρίου τῇ αἰτήσει ἑνός ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν.

(3) Τό διαιτητικόν δικαστήριον συγκροτεῖται κατά περίπτωσιν, ἑκάστου τῶν συβαλλομένων Μερῶν ὁρίζοντος ἀνά ἕν μέλος καί τῶν δύο τούτων μελῶν συμφωνούντων διά τήν ἐπιλογήν ἑνός πολίτου τρίτου κράτους ὡς ἐπιδιαιτητοῦ, ὅστις διορίζεται ὑπό τῶν Κυβερνήσεων τῶν δύο συμβαλλομένων Μερῶν. Τά μέλη διορίζονται ἐντός δύο, ὁ δέ ἐπιδιαιτητής ἐντός τριῶν μηνῶν, ἀφ'ἧς τό ἕν τῶν συμβαλλομένων Μερῶν ἀνακοινώσῃ εἰς τό ἕτερον ὅτι θέλει νά ὑποβάλῃ τήν διαφοράν εἰς διαιτητικόν δικαστήριον.

(4) Ἐφ'ὅσον αἱ ἐν παραγράφῳ (3) ὁρισθεῖσαι προθεσμίαι δέν τηρηθοῦν, δύναται ἐλλείψει ἑτέρας συμφωνίας ἕκαστον τῶν συμβαλλομένων Μερῶν νά παρακαλέσῃ τόν Πρόεδρον τοῦ Διεθνοῦς Δικαστηρίου ὅπως ἀναλάβῃ τούς ἀπαιτουμένους διορισμούς. Ἐφ' ὅσον ὁ Πρόεδρος εἶναι πολίτης ἑνός ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν ἤ κωλύεται ἐξ ἄλλης αἰτίας, τότε δέον ν'ἀναλάβῃ τούς διορισμοῦς ὁ Ἀντιπρόεδρος. Ἐφ'ὅσον καί ὁ Ἀντιπρόεδρος εἶναι πολίτης ἑνός ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν ἤ κωλύεται καί οὗτος, δέον ν'ἀναλάβῃ τούς διορισμούς τό ἑπόμενον κατά σειράν ἀρχαιότητος μέλος τοῦ Δικαστηρίου ἐκ τῶν μή κεκτημένων τήν ἰθαγένειαν ἑνός τῶν συμβαλλομένων Μερῶν.

(5) Τό διαιτητικόν δικαστήριον ἀποφασίζει διά πλειοψηφίας. Αἱ ἀποφάσεις αὐτοῦ εἶναι δεσμευτικαί. Ἕκαστον τῶν συμβαλλομένων Μερῶν ἐπιβαρύνεται μέ τάς δαπάνας τοῦ μέλους αὐτοῦ, ὡς καί τῆς ἐκπροσωπήσεώς του ἐν τῇ διαδικασίᾳ τοῦ διαιτητικοῦ δικαστηρίου. Αἱ δαπάναι τοῦ ἐπιδιαιτητοῦ, ὡς καί αἱ λοιπαί δαπάναι, βαρύνουσι τά συμβαλλόμενα Μέρη κάτ'ἰσομοιρίαν. Τό διιτητικόν δικαστήριον δύναται νά ἐνεργήσῃ ἕτερον διακανονισμόν τῶν δαπανῶν. Κατά τά λοιπά τό διαιτητικόν δικαστήριον ῥυθμίζει αὐτό τήν διαδικασίαν του.

Artikel 52

(1) Hat ein Träger einer Vertragspartei einem Berechtigten einen Vorschuß gewährt, so kann er oder auf sein Ersuchen der zuständige Träger der anderen Vertragspartei den Vorschuß von einer Nachzahlung oder den laufenden Zahlungen einbehalten, die dem Berechtigten zustehen.

(2) Wird der Berechtigte von einem Fürsorgeträger der einen Vertragspartei für einen Zeitraum unterstützt, für den er Anspruch auf eine Geldleistung nach den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei hatte oder hat, so ist diese von der auszahlenden Stelle dieser Vertragspartei auf Ersuchen des Fürsorgeträgers zu dessen Gunsten bis zur Höhe der gezahlten Unterstützung einzubehalten. Das gleiche gilt, wenn Angehörige des Berechtigten unterstützt worden sind, für die Ansprüche, die ihm mit Rücksicht auf diese Angehörigen zustehen.

Artikel 53

(1) Hat eine Person, die nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei Leistungen für einen Schaden zu erhalten hat, der im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eingetreten ist, nach den Rechtsvorschriften dieser Vertragspartei gegen einen Dritten Anspruch auf Ersatz des Schadens, so geht der Ersatzanspruch nach Maßgabe der für den verpflichteten Träger geltenden Rechtsvorschriften auf diesen über.

(2) Hat der verpflichtete Träger nach Maßgabe der für ihn geltenden Rechtsvorschriften gegen einen Dritten einen unmittelbaren Anspruch, so erkennt die andere Vertragspartei dies an.

Artikel 54

Beiträge zur Sozialen Sicherheit, die nach den Rechtsvorschriften der einen Vertragspartei von einer Person, die sich im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei aufhält, geschuldet werden, können dort ebenso eingezogen und beigetrieben werden wie Beiträge, die nach den Rechtsvorschriften dieser Vertragspartei geschuldet werden.

Artikel 55

Die Rechtsvorschriften der beiden Vertragsparteien über Wählbarkeit der Versicherten und der Arbeitgeber zu den Organen der Träger und der Verbände sowie über die Berufung der ehrenamtlichen Beisitzer in der Sozialgerichtsbarkeit werden durch Artikel 4 nicht berührt.

ABSCHNITT VIII

Übergangs- und Schlußbestimmungen

Artikel 56

(1) Dieses Abkommen begründet keinen Anspruch auf Leistungen für die Zeit vor seinem Inkrafttreten.

(2) Bei Anwendung dieses Abkommens sind auch Beitragszeiten und gleichgestellte Zeiten zu berücksichtigen, die vor seinem Inkrafttreten zurückgelegt worden sind.

(3) Dieses Abkommen findet auch auf Versicherungsfälle Anwendung, die vor seinem Inkrafttreten eingetreten sind. Dabei gilt folgendes:

a) Renten, die vor Inkrafttreten des Abkommens wegen der Staatsangehörigkeit oder des Aufenthaltsorts des Berechtigten nicht gewährt worden sind, werden ohne Rücksicht auf entgegenstehende innerstaatliche Vorschriften über die Verjährung oder den Ausschluß von Ansprüchen nach Maß-

Ἄρθρον 52ον

(1) Ἐφ'ὅσον φορεύς ἑνός ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν χορηγεῖ προκαταβολήν εἰς δικαιοῦχον τινά, δύναται οὗτος ἤ τῇ αἰτήσει του ὁ ἁρμόδιος φορεύς τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Μέρους νά παρακρατήσῃ τήν εἰς τόν δικαιοῦχον χορηγηθεῖσαν προκαταβολήν ἐκ προσεχοῦς πληρωμῆς ἤ ἐκ τῶν τρεχουσῶν πληρωμῶν, εἰς ἅς ἔχει δικαίωμα ὁ δικαιοῦχος.

(2) Ἐφ'ὅσον ὁ δικαιοῦχος προστατεύεται ὑπό φορέως δημοσίας ἀντιλήψεως ἑνός ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν διά χρονικόν διάστημα, κατά τό ὁποῖον εἶχεν ἤ ἔχει ἀξίωσιν ἐπί παροχῆς εἰς χρῆμα συμφώνως πρός τάς διατάξεις τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Μέρους, ἡ ἐν λόγῳ παροχή δέον νά παρακρατηθῇ ὑπό τῆς ὑπηρεσίας πληρωμῶν τοῦ συμβαλλομένου τούτου Μέρους τῇ αἰτήσει τοῦ φορέως προνοίας διά λογαριασμόν του μέχρι τοῦ ὕψους τῆς καταβληθείσης προστασίας. Τό αὐτό ἰσχύει ἐπί προστασίας μελῶν οἰκογενείας τοῦ δικαιούχου διά τάς ἀξιώσεις, ἐφ'ὧν ἔχει δικαίωμα οὗτος ὅσον ἀφορᾷ τά μέλη ταῦτα τῆς οἰκογενείας του.

Ἄρθρον 53ον

(1) Ἐάν πρόσωπον, τό ὁποῖον συμφώνως πρός τάς διατάξεις τοῦ ἑνός ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν δικαιοῦται παροχῶν λόγῳ βλάβης, ἥτις ἐπῆλθεν εἰς τήν περιοχήν δικαιοδοσίας τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Μέρους, ἔχει κατά τάς διατάξεις τοῦ συμβαλλομένου τούτου Μέρους ἀξίωσιν ἐναντίον τρίτου διά τήν ἀποκατάστασιν τῆς βλάβης, ἡ ἀξίωσις ἀποκαταστάσεως μεταβιβάζεται βάσει τῶν ἰσχυουσῶν διά τόν ὑπόχρεων φορέα διατάξεων εἰς τόν φορέα τοῦτον.

(2) Ἐφ'ὅσον ὁ ὑπόχρεως φορεύς ἔχει συμφώνως πρός τάς ἰσχυούσας διά τοῦτον διατάξεις ἄμεσον ἀξίωσιν ἐναντίον τρίτου, τό ἕτερον συμβαλλόμενον Μέρος ἀναγνωρίζει ταύτην.

Ἄρθρον 54ον

Εἰσφοραί πρός τήν κοινωνικήν ἀσφάλισιν, αἵτινες συμφώνως πρός τάς διατάξεις ἑνός ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν ὀφείλονται ὑπό προσώπου τινός, τό ὁποῖον διαμένει εἰς τήν περιοχήν δικαιοδοσίας τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Μέρους, δύναται ὡσαύτως νά εἰσπράττωνται εἰς τήν περιοχήν αὐτήν ὡς εἰσφοραί, αἵτινες ὀφείλονται συμφώνως πρός τάς διατάξεις τοῦ συμβαλλομένου τούτου Μέρους.

Ἄρθρον 55ον

Αἱ διατάξεις ἀμφοτέρων τῶν συμβαλλομένων Μερῶν περί ἐκλογιμότητος τῶν ἠσφαλισμένων καί τῶν ἐργοδοτῶν εἰς τά ὄργανα τῶν φορέων καί τῶν ἑνώσεων αὐτῶν, ὡς καί περί διορισμοῦ τῶν ἐπιτίμων μελῶν εἰς τά ἀσφαλιστικά δικαστήρια, δέν θίγονται ὑπό τοῦ ἄρθρου 4.

ΜΕΡΟΣ ΟΓΔΟΟΝ

Μεταβατικαί καί τελικαί διατάξεις

Ἄρθρον 56ον

(1) Ἡ παροῦσα Σύμβασις δέν θεμελιοῖ ἀξίωσιν ἐπί παροχῶν διά τόν χρόνον πρό τῆς ἐνάρξεως τῆς ἰσχύος της.

(2) Κατ'ἐφαρμογήν τῆς παρούσης Συμβάσεως δέον ὅπως λαμβάνωνται ὑπ'ὄψιν καί περίοδοι εἰσφορῶν καί ἐξομοιούμενοι χρόνοι, οἵτινες διηνύθησαν πρό τῆς ἐνάρξεως τῆς ἰσχύος αὐτῆς.

(3) Ἡ παροῦσα Σύμβασις ἐφαρμόζεται καί ἐπί ἀσφαλιστικῶν περιπτώσεων, αἵτινες ἐπῆλθον πρό τῆς ἐνάρξεως τῆς ἰσχύος της. Ἐν προκειμένῳ ἰσχύουσι τά κάτωθι:

(α) Συντάξεις, αἵτινες δέν ἐχορηγήθησαν πρό τῆς ἰσχύος τῆς παρούσης Συμβάσεως λόγῳ τῆς ἰθαγενείας ἤ τοῦ τόπου διαμονῆς τοῦ δικαιούχου, θέλουσιν ἀπονεμηθῇ ἤ ἀναβιώσει ἀπό τῆς ἐνάρξεως ἰσχύος τῆς παρούσης Συμβάσεως καί βάσει ταύτης, χωρίς νά ληφθοῦν ὑπ' ὄψιν τυχόν ἀντίθετοι διατάξεις τῆς ἐθνικῆς νομοθεσίας

gabe dieses Abkommens von dessen Inkrafttreten an festgestellt oder zum Wiederaufleben gebracht, falls der Berechtigte dies innerhalb von zwei Jahren nach Inkrafttreten des Abkommens beantragt. Wird der Antrag nach Ablauf dieser Frist gestellt, so wird die Rente mit Beginn des Antragsmonats festgestellt oder zum Wiederaufleben gebracht, soweit der Anspruch nicht ausgeschlossen oder verjährt ist.

b) Renten, die bereits vor dem Inkrafttreten des Abkommens festgestellt worden sind, werden ohne Rücksicht auf entgegenstehende innerstaatliche Vorschriften über die Verjährung oder den Ausschluß von Ansprüchen nach Maßgabe des Abkommens von dessen Inkrafttreten an neu festgestellt, wenn der Berechtigte dies innerhalb von zwei Jahren nach Inkrafttreten des Abkommens beantragt. Die Rechtskraft früherer Entscheidungen steht nicht entgegen.

Artikel 57

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden sollen so bald wie möglich in Athen ausgetauscht werden.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tage des zweiten Monats nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden.

Artikel 58

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung des Königreichs Griechenland innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 59

(1) Dieses Abkommen bleibt für ein Jahr nach seinem Inkrafttreten gültig. Seine Geltungsdauer verlängert sich jeweils um ein Jahr, sofern es nicht mit einer Frist von drei Monaten zum Jahresende schriftlich gekündigt wird.

(2) Tritt das Abkommen außer Kraft, so gelten seine Bestimmungen für die bis dahin erworbenen Leistungsansprüche weiter; einschränkende innerstaatliche Vorschriften über den Ausschluß eines Anspruchs oder das Ruhen oder die Entziehung von Leistungen wegen des Aufenthalts im Ausland bleiben für diese Ansprüche unberücksichtigt.

(3) Das Abkommen wird auf Anwartschaften, die bis zu seinem Außerkrafttreten erworben sind, nach Maßgabe einer Zusatzvereinbarung weiter angewendet.

ZU URKUND DESSEN haben die Bevollmächtigten dieses Abkommen unterschrieben und mit ihren Siegeln versehen.

GESCHEHEN zu Bonn am 25. April 1961 in zwei Urschriften, jede in deutscher und griechischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die
Bundesrepublik Deutschland:
A. H. van Scherpenberg
Dr. Claussen

Für das
Königreich Griechenland:
Ypsilanti

περί παραγραφῆς ἤ καταργήσεως ἀξιώσεων εἰς περίπτωσιν καθ'ἥν ἤθελε ζητήσει τοῦτο ὁ δικαιοῦχος ἐντός δύο ἐτῶν ἀπό τῆς ἐνάρξεως τῆς ἰσχύος τῆς Συμβάσεως. 'Εάν ἡ ἐν λόγῳ αἴτησις ἤθελεν ὑποβληθῆ μετά τήν παρέλευσιν τῆς προθεσμίας ταύτης, ἡ σύνταξις θ'ἀπονεμηθῆ ἤ θ'ἀναβιώση ἀπό τοῦ μηνός τῆς ὑποβολῆς τῆς αἰτήσεως ἐφ'ὅσον ἡ ἀξίωσις δέν ἔχει καταργηθῆ ἤ παραγραφῆ.

(β) Συντάξεις, αἵτινες ἀπενεμήθησαν ἤδη πρό τῆς ἐνάρξεως ἰσχύος τῆς Συμβάσεως, ἀπονέμονται ἐκ νέου βάσει τῆς Συμβάσεως ἀπό τῆς ἐνάρξεως ἰσχύος της, χωρίς νά λαμβάνωνται ὑπ'ὄψιν ἀντίθετοι διατάξεις τῆς ἐθνικῆς νομοθεσίας περί παραγραφῆς ἤ καταργήσεως ἀξιώσεων, ἐφ'ὅσον ὁ δικαιοῦχος ἤθελε ζητήσει τοῦτο ἐντός προθεσμίας δύο ἐτῶν ἀπό τῆς ἐνάρξεως τῆς ἰσχύος τῆς Συμβάσεως. Τό δεδικασμένον προηγουμένων ἀποφάσεων δέν ἀποτελεῖ κώλυμα διά τήν ἐφαρμογήν τῆς παρούσης.

Ἄρθρον 57ον

(1) Ἡ παροῦσα Σύμβασις χρήζει ἐπικυρώσεως. Τά ἔγγραφα τῆς ἐπικυρώσεως θέλουσιν ἀνταλλαγῆ τό ταχύτερον δυνατόν ἐν Ἀθήναις.

(2) Ἡ ἰσχύς τῆς παρούσης Συμβάσεως ἄρχεται ἀπό τῆς πρώτης ἡμέρας τοῦ δευτέρου μηνός μετά τῆν πάροδον τοῦ μηνός, κατά τόν ὁποῖον θ'ἀνταλλαγῶσι τά κυρωτικά ἔγγραφα.

Ἄρθρον 58ον

Ἡ παροῦσα Σύμβασις ἰσχύει καί διά τήν χώραν τοῦ Βερολίνου, ἐφ'ὅσον ἡ Κυβέρνησις τῆς Ὁμοσπονδιακῆς Δημοκρατίας τῆς Γερμανίας δέν προβῆ ἐντός προθεσμίας τριῶν μηνῶν ἀπό τῆς ἐνάρξεως τῆς ἰσχύος τῆς Συμβάσεως εἰς ἀντίθετον δήλωσιν ἀπευθυνομένην πρός τήν Κυβέρνησιν τοῦ Βασιλείου τῆς Ἑλλάδος.

Ἄρθρον 59ον

(1) Ἡ παροῦσα Σύμβασις συνάπτεται διά τήν διάρκειαν ἑνός ἔτους ἀπό τῆς ἐνάρξεως τῆς ἰσχύος αὐτῆς. Ἡ διάρκεια τῆς ἰσχύος παρατείνεται ἀπό ἔτους εἰς ἔτος, ἐφ'ὅσον ἡ Σύμβασις δέν καταγγέλλεται γραπτῶς ἐντός προθεσμίας τριῶν μηνῶν ἀπό τοῦ τέλους τοῦ ἔτους.

(2) Ἐφ'ὅσον ἡ Σύμβασις παύση ἰσχύουσα, αἱ διατάξεις αὐτῆς ἐξακολουθοῦν ἰσχύουσαι διά τάς μέχρι τότε ἀξιώσεις ἐπί παροχῶν. Περιοριστικαί διατάξεις τῆς ἐθνικῆς νομοθεσίας περί καταργήσεως ἀξιώσεως ἤ ἀναστολῆς ἤ καταργήσεως παροχῶν λόγῳ τῆς διαμονῆς εἰς τό ἐξωτερικόν δέν λαμβάνονται ὑπ'ὄψιν διά τάς ἀξιώσεις ταύτας.

(3) Ἡ Σύμβασις ἐξακολουθεῖ ἐφαρμοζομένη βάσει προσθέτου συμφωνίας ἐπί προσδοκιῶν, αἵτινες ἐκτήθησαν μέχρι τῆς λήξεως τῆς ἰσχύος της.

ΕΦ'Ω ΟΙ ΠΛΗΡΕΞΟΥΣΙΟΙ ὑπέγραψαν τήν παροῦσαν Σύμβασιν καί ἔθεσαν τάς σφραγίδας αὐτῶν.

ΕΓΕΝΕΤΟ ἐν Βόννῃ τήν 25ην Ἀπριλίου 1961 εἰς δύο πρωτότυπα, ἕκαστον εἰς γερμανικήν καί ἑλληνικήν γλῶσσαν, ἑκάστου τῶν κειμένων δεσμεύοντος ἐξ ἴσου.

Διά τήν
Ὁμοσπονδιακήν Δημοκρατίαν τῆς Γερμανίας
A. H. van Scherpenberg
Dr. Claussen

Διά τό
Βασίλειον τῆς Ἑλλάδος
Θ. Ὑψηλάντης

Schlußprotokoll

BEI DER UNTERZEICHNUNG des heute zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Griechenland geschlossenen Abkommens über Soziale Sicherheit geben die Bevollmächtigten der beiden Vertragsparteien die Erklärung ab, daß über folgendes Einverständnis besteht:

1. Als Verordnungen im Sinne des Artikels 1 Nummer 4 des Abkommens gelten auch Erlasse der griechischen Minister auf Grund gesetzlicher Ermächtigungen.

2. Als Ausdehnung des bestehenden Rechts auf neue Personengruppen im Sinne des Artikels 2 Absatz (3) Buchstabe b) des Abkommens gilt nicht

   die Ausdehnung der Versicherungspflicht durch Satzungsänderung in der deutschen Unfallversicherung,

   die Ausdehnung der Anwendung der bei Inkrafttreten dieses Schlußprotokolls geltenden griechischen Rechtsvorschriften über Soziale Sicherheit auf weitere Teile des Hoheitsgebietes von Griechenland oder auf weitere Personengruppen.

3. Bei der Feststellung der Ansprüche nach den griechischen Rechtsvorschriften über die Zusatzversicherung oder über die Gewährung von Pauschalbeträgen für bestimmte Fälle (Vorsorgeversicherung) werden nur die nach den genannten Rechtsvorschriften zurückgelegten Beitragszeiten und gleichgestellten Zeiten berücksichtigt.

4. Die zuständigen griechischen Behörden behalten sich vor, anstelle der griechischen Sozialversicherungsanstalt (IKA) einen anderen Träger als zuständigen Träger zu benennen.

5. Die zuständigen Träger jeder Vertragspartei sollen dem Versicherten während des Verfahrens zur Feststellung der Rente nach Abschnitt IV des Abkommens einen Vorschuß gewähren, wenn der Versicherte die Voraussetzungen zum Bezug einer Rente nach den Rechtsvorschriften dieser Vertragspartei erfüllt oder, wenn aus den vorgelegten Unterlagen hervorgeht, daß er wahrscheinlich die Voraussetzungen für den Anspruch auf eine solche Rente erfüllen wird.

6. Sind nach den deutschen Rechtsvorschriften über die Rentenversicherung bei der Berechnung des Verhältnisses, in dem das Brutto-Arbeitsentgelt des Versicherten zu dem durchschnittlichen Brutto-Arbeitsentgelt aller Versicherten gestanden hat, die Pflichtbeiträge der ersten fünf Kalenderjahre nicht zu berücksichtigen, so gelten als die ersten fünf Kalenderjahre diejenigen, die nach dem ersten Eintritt in eine deutsche Rentenversicherung oder in eine Versicherung für den Fall der Invalidität, des Alters und zugunsten der Hinterbliebenen nach den griechischen Rechtsvorschriften zurückgelegt worden sind.

7. Die Träger der deutschen Rentenversicherung verfahren bei Feststellung der Renten, für welche die vor dem 1. Januar 1957 geltenden Vorschriften über die Zusammensetzung und die Berechnung der Renten anzuwenden sind, wie folgt:

   a) Für die Feststellung, ob die Anwartschaft erhalten ist oder als erhalten gilt, stehen Beitragszeiten und gleichgestellte Zeiten nach den griechischen Rechtsvorschriften den Beitragszeiten nach den deutschen Rechtsvorschriften gleich; sie werden nach Maßgabe des Artikels 30 des Abkommens berücksichtigt.

Τελικόν Πρωτόκολλον

'ΕΠΙ ΤΗ 'ΥΠΟΓΡΑΦΗ τῆς σήμερον μεταξύ τῆς 'Ομοσπονδιακῆς Δημοκρατίας τῆς Γερμανίας καί τοῦ Βασιλείου τῆς 'Ελλάδος συναφθείσης Συμβάσεως περί κοινωικῆς ἀσφαλείας οἱ Πληρεξούσιοι τῶν δύο συμβαλλομένων Μερῶν δηλοῦσιν, ὅτι ὑφίσταται ἡ κατωτέρω συμφωνία:

1. 'Ως διατάγματα ὑπό τήν ἔννοιαν τοῦ ἄρθρου 1 παρ. (4) τῆς Συμβάσεως νοοῦνται ὡσαύτως καί ἀποφάσεις τῶν 'Ελλήνων 'Υπουργῶν ἐκδιδόμεναι κάτ' ἐξουσιοδότησιν νόμου.

2. 'Ως ἐπέκτασις τοῦ ἰσχύοντος δικαίου ἐπί νέων κατηγοριῶν προσώπων ὑπό τήν ἔννοιαν τοῦ ἄρθρου 2 παρ. (3) στοιχ. (β) τῆς Συμβάσεως δέν θεωρεῖται

   ἡ ἐπέκτασις τῆς ἀσφαλιστικῆς ὑποχρεώσεως διά τροποποιήσεως κανονισμῶν ἐν τῇ γερμανικῇ ἀσφαλίσει ἀτυχημάτων,

   ἡ ἐπέκτασις τῆς ἐφαρμογῆς τῶν κατά τήν ἔναρξιν ἰσχύος τοῦ τελικοῦ τούτου Πρωτοκόλλου ἰσχιουσῶν ἑλληνικῶν διατάξεων περί κοινωνικῆς ἀσφαλείας εἰς νέα τμήματα τῆς περιοχῆς δικαιοδοσίας τῆς 'Ελλάδος ἤ εἰς νέας κατηγορίας προσώπων.

3. Κατά τόν καθορισμόν τῶν δικαιωμάτων συμφώνως πρός τάς διατάξεις τῆς ἑλληνικῆς νομοθεσίας περί ἐπικουρικῆς ἀσφαλίσεως ἤ περί χορηγήσεως ἐφ' ἅπαξ χρηματικῶν παροχῶν εἰς ὡρισμένας περιπτώσεις (ἀσφάλισις προνοίας) λαμβάνονται ὑπ' ὄψιν μόνον αἱ κατά τάς ἐν λόγῳ διατάξεις διανυθεῖσαι περίοδοι εἰσφορῶν καί ἐξομοιούμενοι χρόνοι.

4. Αἱ ἁρμόδιαι ἑλληνικαί ἀρχαί ἐπιφυλάσσουν εἰς ἑαυτάς τό δικαίωμα νά ὁρίσουν, ἀντί τοῦ 'Ελληνικοῦ 'Ιδρύματος Κοινωνικῶν 'Ασφαλίσεων (Ι. Κ. Α.), ἕτερον φορέα ὡς ἁρμόδιον φορέα.

5. Οἱ ἁρμόδιοι φορεῖς ἑκάστου τῶν συμβαλλομένων Μερῶν δέον ὅπως καταβάλλωσιν εἰς τόν ἠσφαλισμένον κατά τήν διάρκειαν τῆς διαδικασίας διά τήν ἀπονομήν τῆς συντάξεως συμφώνως πρός τό τέταρτον Μέρος τῆς Συμβάσεως προκαταβολήν, ἐάν ὁ ἠσφαλισμένος πληροῖ τάς προϋποθέσεις διά τήν λῆψιν συντάξεως συμφώνως πρός τάς διατάξεις τοῦ συμβαλλομένου τούτου Μέρους ἤ ἐάν ἐκ τῶν ὑποβληθέντων δικαιολογητικῶν προκύπτει, ὅτι οὗτος πιθανῶς θά πληροῖ τάς προϋποθέσεις διά τήν ἀξίωσιν τοιαύτης συντάξεως.

6. 'Εφ' ὅσον συμφώνως πρός τάς γερμανικάς διατάξεις περί ἀσφαλίσεως συντάξεων κατά τόν ὑπολογισμόν τῆς σχέσεως, ἐν τῇ ὁποίᾳ τελοῦν αἱ ἀκαθάριστοι ἀποδοχαί τοῦ ἠσφαλισμένου πρός τόν μέσον ὅρον τῶν ἀκαθαρίστων ἀποδοχῶν πάντων τῶν ἠσφαλισμένων, αἱ ὑποχρεωτικαί εἰσφοραί τῶν πέντε πρώτων ἡμερολογιακῶν ἐτῶν δέν λαμβάνονται ὑπ' ὄψιν, θεωροῦνται ὡς τά πέντε πρῶτα ἡμερολογιακά ἔτη τά ἔτη, τά ὁποῖα διηνύθησαν μετά τήν πρώτην ὑπαγωγήν εἰς γερμανικήν ἀσφάλισιν συντάξεων ἤ εἰς ἀσφάλισιν διά τήν περίπτωσιν τῆς ἀναπηρίας, τοῦ γήρατος καί τοῦ θανάτου συμφώνως πρός τάς ἑλληνικάς διατάξεις.

7. Οἱ φορεῖς τῶν γέρμανικῶν ἀσφαλίσεων συντάξεων ἐνεργοῦν ὡς ἀκολούθως ὅσον ἀφορᾶ τήν ἀπονομήν συντάξεων, διά τάς ὁποίας ἐφαρμόζονται αἱ πρό τῆς 1ης 'Ιανουαρίου 1957 ἰσχύουσαι διατάξεις περί συνθέσεως καί ὑπολογισμοῦ τῶν συντάξεων:

   (α) Πρός διαπίστωσιν, ἐάν ἡ προσδοκία ἐπληρώθη ἤ ἄν θεωρεῖται ὡς πληρωθεῖσα, αἱ περίοδοι εἰσφορῶν καί οἱ ἐξομοιούμενοι χρόνοι κατά τάς ἑλληνικάς διατάξεις ἐξομοιοῦνται πρός τάς περιόδους εἰσφορῶν κατά τάς γερμανικάς διατάξεις. Λαμβάνονται ὑπ' ὄψιν βάσει τοῦ ἄρθρου 30 τῆς Συμβάσεως.

b) Für die Entscheidung, ob eine Rente nach den vor dem 1. Januar 1957 geltenden Vorschriften über die Zusammensetzung und Berechnung der Renten zu gewähren ist, werden Beitragszeiten, die nach dem 31. Dezember 1956 nach den griechischen Rechtsvorschriften zurückgelegt sind, wie Beiträge behandelt, die nach diesem Zeitpunkt nach den deutschen Rechtsvorschriften entrichtet worden sind.

8. a) Halten sich Angehörige einer Person, die bei einem deutschen Träger der Krankenversicherung versichert ist, gewöhnlich in Griechenland in einem Gebiet auf, in dem die Sozialversicherungsanstalt (IKA) gleichwertige Leistungen selbst oder auf anderem Wege erbringen kann, so erhalten sie vom 1. Mai 1961 an Leistungen der Krankenversicherung nach Maßgabe des Abkommens.

b) Die zuständigen deutschen Träger erstatten der Sozialversicherungsanstalt (IKA) die Aufwendungen für Sachleistungen, die dieser Träger auf Grund des Buchstaben a) erbracht hat, nach Maßgabe des Abkommens binnen drei Monaten nach seinem Inkrafttreten. Geldleistungen, die von den zuständigen deutschen Trägern auf Grund des Buchstaben a) zu gewähren sind, werden erst nach Inkrafttreten des Abkommens gezahlt.

9. a) Leistungen, zu deren Gewährung deutsche Träger nach Maßgabe des Abkommens oder dieses Schlußprotokolls verpflichtet sind, sind gegenüber Personen in Griechenland nur zu erbringen, wenn sich diese Personen dort in einem Gebiet aufhalten, in dem die Sozialversicherungsanstalt (IKA) oder ein anderer griechischer Träger gleichartige Leistungen selbst oder auf anderem Wege erbringen kann.

b) Für ärztliche Untersuchungen, die nach Artikel 45 Absatz (2) des Abkommens im Hoheitsgebiet von Griechenland an Personen vorzunehmen sind, die sich dort in einem Gebiet aufhalten, in dem die Sozialversicherungsanstalt (IKA) oder ein anderer griechischer Träger gleichartige Untersuchungen nicht selbst oder auf einem anderen Wege erbringen kann, werden die Reisekosten, der Verdienstausfall, die Kosten für die Unterbringung zu Beobachtungszwecken und die sonstigen Nebenkosten nur erstattet, soweit sie zu erstatten wären, wenn ein griechischer Träger die Untersuchung veranlaßt hätte.

Dieses Schlußprotokoll ist Bestandteil des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Griechenland über Soziale Sicherheit und gilt unter denselben Voraussetzungen und für dieselbe Dauer wie das Abkommen.

GESCHEHEN zu Bonn am 25. April 1961 in zwei Urschriften, jede in deutscher und griechischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die
Bundesrepublik Deutschland:
A. H. van Scherpenberg
Dr. Claussen

Für das
Königreich Griechenland:
Ypsilanti

(β) Πρός κρίσιν ἐάν πρέπει νά χορηγηθῇ σύνταξις συμφώνως πρός τάς πρό τῆς 1ης Ἰανουαρίου 1957 ἰσχυούσας διατάξεις περί συνυπολογισμοῦ καί ὑπολογισμοῦ τῶν συντάξεων, περίοδοι εἰσφορών, αἵτινες διηνύθησαν μετά τήν 31ην Δεκεμβρίου 1956 συμφώνως πρός τάς ἑλληνικάς διατάξεις, θά θεωρῶνται ὡς εἰσφοραί, αἵτινες κατεβλήθησαν μετά τόν χρόνον αὐτόν συμφώνως πρός τάς γερμανικάς διατάξεις.

8. (α) Ἐφ' ὅσον μέλη οἰκογενείας προσώπου ἠσφαλισμένου εἰς γερμανικόν φορέα ἀσφαλίσεως ἀσθενείας διαμένουν συνήθως εἰς περιοχῆν τῆς Ἑλλάδος, ἔνθα τό Ἵδρυμα Κοινωνικῶν Ἀσφαλίσεων (Ι.Κ.Α.) δύναται νά χορηγήση, εἴτε δι' ἰδίων αὐτοῦ μέσων, εἴτε κατ' ἄλλον τρόπον, παρομοίας παροχάς, ταῦτα λαμβάνουν ἀπό τῆς 1ης Μαΐου 1961 παροχάς τῆς ἀσφαλίσεως ἀσθενείας βάσει τῆς Συμβάσεως.

(β) Οἱ ἁρμόδιοι γερμανικοί φορεῖς ἀποδίδουν εἰς τό Ἵδρυμα Κοινωνικῶν Ἀσφαλίσεων (Ι. Κ. Α.) τάς δαπάνας διά παροχάς εἰς εἶδος, τάς ὁποίας ὁ φορεύς οὗτος ἐχορήγησε βάσει τοῦ στοιχείου (α), συμφώνως πρός τήν Σύμβασιν ἐντός τριῶν μηνῶν ἀπό τῆς ἐνάρξεως τῆς ἰσχύος της. Παροχαί εἰς χρῆμα, αἵτινες δέον νά πραγματοποιηθοῦν ὑπό τῶν ἁρμοδίων γερμανικῶν φορέων βάσει τοῦ στοιχείου (α), ἐξοφλοῦνται μόνον μετά τήν ἔναρξιν ἰσχύος τῆς Συμβάσεως.

9. (α) Παροχαί διά τήν πραγματοποίησιν τῶν ὁποίων εἶναι ὑπόχρεοι γερμανικοί φορεῖς βάσει τῆς Συμβάσεως ἤ τοῦ παρόντος τελικοῦ Πρωτοκόλλου, χορηγοῦνται εἰς πρόσωπα ἐν Ἑλλάδι, ἐφ' ὅσον τά πρόσωπα ταῦτα διαμένουν εἰς περιοχήν, ἔνθα τό Ἵδρυμα Κοινωνικῶν Ἀσφαλίσεων (Ι. Κ. Α.) ἤ ἕτερος ἑλληνικός φορεύς δύναται νά χορηγήση, εἴτε δι' ἰδίων αὐτοῦ μέσων, εἴτε κατ' ἄλλον τρόπον, παρομοίας παροχάς.

(β) Προκειμένου περί ἰατρικῶν ἐξετάσεων, αἵτινες δέον νά ἐνεργηθοῦν κατά τό ἄρθρον 45 παράγραφος (2) τῆς Συμβάσεως εἰς τήν περιοχήν δικαιοδοσίας τῆς Ἑλλάδος εἰς πρόσωπα διαμένοντα εἰς περιοχήν, ἔνθα τό Ἵδρυμα Κοινωνικῶν Ἀσφαλίσεων (Ι. Κ. Α.) ἤ ἕτερος ἑλληνικός φορεύς δέν δύναται νά ἐνεργήση εἴτε δι' ἰδίων αὐτοῦ μέσων, εἴτε κατ' ἄλλον τρόπον, παρομοίας ἐξετάσεις, ἡ ἀπόδοσις ἐξόδων μετακινήσεως, ἀπωλείας μισθοῦ, δαπανῶν διαμονῆς διά λόγους παρακολουθήσεως καί ἄλλων μικροδαπανῶν ἐνεργεῖται, ἐφ' ὅσον θά ἐχώρει τοιαύτη ἀπόδοσις εἰς ἥν περίπτωσιν ἡ ἐξέτασις εἶχε προκληθῇ ὑπό ἑλληνικοῦ φορέως.

Τό τελικόν τοῦτο πρωτόκολλον ἀποτελεῖ μέρος τῆς Συμβάσεως μεταξύ τῆς Ὁμοσπονδιακῆς Δημοκρατίας τῆς Γερμανίας καί τοῦ Βασιλείου τῆς Ἑλλάδος περί κοινωνικῆς ἀσφαλείας καί ἰσχύει ὑπό τάς αὐτάς προϋποθέσεις καί διά τό αὐτόν χρονικόν διάστημα ὡς ἡ Σύμβασις.

ΕΓΕΝΕΤΟ ἐν Βόννη τήν 25ην Ἀπριλίου 1961 εἰς δύο πρωτότυπα, ἕκαστον εἰς τῆν γερμανικήν καί τήν ἑλληνκιήν γλῶσσαν, ἑκάστου τῶν κειμένων δεσμεύοντος ἐξ ἴσου.

Διά τήν
Ὁμοσπονδιακήν Δημοκρατίαν τῆς Γερμανίας
A. H. van Scherpenberg
Dr. Claussen

Διά τό
Βασίλειον τῆς Ἑλλάδος
Θ. Ὑψηλάντης

Denkschrift zum Abkommen und zum Schlußprotokoll

I.

Allgemeines

Nach den amtlichen Statistiken ist die Zahl der griechischen Arbeitnehmer im Bundesgebiet und im Land Berlin in den Jahren 1954 bis 1959 allmählich von 548 im Jahre 1954 auf 4089 im Jahre 1959 angestiegen; sie betrug (Stichtag jeweils der 30. Juli)

1960	13 005,
1961	40 768 und am
30. September 1961	53 049.

In Griechenland sind nach vorsichtiger Schätzung 500 bis 1000 deutsche Staatsangehörige in abhängiger Stellung beschäftigt.

Die meisten Griechen im Bundesgebiet dürften Wanderarbeitnehmer sein, die über kurz oder lang nach Griechenland zurückkehren. Wie festgestellt wurde, wollen jedoch viele Griechen — im Gegensatz zu anderen ausländischen Arbeitskräften — nicht als Saisonarbeiter, sondern für einige Jahre oder sogar dauernd im Bundesgebiet bleiben.

II.

Abkommen

Das Abkommen regelt auf der Grundlage der Gegenseitigkeit die Beziehungen zwischen den beiden Staaten. Es erstreckt sich in der Bundesrepublik auf die Krankenversicherung, die Unfallversicherung und die Rentenversicherungen sowie auf die Kindergeldgesetze. Es gilt für deutsche und griechische Staatsangehörige sowie für die Familienangehörigen und Hinterbliebenen dieser Personen.

Das Abkommen beruht im wesentlichen auf den Grundsätzen der Verordnungen Nr. 3 und 4 des Rates der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft über die Soziale Sicherheit der Wanderarbeitnehmer (beide im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. 30 Seite 561/58 veröffentlicht). Das gilt vor allem für die Vorschriften über

a) die Gleichbehandlung der beiderseitigen Staatsangehörigen in ihren Rechten und Pflichten auf Grund der Vorschriften über Soziale Sicherheit (Artikel 4),

b) die — regelmäßig uneingeschränkte — Gewährung von Leistungen bei Aufenthalt im anderen Staat (Artikel 5 Abs. 1),

c) die Anwendung der deutschen oder der griechischen Rechtsvorschriften (Artikel 6 bis 10),

d) die Zusammenrechnung der nach dem Recht beider Staaten zurückgelegten Versicherungszeiten für den Erwerb und die Erhaltung von Ansprüchen, für die Begründung einer Pflichtversicherung und für die Berechnung der Leistungen (Artikel 12 Abs. 1, Artikel 15 Abs. 7, Artikel 23 Abs. 2, Artikel 30, 31, 33, 34 und 39),

e) das Recht der freiwilligen Weiterversicherung unter Anrechnung im anderen Staat zurückgelegter Versicherungszeiten (Artikel 20 und 35),

f) die Gewährung von Aushilfeleistungen aus der Kranken- und Unfallversicherung bei Aufenthalt in dem Staat, in dem nicht der zuständige Träger seinen Sitz hat (Artikel 13 bis 16, 21 und 22),

g) die Gewährung von Teilrenten aus den Rentenversicherungen beider Staaten, wenn der Berechtigte in beiden Staaten versichert war (Artikel 28 Abs. 3, Artikel 33 und 34),

h) die Berücksichtigung von Arbeitsunfällen, die nach dem Recht des einen Staates als solche gelten, bei der Feststellung der Entschädigungspflicht und der Minderung der Erwerbsfähigkeit aus einem Arbeitsunfall, der nach dem Recht des anderen Staates als solcher gilt (Artikel 24),

i) die Entschädigung von Berufskrankheiten, wenn der Erkrankte in beiden Staaten eine gefährdende Beschäftigung ausgeübt hat (Artikel 25),

k) die — zeitlich beschränkte — Gewährung von Familienbeihilfen (Kindergeld) an Personen, die im Gebiet des einen Staates beschäftigt sind, auch für Kinder im anderen Staat (Artikel 38),

l) die Anwendung des Abkommens auf Versicherungszeiten und Versicherungsfälle, die vor seinem Inkrafttreten zurückgelegt oder eingetreten sind (Artikel 56 Abs. 2 und 3).

Das Abkommen enthält folgende Abschnitte:

Allgemeine Bestimmungen	(Artikel 1 bis 11)
Krankenversicherung	(Artikel 12 bis 20)
Unfallversicherung	(Artikel 21 bis 27)
Rentenversicherungen	(Artikel 28 bis 35)
Abgrenzungsvorschriften	(Artikel 36 und 37)
Familienbeihilfen	(Artikel 38 und 39)
Verschiedene Bestimmungen	(Artikel 40 bis 55)
Übergangs- und Schlußbestimmungen	(Artikel 56 bis 59).

III.

Schlußprotokoll

Das Schlußprotokoll ist Bestandteil des Abkommens. Es regelt insbesondere

a) die Zahlung von Vorschüssen aus den gesetzlichen Rentenversicherungen während des Feststellungsverfahrens (Nr. 5),

b) die Berücksichtigung griechischer Versicherungszeiten, wenn gewisse Vorschriften der deutschen Rentenversicherungs-Neuregelungsgesetze in Betracht kommen (Nr. 6 und 7),

c) die Gewährung von Leistungen der Krankenversicherung für die in Griechenland zurückgebliebenen Familienangehörigen der in der Bundesrepublik beschäftigten griechischen Arbeitnehmer zu Lasten der für diese Arbeitnehmer zuständigen deutschen Krankenkassen schon für die Zeit vom 1. Mai 1961 an (Nr. 8),

d) den territorialen Geltungsbereich des Vertragswerkes unter Berücksichtigung des Umstandes, daß die griechischen Vorschriften über Soziale Sicherheit erst nach und nach auf das ganze Staatsgebiet ausgedehnt werden (Nr. 9).

**Übersicht
über das griechische System der Sozialen Sicherheit**

1. Allgemeines

Griechenland hat zur Zeit etwa 8,5 Millionen Einwohner, davon etwa 3,2 Millionen Erwerbstätige. Sie teilen sich auf in 2 Millionen Selbständige und 1,2 Millionen Arbeitnehmer. Von den 3,2 Millionen Erwerbstätigen sind etwa 42 v. H. (= 1,3 Millionen Personen) sozialversichert. Das sind vor allem ein Teil der Selbständigen und die Arbeitnehmer in den größeren Städten (Athen/Piräus und Saloniki), in denen etwa ein Viertel der Bevölkerung lebt.

Die Rechtsvorschriften über Soziale Sicherheit gelten gegenwärtig nur in gewissen Teilen des Landes; sie sollen nach und nach auf das ganze Staatsgebiet ausgedehnt werden.

Die Pflichtversicherung der Arbeiter und Angestellten für die Fälle der Krankheit, der Invalidität, des Alters und des Todes wurde im Jahre 1922 eingeführt. Das Gesetz verpflichtete die Arbeitgeber, die eine gewisse Mindestzahl von Arbeitnehmern beschäftigten, betriebliche Versicherungseinrichtungen zu schaffen. Der Erfolg war jedoch gering, so daß sich der Staat auf Drängen der Gewerkschaften entschließen mußte, selbst Pflichtversicherungskassen für bestimmte Berufsgruppen (darunter auch Selbständige) zu gründen. Der Schutz der Sozialversicherung erstreckte sich nur auf bestimmte Arbeitnehmergruppen und auf Arbeitnehmer bestimmter Unternehmen. Diese Kassen blieben, soweit sie leistungsfähig waren, bestehen, als im Jahre 1934 durch das Gesetz über Sozialversicherungen mit der Errichtung der Sozialversicherungsanstalt (Idryma Koinonikon Asphaliseon, abgekürzt IKA) ein allgemeiner Schutz der Arbeitnehmer vorgesehen wurde. Diese Anstalt ist heute der allgemeine Träger der sozialen Pflichtversicherung der Arbeitnehmer.

Das Sozialversicherungsgesetz von 1934 wurde im Jahre 1951 überarbeitet, wobei die Leistungen verbessert wurden. Es ist seitdem mehrfach, zuletzt 1960, geändert und ergänzt worden.

Neben der Sozialversicherung bestehen noch Pflichtversicherungen für gewisse Gruppen selbständig Erwerbstätiger.

In den Gebieten, in denen die Sozialversicherung eingeführt ist, besteht für alle Arbeitnehmer — mit Ausnahme der männlichen und weiblichen Hausgehilfen — Versicherungsschutz für den Fall der Krankheit, der Mutterschaft, der Invalidität (einschließlich der durch Arbeitsunfall bedingten Invalidität), des Alters und des Todes.

2. Krankenversicherung

Der Krankenversicherungsschutz umfaßt etwa 30 v. H. der nichtländlichen Bevölkerung. Bei dem IKA sind etwa 630 000 Arbeitnehmer und 70 000 Familienangehörige, bei den 43 bestehenden Sonderkassen etwa 1,5 Millionen Personen versichert.

Im allgemeinen System (IKA) beträgt der Beitragssatz 9,5 v. H. des Entgelts; auf den Versicherten entfallen 3,25 v. H., auf den Arbeitgeber 6,25 v. H. Die Beitragsbemessungsgrenze liegt bei einem Monatsentgelt von 5250 Drachmen (d. i. etwa 460,— DM).

Als Leistungen werden gewährt

a) ärztliche und fachärztliche Behandlung,
b) Geburtshilfe,
c) Krankenhaus- und Sanatoriumspflege,
d) Zahnbehandlung und Zahnersatz,
e) Versorgung mit Arzneimitteln,
f) prothetische Versorgung,
g) Bäderkuren.

Krankengeld wird vom vierten Tag der Arbeitsunfähigkeit an für längstens 6 Monate gewährt. Seine Höhe entspricht durchschnittlich der Hälfte des der Beitragsberechnung zugrunde liegenden Tagesentgelts; dazu kommen Zuschläge für die Familienangehörigen.

Die ärztliche und fachärztliche Behandlung wird in den von dem IKA eingerichteten Ambulatorien durchgeführt, wo das ärztliche Personal häufig stundenweise gegen Entgelt angestellt ist. Eine freie Arztwahl ist in diesen Fällen nicht möglich. Bei stationärer Behandlung besteht freie Wahl unter den Vertragskrankenhäusern.

Die Sonderkassen verfahren ähnlich.

Arzneimittel werden von den Apotheken ausgehändigt, die mit den Trägern Kollektivverträge abgeschlossen haben.

3. Rentenversicherung

Neben dem allgemeinen Träger, dem IKA, führen 43 Sonderkassen die Rentenversicherung der Arbeitnehmer durch. Außerdem sind einzelne Arbeitgeber (z. B. die Eisenbahn, die Hafenbehörde von Piräus, die Freizone von Saloniki u. a. m.) gehalten, die Rentenversicherung selbst durchzuführen.

Versichert sind etwa 800 000 Personen, davon über 600 000 bei dem IKA. Im allgemeinen System beträgt der Beitragssatz 8,0 v. H. des Entgelts (= Arbeitgeber 5,75 v. H., Arbeitnehmer 2,25 v. H.). Der Beitragssatz bei den Sonderkassen ist unterschiedlich.

a) Altersrente

Altersrente wird gewährt an Männer, die das 65. Lebensjahr und an Frauen, die das 60. Lebensjahr vollendet haben, sofern insgesamt 2500 Arbeitstage oder in den letzten 5 Jahren vorher jährlich mindestens 100 Arbeitstage (Wartezeit) zurückgelegt worden sind. Die Wartezeit steigt ab 1. Januar 1962 um 175 Arbeitstage jährlich bis auf 4050 Arbeitstage. Die Altersrente kann schon von der Vollendung des 60. Lebensjahres, bei Frauen des 55. Lebensjahres an gewährt werden, sofern die Wartezeit (siehe oben) erfüllt ist. Allerdings wird die Rente für jeden Monat, der am 65. bzw. 60. Lebensjahr fehlt, um $^{1}/_{200}$ gekürzt.

Für den Unterhalt der Ehefrau wird die Versichertenrente um 50 vom Hundert, für ein Kind um 20 vom Hundert, für das zweite Kind um 15 vom Hundert und für jedes weitere Kind um 10 vom Hundert erhöht. Der Gesamtrentenbetrag darf aber das der Rentenberechnung zugrunde liegende Entgelt nicht übersteigen.

Die Rente berechnet sich nach dem Entgelt, nach dem der Beitrag im Laufe der Mehrzahl der Tage während der letzten zwei Jahre vor dem Versicherungsfall festgesetzt wurde. Sie besteht aus einem festen Grundbetrag und aus Steigerungsbeträgen, die aus Entgelt und Versicherungszeiten errechnet werden.

b) Invaliditätsrente

Der Versicherte ist invalide, wenn er nicht mehr imstande ist, sich in irgendeinem Beruf ein Entgelt zu verschaffen, das höher ist als ein Drittel des Normallohns eines vergleichbaren Arbeitnehmers. Kann er zwar mehr als ein Drittel, aber weniger als zwei Drittel verdienen, dann wird eine vorübergehende Entschädigung für berufliche Wiederanpassung gewährt, die wie die Invaliditätsrente berechnet wird.

Benötigt der Rentner Pflege durch eine dritte Person, so wird eine Pflegezulage in Höhe von 50 vom Hundert der Invaliditätsrente gewährt.

Im übrigen entsprechen die Voraussetzungen denen für die Altersrente.

c) Hinterbliebenenrente

Hinterbliebenenrente erhalten

a) die Witwe oder der arbeitsunfähige, bedürftige Witwer,
b) die Waisen unter 18 Jahren,
c) die Enkel, die Vollwaisen und
d) die Eltern, wenn sie vom Verstorbenen unterhalten wurden.

Die Witwenrente beträgt 70 vom Hundert, die Halbwaisenrente 20 vom Hundert, die Vollwaisenrente 60 vom Hundert der Versichertenrente. Die Summe der Renten für Witwe und Kinder darf die Versichertenrente nicht übersteigen.

d) Renten nach Unfällen und Arbeitsunfällen

Ist der Tod oder die Invalidität Folge eines Arbeitsunfalls, so entfällt die Wartezeit. Die Rente darf in diesem Fall nicht niedriger sein als 60 vom Hundert des vorhergehenden Verdienstes des Verstorbenen.

Ist der Tod oder die Invalidität Folge eines Unfalls, der nicht Arbeitsunfall war, so wird nur die Hälfte der Wartezeit gefordert.

In den Sondersystemen sind die Voraussetzungen, die Rentenberechnung, der Invaliditätsbegriff, der Hinterbliebenenbegriff, das Rentenalter usw. unterschiedlich. In der Regel werden die Altersrenten nach 15 Beitragsjahren, die Invaliditäts- und Hinterbliebenenrenten nach 5 Beitragsjahren gewährt.

4. Zusatzversicherungen

Zur Ergänzung der nach der Gründung des IKA (1935) zunächst sehr geringen Leistungen aus dem Versicherungszweig Invalidität, Alter und Tod wurden obligatorische Zusatzkassen geschaffen. Sie umfassen heute etwa ein Viertel aller Arbeitnehmer (einschließlich der Beamten).

Die Beitragssätze zu diesen Einrichtungen sind sehr unterschiedlich und werden vielfach durch bestimmte Sondersteuern ergänzt.

Als Leistungen werden Zusatzrenten und Sterbegelder gewährt. Einige Kassen zahlen auch Heiratsbeihilfen.

5. Vorsorgekassen

Neben der allgemeinen Versicherung und der Zusatzversicherung bestehen noch Vorsorgekassen.

Sie gewähren für den Fall der Invalidität, des Alters und des Todes Leistungen in Form von Pauschalbeträgen. Der Betrag schwankt je nach der Zahl der Beitragsjahre, dem Beitragssatz und den Vorschriften der einzelnen Kasse (insgesamt 27) zwischen 5 und 35 Monatsentgelten.

Daneben haben verschiedene Kassen der Hauptversicherung als besonderen Zweig sogenannte Vorsorgezweige eingeführt, die Vorsorgeleistungen ebenfalls in Form von Pauschalbeträgen gewähren. Durch die Vorsorgekassen und Vorsorgezweige sind 19 vom Hundert der rentenversicherten Personen geschützt.

6. Familienbeihilfen

Ab 1. Januar 1960 werden an die Arbeitnehmer Familienbeihilfen für das erste und zweite Kind gewährt.

Der Beitrag beträgt 2 vom Hundert des Lohnes; er wird je zur Hälfte vom Arbeitgeber und vom Arbeitnehmer aufgebracht. Träger der Beihilfe ist der Träger der Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.

Familienbeihilfe wird gewährt vom Beginn des Kalenderjahres nach der Geburt bis zum Ende des Jahres nach Vollendung des 14. Lebensjahres, sofern die Kinder sich ständig im Inland aufhalten.

Die Familienbeihilfe für das erste Kind beträgt etwa 3 Drachmen, für das zweite Kind etwa 2 Drachmen für jeden Arbeitstag, hängt jedoch von der Zahl der im vorausgegangenen Kalenderjahr nachgewiesenen Arbeitstage ab. Die Einkünfte des Ernährers bleiben unberücksichtigt.

Bo 16 504 11. 62